



Wichtiger Hinweis

Die nachfolgenden Seiten dienen lediglich als Information für mögliche Bewerber. Fragen hierzu sollten zum derzeitigen Zeitpunkt nicht gestellt werden.

Die vorliegenden Vergabeunterlagen stellen den informatorischen Stand für die Veröffentlichung nach §41 Abs. 1 SektVO dar.

Die vorliegenden Vergabeunterlagen können daher ohne gesonderte Aufforderung durch den Auftraggeber nicht zur Abgabe eines Angebots herangezogen werden.

Nach erfolgreicher Bewerbung erhalten die zugelassenen Bieter das komplette Leistungsverzeichnis incl. aller Anlagen.

Im Zuge der Angebotsbearbeitung können dann Fragen zu den Ausschreibungsunterlagen gestellt werden.

Preisangaben, welche im Rahmen der Angebotsabgabe im Bietertool eingetragen werden, (Pflichtfeld), werden nicht als eigenständige Erklärung gewertet und bleiben somit in der Angebotswertung unberücksichtigt. Es gelten ausschließlich die Preisangaben gem. Vergabeunterlagen.



Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

2026-1004976

Auftraggeber

☒ Flughafen München GmbH, Nordallee 25, 85356 München-Flughafen

☐ **Bitte Tochtergesellschaft auswählen**

vertreten durch die Flughafen München GmbH

Ausschreibungsdatum: Termineingabe

Bezeichnung: Bayern Rettungswagen Typ C

Vergabeart:

Verhandlungsverfahren nach dem 4. Teil des GWB sowie der SektVO

für die Vergabe von: Lieferleistung

☒ Zu der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt vom Termineingabe.

☒ **Es handelt sich um einen Kaufvertrag für 3 Bayern Rettungswagen Typ C**

☒ **Es handelt sich außerdem um einen Rahmenvertrag für die Vollunterhalt mit einer Laufzeit von 5 Jahren nach Abnahme der Fahrzeuge – ohne Abrufverpflichtung**

Zutrittsberechtigung zum Sicherheitsbereich erforderlich ☒ ja ☐ nein
[gem. Ziffer 10 der Angebotsaufforderung]

Bitte beachten Sie für die vorliegende Ausschreibung folgende Terminvorgaben:

Schlusstermin für die Einreichung von Fragen (vgl. Ziffer 12) Termineingabe

Schlusstermin für die Einreichung von Angeboten Termineingabe bis Uhrzeit

Bindefrist für die Angebote 31.01.2027

Flughafen München GmbH | Postfach 23 17 55 | 85326 München-Flughafen | Telefon +49 89 975 00 | Telefax +49 89 975 579 06
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Staatsminister Albert Füracker | Vorsitzender der Geschäftsführung und Arbeitsdirektor: Jost Lammers
Geschäftsführung Aviation und Operation: Thomas Hoff Andersson | Geschäftsführung Commercial und Security: Jan-Henrik Andersson
Handelsregister: RG München, HR Nr. B-5448 | Sitz der Gesellschaft: München | Gerichtsstand: München
Bankverbindung: Bayerische Landesbank | IBAN DE24 7005 0000 0000 0475 06 | BIC BYLADEMM

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt

Seite 1 von 20 der Flughafen München Konzern Angebotsaufforderung EU-Verhandlungsverfahren

Version 05.2026



Anlagen:

A) Anlagen, die neben dem vorliegenden Formblatt „Aufforderung zur Abgabe eines Angebots“ beim Bieter verbleiben:

- ☒ Vertragsbedingungen für Leistungen (VB-L, Kauf von Rettungsfahrzeuge)
- ☒ Vertragsbedingungen für Instandhaltungsleistungen (AVB-I)
- ☒ Anlagen zum Anforderungskatalog
 - Anlage 1 – Flächenenteisungsmittel
 - Anlage 2 – Anschluss Transmitter
 - Anlage 3 – Anschluss Tankdatensender
- ☒ Vertragserfüllungsbürgschaft
- ☒ Mängelhaftungs-, Regress- und Überzahlungsbürgschaft

B) Anlagen, die ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind (gemäß Formblättern):

- ☒ Angebotsschreiben
- ☒ Anforderungskatalog
- ☒ Preisblatt
- ☒ ggf. Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer
- ☒ ggf. Verhandlungsangebote für Vertragsbedingungen
- ☒ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder Erfüllungsverbots

C) Anlagen, die ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ Auftragsbezogene Konzepte nach Anlage 1 zur Aufforderung zur Abgabe eines Angebots
 - Konzept zur Inbetriebnahme / Schulung
 - Konzept für den Vollunterhalt
 - Konzept zur Einhaltung der Termine
- ☒ Sonstige Nachweise gemäß Anforderungskatalog Nummer:
 - 4.3
 - 4.5
 - 5.1
 - 5.5
 - 10.1
 - 10.10
 - 10.16
 - 10.23
 - 10.24



Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, gemäß diesem Aufforderungsschreiben die in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu vergeben. Einzelheiten zu den vorliegend zu vergebenden Leistungsinhalten sind insbesondere der beiliegenden Leistungsbeschreibung bzw. dem beiliegenden Leistungsverzeichnis zu entnehmen.

Grundlagen für die Angebotsbearbeitung und Angebotsabgabe sind:

1 Vergaberechtliche Einordnung

1.1 Auftraggeber

Auftraggeber in der vorliegenden Ausschreibung ist: siehe Seite 1.

Aus Vereinfachungsgründen wird nachfolgend auch im Rahmen einer Vertretung stets vom „Auftraggeber“ gesprochen.

Der Auftraggeber ist ausschließlich Sektorenauftraggeber gemäß § 100 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

1.2 Für das vorliegende Verfahren gilt Folgendes:

Der Auftraggeber führt ein Verhandlungsverfahren nach dem 4. Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Sektorenverordnung (SektVO) durch.

1.3 Leistungsgegenstand

- ☐ Bauleistungen
Die ausgeschriebenen Leistungen unterliegen im Auftragsfall dem Steuerabzugsverfahren gemäß dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe. Für den Auftragsfall wird um Vorlage einer Freistellungsbescheinigung gebeten.
- ☒ Lieferleistungen
- ☐ Gewerbliche Dienstleistungen

1.4 ☒ Bei Vorliegen eines Rahmenvertrages (Vollunterhalt) gilt:

1.4.1 Laufzeit des Rahmenvertrages: siehe Seite 1 sowie auch beigelegte Vertragsbedingungen (AVB-I).

1.4.2 Der Gesamtwert der Leistungen pro Jahr wird geschätzt auf € Bitte eingeben,

Vorstehende Angaben zu den geschätzten Jahreswerten und den einzelnen Losen sind insofern unverbindlich als sie keinen Anspruch auf Abruf von Einzelleistungen bis zum Jahresgesamtwert begründen. Sofern sich aus den Vertragsbedingungen nichts Anderweitiges ergibt, besteht kein Anspruch auf Abruf von Mindestkontingenten.

Der Abrufwert eines Einzelauftrages wird den Betrag von netto € 50.000,- nicht überschreiten. Der Auftraggeber behält sich vor, Einzelleistungen größeren Umfangs gesondert auszuschreiben.



1.4.3 Es ist beabsichtigt, den Rahmenvertrag mit 1 Auftragnehmer zu schließen.

2 Ausführungszeit/Vertragslaufzeit:

Für die Ausführungszeit bzw. Vertragslaufzeit gelten die in den beigefügten Vertragsbedingungen geltenden Vorgaben.

3 Angebot

Falls Sie bereit sind, die Leistungen zu übernehmen, werden Sie gebeten, anliegendes Angebots-schreiben nebst Anlagen ausgefüllt in der nachfolgend vorgegebenen Form zuzusenden.

Angebote können abgegeben werden:

☒ elektronisch in Textform.

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform sind der Bieter und die Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen.

☒ elektronisch mit fortgeschrittener Signatur / mit fortgeschrittenem Siegel.

☒ elektronisch mit qualifizierter Signatur / qualifiziertem Siegel.

Das Angebot ist zusammen mit den nachfolgend aufgeführten Anlagen (siehe Ziffer 3.2) bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform des Auftraggebers zu übermitteln.

3.1 Für das Angebot sind die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden.

Angebotsbestandteile sind das vom Bieter ausgefüllte und an der gekennzeichneten Stelle entsprechend voranstehender Vorgaben ggf. signierte Angebotsschreiben gemäß beigefügtem Formblatt „Angebot“ sowie die im Formblatt „Angebot“ auf Seite 1 einleitend als „Anlagen“ benannten und angekreuzten Unterlagen. Auf Verlangen hat der Bieter den Vollmachtsnachweis zu führen, falls sich die Vertretungsberechtigung der unterzeichnenden Personen nicht aus dem Handelsregister ergibt.

3.2 Folgende Erklärungen sind vom Bieter ausgefüllt gemäß den vorliegenden Formblättern dem ausgefüllten Angebotsschreiben (siehe Ziffer 3.1) in Textform beizufügen:

3.2.1 ☒ Vollständig ausgefüllter Anforderungskatalog

Anstelle des vom Auftraggeber übersandten Anforderungskatalogs können selbstgefertigte Abschriften oder Kurzfassungen verwendet werden, wenn der Bieter den vom Auftraggeber verfassten Wortlaut des Anforderungskatalogs als allein verbindlich anerkennt. Kurzfassungen müssen die Ordnungszahlen (Positionen) der vom Auftraggeber übersandten Anforderungskatalogs vollzählig, in der gleichen Reihenfolge und mit den gleichen Nummern enthalten;

sie müssen für jede Teilleistung nacheinander die Ordnungszahl, die Menge, die Einheit, den Einheitspreis und den Gesamtbetrag, darüber hinaus den jeweiligen Kurztext sowie die dem Anforderungskatalogs entsprechenden Zwischensummen der Leistungsabschnitte, die Angebotssumme und alle vom Auftraggeber geforderten Textergänzungen enthalten. Die Kurzfassung ist zusammen mit der vom Auftraggeber übersandten Anforderungskatalog Bestandteil des Angebots.



Der Bieter ist verpflichtet, auf Anforderung des Auftraggebers vor Auftragserteilung eine vollständig ausgefüllte Anforderungskatalog nachzureichen, soweit mit dem Angebot nur die Kurzfassung eingereicht wurde.

3.2.2 Vollständig ausgefülltes Preisblatt

3.2.3 Ggf. Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von Unterauftragnehmern/Nachunternehmern ausführen zu lassen, muss er bereits mit seinem Angebot die Erklärungen über den beabsichtigten Einsatz von Unterauftragnehmern/Nachunternehmern gemäß dem in den Vergabeunterlagen vorgegebenen Formblatt "Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer" ausgefüllt abgeben.

Die für die Leistungserbringung ggf. vorgesehenen Nachunternehmer / Unterauftragnehmer / Subunternehmer sind namentlich mit dem Angebot zu benennen. Soweit im Angebot keine entsprechenden Angaben gemacht werden, wird die ausgeschriebene Leistung als Eigenleistung des Bieters angeboten.

3.2.4 -entfällt-

3.2.5 Ggf. Verhandlungsangebote zu Vertragsbedingungen

Für nach Ziffer 7.1 zugelassene Verhandlungsangebote zu den Vertragsbedingungen hat der Bieter das vorliegende Formblatt zu verwenden.

3.2.6 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder Erfüllungsverbots nach Art. 5k der Verordnung [EU] Nr. 833/2014 2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung [EU] 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022

3.2.7 Die Konzepte nach Anhang 1, Ziffer 2 sind vom Bieter zusätzlich als separate Anlagen dem Angebot beizufügen.

- Konzept zur Inbetriebnahme/ Schulung
- Konzept für den Vollunterhalt
- Konzept zur Einhaltung der Termine

3.2.8 Sonstige Nachweise gemäß Anforderungskatalog sind vom Bieter als separate Anlagen dem Angebot beizufügen.

3.3 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig mit Ausnahme von solchen Änderungen, die im Rahmen von zugelassenen Nebenangeboten und/oder Verhandlungsangeboten ausdrücklich als solche gekennzeichnet sind.

Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein. Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl [Position] nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.



3.4 Alle Preise sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent anzugeben.

Die Preise [Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.] sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen.

3.5 Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

3.6 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen, d.h. auch in allen Anlagen, in deutscher Sprache abzufassen, sofern nicht ausdrücklich eine andere Sprache zugelassen wurde.

3.7 – entfällt –

3.8 Mit der Angebotsabgabe erklärt der Bieter sein Einverständnis in die Vertragsstruktur, die in den beigefügten Vertragsbedingungen enthalten ist. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Änderungen an den Vertragsbedingungen Nebenangebote darstellen können.

3.9 Mindestbedingungen für das Angebot

Der Auftraggeber wird Angebote **zwingend ausschließen**, wenn einer der nachfolgend benannten Ausschlussgründe vorliegt:

3.9.1 Das Angebot ist dem Auftraggeber nicht bzw. nicht über die vorgegebene Vergabepattform des Auftraggebers bis zum Schlusstermin für die Einreichung der Angebote zugegangen.

3.9.2 Der Bieter ist zur Angebotsabgabe nicht zugelassen.

3.9.3 Das Angebot entspricht nicht der nach Ziffer 0 vorgegebenen Form:

Bei Vorgabe der Textform: Im Angebotsformular ist der Name der Person, die die Erklärung abgibt, nicht oder nicht an der im Formblatt „Angebot“ am Ende vorgesehenen Stelle am Ende des Angebotsformulars aufgeführt.

Bei Vorgabe einer Signatur: Das Angebot nicht oder nicht mit der vorgegebenen Signatur bzw. dem vorgegebenen Siegel signiert.

3.9.4 – entfällt –

3.9.5 Der Bieter hat sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligt.

3.9.6 Das Angebot ist im Hinblick auf leistungsbezogene Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, unvollständig, § 51 Abs. 3 SektVO.

3.9.7 Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass eine Nachreichung von Konzepten nicht möglich ist, sofern die Konzepte Zuschlagskriterien sind. Eine Nachreichung von Preisen ist nur



unter sehr engen Voraussetzungen möglich, § 51 Abs. 3 SektVO. Dies ist bei der Erstellung der Angebote zu berücksichtigen.

3.10 In allen anderen Fällen, in denen die Angebote den Vorgaben aus obigen Ziff. 3.1– 3.8 nicht entsprechen, insbesondere wenn vorzulegende Erklärungen oder Angaben/Unterlagen nicht oder nicht ordnungsgemäß beigefügt wurden, behält sich der Auftraggeber einen Ausschluss des Angebots vor.

3.11 Darüber hinaus behält sich der Auftraggeber vor, anstelle des möglichen Ausschlusses nach obiger Ziffer 3.10 unter Beachtung des vergaberechtlichen Grundsatzes der Gleichbehandlung fehlende Unterlagen nach § 51 Abs. 2 SektVO nachzufordern, sofern eine Nachforderung nicht nach § 51 Abs. 3 SektVO ausgeschlossen ist, oder eine Aufklärung über aufklärungsbedürftige Inhalte, ggf. auch mehrfach, der Angebote zu betreiben und hierbei auch eine Angebotsüberarbeitung zuzulassen.

4 Datenaustausch

4.1 – entfällt –

4.2 Allgemeine Anforderungen an den Datenaustausch

- Den Namen des Unternehmens
- Die Bezeichnung der Maßnahme[n], ggf. mit Losbezeichnung
- Die Ausschreibungsnummer
- Die Vergabephase [z.B. Bieterfrage, letzte Preisrunde]

5 Sicherheiten

Einzelheiten zu den geforderten Sicherheiten sind den Vertragsbedingungen zu entnehmen, die den beiliegenden Vergabeunterlagen beigefügt sind.

6 Losaufteilung

Eine Losaufteilung ist nicht vorgesehen.



7 Nebenangebote

7.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen [zu kommerziellen Nebenangeboten vgl. Ziff. 0].

☒ Dem Bieter steht es frei, Verhandlungsangebote zu unterbreiten. Verhandlungsangebote sind

mit dem Erstangebot einzureichen. Hat der Auftraggeber den Vergabeunterlagen ein Formblatt für Verhandlungsangebote übermittelt, ist dieses zu verwenden. Der Auftraggeber wird nach pflichtgemäßem Ermessen und unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes entscheiden, ob Verhandlungsangebote aufgegriffen werden und/oder die Vergabeunterlagen entsprechend den Verhandlungsangeboten angepasst werden. Ein Anspruch auf Berücksichtigung von Verhandlungsangeboten besteht nicht.

7.2 – entfällt –

7.3 Allgemeine Anforderungen an zugelassene Nebenangebote

– entfällt –

7.4 Mindestbedingungen für zugelassene technische Nebenangebote

– entfällt –

7.5 Erforderliche Nachweise der Gleichwertigkeit

– entfällt –

7.6 Mindestbedingungen für kommerzielle Nebenangebote

– entfällt –

8 Wertung der Angebote

Der Auftraggeber verfährt bei der Wertung der Angebote (Haupt- und – sofern zugelassen – Nebenangebote) nach dem 4. Teil des GWB und nach der SektVO. Zuschlagskriterien sind die nachfolgend benannten Kriterien mit der dort angegebenen Gewichtung.

Preisangaben, welche im Rahmen der Angebotsabgabe im Bietertool eingetragen werden (Pflichtfeld), werden nicht als eigenständige Erklärung gewertet und bleiben somit in der Angebotswertung unberücksichtigt. Es gelten ausschließlich die Preisangaben gem. Vergabeunterlagen.



8.1 Die Kriterien der Auftragsentscheidung werden im Einzelnen in Anhang 1 Ziffer 1 beschrieben.

8.2 Weitere Wertungsvorgaben

8.2.1 Preisnachlässe ohne Bedingungen können angeboten werden.

8.2.2 – entfällt –

8.2.3 – entfällt –

8.3 Ablauf des Vergabeverfahrens

8.3.1 Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote prüfen und werten. Angebote, für die Mindestbedingungen nach Ziffer 3.9 nicht einhalten, werden ausgeschlossen.

8.3.2 Der Auftraggeber behält sich vor, nach § 15 Abs. 4 SektVO den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote ohne Eintritt in Verhandlungen zu vergeben.

8.3.3 Der Auftraggeber wird – sofern der Zuschlag nicht auf der Grundlage von § 15 Abs. 4 SektVO auf ein Erstangebot erteilt werden soll – mit denjenigen Bieter Verhandlungen aufnehmen, deren Angebote für einen Vertragsabschluss hinreichend aussichtsreich erscheinen. Dies bedeutet, dass nicht zwingend mit sämtlichen Bieter, die ein wertungsfähiges Angebot abgegeben haben, auch Vertragsverhandlungen geführt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, während des Vergabeverfahrens die Anzahl der in der Wertung verbleibenden Bieter auf der Grundlage der vorab benannten Zuschlagskriterien samt deren Gewichtung phasenweise zu verringern.

Bereits jetzt wird zum weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens folgendes mitgeteilt und angekündigt:

Der Auftraggeber behält sich insbesondere vor, bereits auf der Grundlage der eingereichten Angebote sowie etwaiger hierzu ggf. für erforderlich gehaltener Angebotsaufklärungen unter Verwendung der oben genannten Zuschlagskriterien samt deren Gewichtung den Kreis derjenigen Bieter festzulegen, mit denen Vertragsverhandlungen geführt werden.

Dies sind ggf. die Bieter, die aufgrund einer Zwischenwertung eine erfolgversprechende Rangstelle einnehmen. Die Bieter, die aufgrund einer Zwischenwertung keine erfolgversprechende Rangfolge einnehmen, verbleiben dann nicht mehr im Vergabeverfahren und erhalten hierüber unbeschadet der späteren Information nach § 134 GWB eine Mitteilung.

Es wird daher empfohlen, bei der Angebotsausarbeitung die Möglichkeit einer Zwischenwertung der vorbeschriebenen Art und deren Konsequenzen sorgfältig zu berücksichtigen.



8.3.4 Der Auftraggeber behält sich weiterhin vor, zur Sicherstellung einer Vergleichbarkeit der Angebote Bieter – auch mehrfach – zur Aufklärung (mündlich oder in Textform) von Angebotsinhalten aufzufordern und hierbei Angebotsüberarbeitungen zuzulassen.

8.3.5 Der Auftraggeber wird die jeweils im Vergabeverfahren verbleibenden Bieter über die jeweils anstehenden weiteren Verfahrensabläufe zeitgleich und rechtzeitig unterrichten.

9 Nicht allgemein zugänglicher Bereich, §§ 7, 8, 10 Luftsicherheitsgesetz (roter Flughafenauweis)

☒ Die in den vorliegenden Vergabeunterlagen aufgeführten Leistungen werden im nicht allgemein zugänglichen Bereich des Flughafens München (Sicherheitsbereich) ausgeführt. Insoweit müssen die Arbeitnehmer entsprechend dem „Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafen München“ einer Zuverlässigkeitsprüfung unterzogen werden und sie müssen an einer Luftsicherheits-schulung nach LuftSiSchulV teilgenommen haben.

Die hieraus resultierenden Kosten sind in die Angebotspreise einzurechnen. Entsprechendes gilt hinsichtlich eines etwaigen Befahrens der Sicherheitsbereiche mit Firmenfahrzeugen.

Sämtliche Flughafenlieferungen sog. „nicht bekannter Lieferanten von Flughafenlieferungen“ in die Sicherheitsbereiche sind ab dem 29.04.2012 vollständig zu kontrollieren. Etwaige daraus resultierende Kosten und weitergehende Informationen entnehmen Sie bitte dem „Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafen München“. Soweit in diesem Merkblatt Kosten für Auftragnehmer angegeben sind, sind diese in die abgegebenen Preise einzurechnen. Mit – nicht quantifizierbaren – Wartezeiten bei der Kontrolle von Flughafenlieferungen ist zu rechnen.

☐ Die in den vorliegenden Vergabeunterlagen aufgeführten Leistungen werden nicht Sicherheitsbereich des Flughafens München ausgeführt.

10 Vergabekammer gemäß §§ 160 ff. GWB

Regierung von Oberbayern

Vergabekammer Südbayern

D – 80534 München

11 Nicht beigefügte Vergabeunterlagen

Die nachfolgend aufgeführten, nicht beigefügten Vergabeunterlagen können auch in Textform vom Auftraggeber angefordert werden.

☒ Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B, Fassung 2003), abrufbar unter <http://www.bmwi.de>

☒ Flughafenbenutzungsordnung, abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/informationen-fur-aviation-partner-86550>

☒ Merkblatt über das anonyme Hinweisgebersystem abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861>

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



- ☒ Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/zugangsmanagement-679672>
- ☒ Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/lieferanten-86741>
- ☒ Auszug Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☒ Merkblatt zur Rahmenvertragsabwicklung abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☒ Hinweise zum Abrechnungsverfahren abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☒ Geschäftspartnerkodex des Flughafen München Konzern, abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861>

12 Anfragen zum Inhalt der Vergabeunterlagen

Anfragen zum Inhalt der Vergabeunterlagen müssen unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Formblattes „Bieterfragen“ in Textform **bis spätestens zum auf Seite 1 des vorliegenden Schreibens benannten Schlusstermin** über das Vergabeportal des Auftraggebers eingehen.

Rechtzeitige und formgültige Anfragen der Bieter, die im Interesse der Gleichbehandlung für sämtliche Bieter Bedeutung für die Angebotsbearbeitung haben können, werden gesammelt und mit der Antwort sämtlichen Bietern gleichlautend bekannt gemacht.

13 Ortsbesichtigung

- ☒ Eine Ortsbesichtigung ist im vorliegenden Vergabeverfahren nicht vorgesehen.

14 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

Der Bieter hat in gleicher Weise zu verfahren, wenn sich für ihn aus der Leistungsbeschreibung und den sonstigen ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen die Ausführung der Leistung nicht mit hinreichender Klarheit ergibt, er aber in seiner Kalkulation darauf abstellen will.

15 Eignungsnachweise

- ☒ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb:

Im Verhandlungsverfahren nach dem 4. Teil des GWB und der SektVO wurde die Eignung der Bewerber bereits im vorausgegangenen Teilnahmewettbewerb geprüft. Der Auftraggeber behält sich die Prüfung vor, ob die dort festgestellten Eignungsmerkmale des Bieters im Sinne von § 122 GWB auch noch bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens vorliegen.

- ☐ Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb:

Für den Fall, dass Eignungsnachweise nicht bereits in einem freiwilligen Teilnahmewettbewerb verlangt wurden, hat auf Verlangen des Auftraggebers der Bieter zum Nachweis seiner Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) Angaben zu machen über:

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



- 15.1** Erklärung über den Umsatz (netto) des Bieters, der auf Leistungen entfällt, die mit den vorliegend ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind, aufgeteilt für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.
- 15.2** Angaben zu realisierten oder in der Realisierung weit fortgeschrittenen Referenzprojekten des Bewerbers aus den vor der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung vergangenen 36 Monaten, bei denen in Art und Umfang mit der vorliegend ausgeschriebenen Leistung (vgl. Vergabeunterlagen) vergleichbare Leistungen durchgeführt wurden. Erwartet werden folgende Angaben für jedes Referenzprojekt:
- Name und Adresse des Auftraggebers; eine Benennung eines Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse bleibt vorbehalten;
 - Bezeichnung und Standort des Referenzobjekts
 - Kurzbeschreibung der Art der erbrachten Leistungen, insbesondere mit Benennung der besonderen Umstände der Leistungserbringung wie etwa Leistungserbringung unter laufendem Betrieb, Leistungserbringung im Bestand, Leistungserbringung im Sicherheitsbereich oder unter vergleichbaren Beschränkungen des Zutritts, sowie
 - Kurzbeschreibung des Umfangs der erbrachten Leistungen mit Angaben zur Auftragssumme,
 - Zeitraum der Leistungserbringung;
 - Angabe, ob die Leistungen als vollständige Eigenleistung, mit Nachunternehmern oder in Kooperation mit anderen Firmen erbracht wurden, sowie ggf. Angabe des Eigenleistungsanteils. Wurden die Leistungen nicht vollständig als Eigenleistung erbracht, so ist anzugeben, welche Leistungen als Eigenleistung erbracht wurden.



- 15.3** die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren beim Bieter jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen,
- 15.4** die Eintragung in das Berufsregister seines Sitzes oder Wohnsitzes,
- 15.5** andere, insbesondere für die Prüfung der Fachkunde geeignete Nachweise,
- 15.6** die Unfallversicherung durch Vorlage einer Bescheinigung der Berufsgenossenschaft. Ein Bieter, der seinen Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat, hat eine Bescheinigung des für ihn zuständigen Versicherungsträgers vorzulegen.
- 15.7** Für den Fall, dass Eignungsnachweise bereits in einem Teilnahmewettbewerb eines vorangegangenen und eingestellten Vergabeverfahrens verlangt wurden, behält sich der Auftraggeber die Prüfung vor, ob die dort festgestellten Eignungsmerkmale des Bieters auch noch bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens vorliegen.

16 Zusätze für ausländische Bieter

- 16.1** In einer gesonderten Anlage zum Angebot ist anzugeben, bei welchem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen der Bieter haftpflichtversichert ist und wie hoch die vereinbarten Deckungssummen für Personenschäden und sonstige Schäden sind.
- 16.2** Falls der Bieter seinen Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat und noch nicht Mitglied einer deutschen Berufsgenossenschaft ist, hat er vor der Erteilung des Auftrages nachzuweisen, dass er sein Unternehmen, soweit er auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig wird, zur Berufsgenossenschaft angemeldet hat.

Für den Fall, dass der Bieter aufgrund internationaler Vereinbarungen von der Pflicht zur Mitgliedschaft bei einer deutschen Berufsgenossenschaft befreit ist, hat er dies durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.
- 16.3** Ausländische Bewerber mit Sitz außerhalb des Bereichs der Europäischen Union haben den Nachweis zu erbringen, dass das zuständige Arbeitsamt die erforderlichen Arbeitserlaubnisse erteilt.
- 16.4** Bei Auftragserteilung ist ein inländischer Zustellungsbevollmächtigter zu benennen.
- 16.5** Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt neben den in Ziffer 1. der Vertragsbedingungen aufgezählten Vertragsbestandteilen ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, für ein eventuelles gerichtliches Verfahren das Prozessrecht der Bundesrepublik Deutschland.

17 Umweltvorsorge / Umweltschutz

Der Auftraggeber sieht sich den Grundsätzen der Umweltvorsorge und des Umweltschutzes [Vorbeugung] besonders verpflichtet. Daher wird bei Auftragsvergaben auf dem **Bausektor** gezielt die Forderung nach umweltfreundlichen und gesundheitlich unbedenklichen Baustoffen – Bauteilen – Bauarten, die im weitesten Sinne bei ihrer Verwendung Schaden von Menschen und Umwelt abwenden bzw. unvermeidbare Beeinträchtigungen minimieren, in den Vordergrund gestellt.



Der Bieter wird daher aufgefordert, beim Angebot von Baustoffen – Bauteilen – Bauarten die Umweltbedeutsamkeit zu beachten und ökologische und ökonomische Voraussetzungen so zu berücksichtigen, dass Gewinnung, Herstellung, Nutzung, Erhaltung und Wiederverwertung der Baustoffe – Bauteile – Bauarten im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit in das Angebot einbezogen werden.

Umweltfreundliche Baustoffe – Bauteile – Bauarten sind im Angebot zu kennzeichnen. Nebenangebote, die diesem Anspruch Rechnung tragen, sind auch ohne gleichzeitige Abgabe eines Hauptangebotes zugelassen.

Bei Hauptangeboten und zugelassenen Nebenangeboten und/oder Verhandlungsangeboten ist zu beachten, dass die angebotenen Baustoffe – Bauteile – Bauarten den anerkannten Regeln der Baukunst und Technik entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen

☒ FLUGHAFEN MÜNCHEN GmbH

Dieses Schreiben trägt keine Unterschrift, da es elektronisch erstellt wurde.



Anhang 1 zur Angebotsaufforderung

1. Gemäß Ziffer 0 der Angebotsaufforderung erfolgt die Wertung der Angebote nachfolgenden Kriterien:

1.1.

Zuschlagskriterium	Gewichtung
1.1.1 Preis	70 %
1.1.2 Angebotsbezogene Qualitäts- und Leistungsmerkmale, verkörpert durch folgende objektive Bestandteile:	30 %
	davon:
aa. <input checked="" type="checkbox"/> Auftragsbezogenes Konzept zur Inbetriebnahme/ Schulung nach Ziffer 2.1	5%
bb. <input checked="" type="checkbox"/> Auftragsbezogenes Konzept für den Vollunterhalt nach Ziffer 2.2	5 %
cc. <input checked="" type="checkbox"/> Auftragsbezogenes Konzept zur Einhaltung der Termine nach Ziffer 2.3	20 %

Gesamt: 100%

1.2. Erläuterung zur Anwendung der Zuschlagskriterien sowie deren Gewichtung bei der Wertung der Angebote

Der Auftraggeber wird bei der Bewertung der Angebote (ggf. nach Ziffer 8.3.3 der Angebotsaufforderung durchgeführte Zwischenwertung/en sowie die abschließende Wertung der Angebote) eine Bewertungsmatrix mit einem Punktesystem verwenden, bei dem maximal 1.000 Punkte erreicht werden können. Die maximale Punktezahl entspricht der Gesamtgewichtung der vorgenannten Zuschlagskriterien sowie Unterkriterien von 100%. Die nachfolgenden Hinweise für die Bewertung der Angebote, gelten nur für die Angebote, die auf der 3. Stufe der Angebotsprüfung und -wertung in die eigentliche Angebotswertung gelangen.

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



1.2.1 Hinweise zur Preisbewertung (sowie etwaiger Unterkriterien):

Die Gewichtung des Angebotspreises nach Ziffer 1.1.1 mit 70 % wird mit einer maximalen Punktezahl für die Bewertung des Angebotspreises mit 700 Punkten umgesetzt.

Für die Preisbewertung (ggf. Zwischenwertung/en sowie die Endwertung) wird der Auftraggeber wie folgt vorgehen:

Die maximale Punktezahl erhält das Angebot mit dem jeweils niedrigsten Angebotspreis nach der jeweiligen Wertung [Zwischenwertung oder abschließende Wertung]. Angebote, deren Angebotspreis bis zu 50 % über dem niedrigsten Angebotspreis liegt, erhalten linear entsprechend der jeweiligen Preisdifferenz zum preislich niedrigsten Angebotspreis Punkteabzüge. D. h. Angebote, deren Angebotspreis um 50 % oder mehr über dem niedrigsten Angebotspreis liegt, erhalten 0 Punkte.

Sofern für die Bewertung des Angebotspreises Unterkriterien genannt werden, gelten die voranstehenden Hinweise für das jeweilige Unterkriterium entsprechend.



1.2.2 Hinweise für die Bewertung der Unterkriterien des Zuschlagskriteriums „Angebotsbezogene Qualitäts- und Leistungsmerkmale“

Die Bewertung der Unterkriterien erfolgt auf der Grundlage der in Ziffer 2 jeweils mitgeteilten Konzeptinhalte.

Die Gewichtung der jeweiligen Unterkriterien in Prozent wird verhältnismäßig in die Bewertungsmatrix mit 1.000 Punkten umgesetzt. Die Bewertung der jeweiligen Unterkriterien der angebotsbezogenen Qualitäts- und Leistungsmerkmale nach Ziffer 1.1.2 erfolgt jeweils anhand des nachfolgenden Bewertungsmaßstabens:

- 5 Punkte** Der Bieter erfüllt das jeweilige Merkmal **vollständig und uneingeschränkt**.
- 4 Punkte** Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal **vereinzelt bzw. geringfügige** Defizite und Schwächen aufweisen.
- 3 Punkte** Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal **mehrere bzw. nicht lediglich geringe** Defizite und Schwächen aufweisen.
- 2 Punkte** Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal **weiterreichende bzw. gewichtige** Defizite und Schwächen aufweisen oder: Das Angebot enthält zum jeweiligen Merkmal **nur wenige wertungsfähige Aussagen**.
- 1 Punkt** Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal **insgesamt bzw. schwerwiegende** Defizite und Schwächen aufweisen.
- 0 Punkte** Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal **in allen Belangen ungenügend bzw. unzureichend** sind, oder: Das Angebot enthält zum jeweiligen Merkmal **keine wertungsfähigen Angaben**.

Die Wertung der Konzeptdarstellungen als Unterkriterien erfolgt für jedes Konzept gesamtheitlich nach der vorliegend dargestellten Bewertungsmethode. Die jeweils aufgeführten Unterpunkte stellen keine Unterkriterien dar, die jeweils gesondert bewertet und gewichtet sind.

Dasjenige Konzept erhält die maximale Punktzahl, das alle jeweils genannten Aspekte vollständig, übersichtlich und auftragsbezogen auf die Vertragsgegenstand in Textform enthält und hierdurch eine nachvollziehbare Darstellung entsteht, aus welcher der Auftraggeber erkennen kann, dass der Bieter die jeweils gestellten Anforderungen im Auftragsfall entsprechend der Anforderungen der Vergabeunterlagen umsetzen wird.

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



Die Ermittlung des Punkteergebnisses für jedes Unterkriterium erfolgt durch die Verwendung eines Gewichtungsfaktors, mit dem bei einer Bewertung mit 5 Punkten die jeweilige maximale Punktezahl entsprechend der prozentualen Gewichtung des Unterkriteriums erzielt werden kann.

1.2.3 Gesamtergebnis

Das Gesamtergebnis der Bewertung nach der Bewertungsmatrix ergibt sich aus der Summe der für jedes Zuschlagskriterium nach den voranstehenden Hinweisen ermittelten Punktezahl. Das Gesamtergebnis der Bewertung legt den Rang des Angebots fest.

2. Folgende weitere Angaben/Unterlagen sind vom Bieter zusätzlich als separate Anlagen dem Angebot beizufügen [siehe Ziffer 3.2.7 der Angebotsaufforderung]:

Hinweis des Auftraggebers:

Nach § 51 Abs. 3 SektVO ist eine Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ausgeschlossen. Der Auftraggeber rät dringend an, die nachfolgend genannten Konzeptdarstellungen mit dem Angebot abzugeben, um einen Ausschluss des Angebots zu vermeiden.

2.1. ☒ Auftragsbezogenes Konzept zur Inbetriebnahme / Schulung

Das mit dem Angebot vorzulegende auftragsbezogene Konzept für Inbetriebnahme / Schulung hat in Textform die vom Bieter im Auftragsfall vorgesehenen Maßnahmen für Inbetriebnahme / Schulung darzustellen.

Die Konzeptdarstellung hat bezogen auf die vorliegend ausgeschriebenen Leistungen auf folgende Aspekte einzugehen:

- Organisation und Dauer und Inhalt der Einweisungen und Schulungen [wird die Organisation sowie die Dauer nachvollziehbar und detailliert dargestellt, wird die volle Punktzahl vergeben]
- Angaben zur Überführung/Lieferung des Fahrzeugs [eine detaillierte Darstellung der Überführung Hersteller Flughafen München erhält volle Punktzahl]
- Angaben zum Umfang und Inhalt der geforderten Dokumentation gemäß Anforderungskatalog [vollständige Angaben zur Bereitstellung/Inhalt der geforderten Unterlagen erhält volle Punktzahl]



Der Auftraggeber erwartet eine nachvollziehbare Darstellung zu den vorgenannten Aspekten, die erkennen lässt, dass der Bieter im Auftragsfall die Besonderheiten der ausgeschriebenen Leistung berücksichtigt und durch seine ablaufbezogenen Maßnahmen eine qualitätsvolle und vertragsgerechte Leistungserbringung entsprechend der Vergabeunterlagen sicherstellt.

2.2. ☒ **Auftragsbezogenes Konzept für den Vollunterhalt**

Das mit dem Angebot vorzulegende auftragsbezogene Konzept für den Vollunterhalt hat in Textform die vom Bieter im Auftragsfall vorgesehenen Maßnahmen für den Vollunterhalt darzustellen. Die Konzeptdarstellung hat bezogen auf die vorliegend ausgeschriebenen Leistungen auf folgende Aspekte einzugehen:

- Organisation und Sicherstellung eines Termingerechten Kundendienstes am Flughafen München [detailliertes und vollständiges Konzept erhält volle Punktzahl]
- Angaben zur Reaktionszeit und Ablauf Mangelbehebung [Wiederherstellungszeit] bei Störungen [detailliertes und vollständiges Konzept erhält volle Punktzahl]
- Organisation und Sicherstellung der Verfügbarkeit von Ersatzteilen [detailliertes und vollständiges Konzept erhält volle Punktzahl]
- Anweisungen und Inhalte für Vollunterhalt und Prüfungen, insbesondere Angaben zu Wartungsintervallen [detailliertes und vollständiges Konzept erhält volle Punktzahl]

Der Auftraggeber erwartet eine nachvollziehbare Darstellung der vorgenannten Aspekte, aus der hervorgeht, dass der Bieter im Auftragsfall die Besonderheiten der ausgeschriebenen Leistung berücksichtigt und ein effizientes Vollunterhaltskonzept vorsieht, das die Einschränkungen für den Betrieb auf ein geringstmögliches Maß reduziert.

2.3. ☒ **Auftragsbezogenes Konzept zur Einhaltung der Termine**

Das mit dem Angebot vorzulegende auftragsbezogene Konzept zur Einhaltung der Termine hat in Textform die vom Bieter im Auftragsfall vorgesehenen Maßnahmen zur Terminsicherung und Termineinhaltung darzustellen.



Die Konzeptdarstellung hat bezogen auf die vorlegend ausgeschriebenen Leistungen auf folgende Aspekte einzugehen:

- Darstellung des Fertigungsterminplanes inkl. Ortsangaben wo die Fertigung stattfindet (Ein Standort sowie ein nachvollziehbarer Ablaufplan der Fertigung erhält volle Punktzahl)
- Angaben zur max. Lieferzeit nach Auftragserteilung (10 Monate werden angestrebt und erhalten die volle Punktzahl)
- Angaben zur Reserveplanung und ggf. erforderlichen Beschleunigungsmaßnahmen bei Lieferengpässen um Fertigungstermin zu halten (Wenn nachvollziehbare Ersatzmaßnahmen aufgezeigt werden können, um den Liefertermin sicherstellen, wird volle Punktzahl vergeben)

Der Auftraggeber erwartet eine nachvollziehbare Darstellung zu den vorgenannten Aspekten, die erkennen lässt, dass der Bieter im Auftragsfall die Besonderheiten der ausgeschriebenen Leistung berücksichtigt und durch seine vorgesehenen Maßnahmen die Einhaltung der vorliegend vorgegebenen Termine unter Berücksichtigung von Kontrollmaßnahmen und Reserveplanungen und Leistungserbringung entsprechend der Vergabeunterlagen sicherstellt.



Name und Anschrift des Bieters*]

Der Bieter ist im Handelsregister
des Amtsgerichts*]

unter der Nr. *]

ID-Steuer-Nr. *];

USt.-ID-Nr. *];

Bankverbindung des Bieters*]:

Bankname*:

IBAN*:

BIC*:

Angabe verbindlicher Email-Adressen:

Email-Adresse 1: **Bitte angeben**

Email-Adresse 2: **Bitte angeben**

Die angegebenen Email-Adressen können vom Auftraggeber jederzeit verwendet werden.

Der Bieter bestätigt insofern, dass eingehende Nachrichten regelmäßig (mind. 2 x werktäglich) abgerufen werden und der Zugang dem Auftraggeber per Email bestätigt wird.

ANGEBOT

An die

- ☒ Flughafen München GmbH
☐ Flughafen München GmbH als Vertreterin der
Bitte Gesellschaft auswählen

Eckdaten zum Angebot:

Ausschreibungsnummer

2026-1004976

Bezeichnung

Bayern Rettungswagen Typ C

Angebotsbindefrist

31.01.2027

Vergabeart

Verhandlungsverfahren

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt

*] = vom Bieter einzutragen



Anlagen: *)

- ☒ Anforderungskatalog
- ☒ Preisblatt
- ☒ ggf. Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer
- ☒ ggf. Verhandlungsangebote für Vertragsbedingungen
- ☒ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder Erfüllungsverbots
- ☒ Auftragsbezogene Konzepte nach Anlage 1 zur Aufforderung zur Abgabe eines Angebots
 - Konzept zur Inbetriebnahme / Schulung
 - Konzept für den Vollunterhalt
 - Konzept zur Einhaltung der Termine
- ☒ Sonstige Nachweise gemäß Anforderungskatalog Nummer:
 - 4.3
 - 4.5
 - 5.1
 - 5.5
 - 10.1
 - 10.10
 - 10.16
 - 10.23
 - 10.24



1. Hiermit wird die Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen zu den jeweils eingesetzten Preisen angeboten.

2. Diesem Angebot liegen zugrunde

die oben in der Liste der Anlagen auf Seite 1 aufgeführten sowie die im Formblatt „Aufforderung zur Abgabe eines Angebots“ genannten Vergabe- und Vertragsunterlagen, die nach Teil A der Anlagen beim Bieter verbleiben.

3. Ich/Wir erkläre[n], dass ich/wir

3.1 die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle[n];

3.2 im Fall der Auftragserteilung, die in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer – unbeschadet etwaiger lohn tariflicher Vorgaben – nicht unter den Mindestentgelt-Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes bzw. des Mindestlohngesetzes entlohnen werde/n und dem Auftraggeber zur Durchführung von Stichproben Einblick in die Lohnabrechnung gebe/n. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer zur Vorlage der Lohnabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Lohnabrechnungen werde/n ich/wir einholen.

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, Unterauftragnehmer/Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass diese/r eine gleich lautende Erklärung mir/uns gegenüber abgibt.

3.3 wegen des Einsatzes von Unterauftragnehmern/Nachunternehmern auf die beiliegende Erklärung „Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer“ verweise[n].

Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir nach Vertragsabschluss mit einer Zustimmung [soweit erforderlich] zur Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer/Nachunternehmer nicht rechnen kann/können (§ 4 Nr. 4 VOL/B bzw. § 4 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B).

4. Ich/Wir gebe[n] folgende Erklärung ab, die im Auftragsfall auch für die Vertragsdurchführung Gültigkeit hat:

4.1 Ich/Wir verpflichte[n] mich/uns, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen. Ich/wir stelle[n] insbesondere durch organisatorische Maßnahmen und Belehrungen meiner/unserer Mitarbeiter sicher, dass ich/wir bzw. meine/unsere Mitarbeiter sowohl im Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahren als auch im Auftragsfall in den Geschäftsbeziehungen mit dem Auftraggeber

a) keine strafbaren Handlungen begehe[n], die unter die §§ 298, 299, 333, 334 StGB fallen,

b) keine strafbaren Handlungen zu begehen, die unter die §§ 203, 204 StGB und § 23 GeschGehG fallen,

c) Mitarbeitern des Auftraggebers keine Zuwendungen oder andere Vorteile anbieten werde[n] bzw. solche von diesen angenommen werden,

d) Dritte nicht zu Handlungen gemäß vorstehenden lit. a) bis c) anstiften bzw. hierzu Beihilfe leisten werde[n].

e) Darüber hinaus werde[n] ich/wir bzw. meine/unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auftragsfall als Sachwalter des Auftraggebers keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen mit Bezug zu einem zwischen beiden geschlossenen Vertrag vertreten.



- 4.2 Im Auftragsfall bei Verstoß nach Auftragserteilung gegen eine der in Ziffer 4.1 genannten Verpflichtungen zahle(n) ich/wir dem Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 5 % der Auftragssumme (netto). Ein Verstoß gegen eine der in Ziffer 4.1 genannten Verpflichtungen im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens führt zum sofortigen und zwingenden Ausschluss des Bieters.
- 4.3 In den Fällen der Ziffer a) bis e) ist der Auftraggeber im Auftragsfall zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.
- 4.4 Sofern hinsichtlich der Handlungen aus Ziffer 4.1 a) bis e) ein dringender Tatverdacht vorliegt, kann der Auftraggeber den Bieter bzw. Auftragnehmer für mindestens 12 Monate von der Vergabe von Aufträgen ausschließen.
5. Weiterhin gebe(n) ich/wir folgende Erklärung ab, die im Auftragsfall ebenfalls auch für die Vertragsdurchführung Gültigkeit hat:
- 5.1 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle vom Auftraggeber im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung erlangten Informationen und Unterlagen, in schriftlicher, mündlicher oder anderweitiger Form (insbesondere elektronisch) vertraulich zu behandeln und nur im Rahmen der vorliegenden Zusammenarbeit zu verwenden.
- 5.2 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, über alle im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Vorgänge, Informationen und Akteninhalte gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren, sie nicht unbefugten Dritten zugänglich zu machen oder sie für eigene über die Beteiligung am Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahren oder im Auftragsfall über die Vertragsdurchführung hinausgehende Zwecke zu nutzen. Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der vertraglichen Beziehungen. Diese Verpflichtung gilt nicht gegenüber denjenigen Personen, die gemäß bekannt gegebener Festlegung des Auftraggebers an der Vertragsdurchführung mitwirken oder mitgewirkt haben.
- 5.3 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung in seinen Besitz gelangten Unterlagen (Originale sowie Kopien in jeder Form (siehe oben Ziffer 1)) unabhängig vom jeweiligen Ort deren Aufbewahrung unter Verschluss zu halten und keinem unbefugten Dritten zugänglich zu machen.
- 5.4 Ich/Wir werde(n) in meinem/unserem Unternehmen alle erforderlichen organisatorischen Maßnahmen treffen, um die Einhaltung der Vorgaben aus der vorliegenden Vertraulichkeitserklärung sicherzustellen. Ich/wir werde(n) hierbei insbesondere die im Rahmen des Vergabe- bzw. Auswahlverfahrens sowie im Auftragsfall der Vertragsdurchführung eingesetzten Mitarbeiter über die Verpflichtungen aus der vorliegenden Vertraulichkeitserklärung informieren und die Einhaltung dieser Vorgaben kontinuierlich überwachen.
- 5.5 Mir/Uns ist bekannt, dass ein Verstoß gegen die Pflichten aus dieser Erklärung erheblichen Schaden für den Auftraggeber verursachen kann, für welchen eine persönliche Haftung entstehen kann.

Darüber hinaus ist mir/uns die Geltung der §§ 298, 299 StGB und der Regelungen des GeschGehG bekannt. Ich/wir werde(n) die mir/uns im geschäftlichen Verkehr anvertrauten Vorlagen oder Vorschriften technischer Art und kaufmännischer Informationen des Auftraggebers, auch auf Datenträgern, nicht zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugt verwerten oder an Dritte weitervergeben. Diese Verpflichtung gilt gleichermaßen im Rahmen des Vergabe- oder Auswahlverfahrens wie im Auftragsfall im Rahmen der Vertragsdurchführung.



- 5.6 Ich/Wir werde/n keine Unterauftragnehmer/Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzen, für die Art. 5k Abs. 1 a) – c) der Verordnung [EU] Nr. 833/2014 2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung [EU] 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 zutrifft und auf die mehr als 10% des Auftragswerts entfallen.
6. Ich bin/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebotsschreiben meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.
7. Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Daten des Angebotes zu Auswertungszwecken in einem automatisierten Verfahren verarbeitet werden.
8. Die nachfolgende Namensnennung bzw. Signatur gilt für alle Bestandteile des Angebots nach voranstehender Liste der Anlagen auf S. 1.

An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Angebotsbindefrist gebunden.

Ort, Datum / Namensnennung / Signatur sofern zugelassen

Ort:

Datum :

Namensnennung des Erklärenden:

Bezeichnung des Bieters:

Wichtiger Hinweis (!):

Ist

- **bei einem Angebot in Textform der Name der Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,**
- **ein elektronisches Angebot, das signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,**

wird das Angebot ausgeschlossen.



VERTRAGSBEDINGUNGEN FÜR LEISTUNGEN [VB-L]

1 Art und Umfang der Leistung (zu § 1 VOL/B)

1.1. Gegenstand der Beauftragung

☒ Gegenstand der Beauftragung sind die in den Vertragsunterlagen im Einzelnen beschriebenen Leistungen.

☐ Rahmen- bzw. Rahmenzeitvertrag mit Leistungsabrufen

-entfällt-

1.2. Vertragsbestandteile

Vertragsbestandteile sind in nachstehender Reihenfolge, die auch bei Abweichungen oder Widersprüchen maßgeblich ist:

1.2.1 Nur bei Vorliegen eines Rahmen- bzw. Rahmenzeitvertrages: Das Auftragsschreiben des Auftraggebers für den Einzelabruf von Leistungen gemäß Ziffer 1.1 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

1.2.2 das vom Auftraggeber und vom Auftragnehmer unterzeichnete Auftragsschreiben des Auftraggebers für den Auftrag nach Ziffer 1.1,

1.2.3 die der Beauftragung zugrundeliegende Anforderungskatalog sowie einschließlich der zugehörigen Ausführungsunterlagen (Pläne, Zeichnungen, Berechnungen u. ä.),

1.2.4 alle weiteren, in der Aufforderung zur Angebotsabgabe benannten Vertragsgrundlagen, insbesondere die Vertragsbedingungen für Leistungen [VB-L],

1.2.5 das mit den Vergabe - bzw. Ausschreibungsunterlagen vorgegebene und vom AN unterzeichnete Angebotsformular samt Anlagen bzw. im Falle eines elektronischen Vergabeverfahrens mit Namensnennung bzw. Signatur des Auftragnehmers versehen,

1.2.6 -entfällt-

1.2.7 die Technischen- und Fachvorschriften für die jeweilige Leistung,

1.2.8 die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen [VOL/B], Fassung 2003.

Während der gesamten Vertragslaufzeit hat der Auftragnehmer eigenverantwortlich alle Arbeits-schutzbestimmungen, insbesondere zum Arbeitsschutzgesetz, der Arbeitsstättenverordnung, den Arbeitsstättenrichtlinien sowie Unfallverhütungsvorschriften, Vorschriften des Sozialrechts und des Ausländerrechts einzuhalten und seine Nachunternehmer und Mitarbeiter entsprechend zu führen. Er stellt den Auftraggeber von allen Rechtsfolgen frei, die sich aus von ihm zu vertretenden Verstößen gegen entsprechende Vorschriften ergeben können.

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



1.3 Vertragsbedingungen des Auftragnehmers

Vertragsbedingungen jeglicher Art des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferbedingungen, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand gelten nur dann, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich angenommen sind. Abweichungen von den Vertragsbedingungen des Auftraggebers gelten nur, wenn sie zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer ausdrücklich und schriftlich vereinbart worden sind.

1.4 Schriftformerfordernis

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen aus Beweisgründen der Schriftform.

1.5 Vertragsgeltung auch für Auftragserweiterungen, Ergänzungen und weitere Beauftragungen

Werden dem Auftragnehmer nicht vereinbarte Leistungen nachträglich übertragen oder kommt es zu Auftragserweiterungen oder Ergänzungen, so gelten hierfür die Vertragsbestandteile und Inhalte dieses Vertrages gleichermaßen. Dies gilt auch für ggf. gewährte Nachlässe, Skonti etc.

1.6 Anforderungskatalog

1.6.1 Wenn der Auftragnehmer für sein Angebot selbstgefertigte Abschriften, Kurzfassungen oder EDV-Medien benutzt hat, ist allein der Wortlaut des vom Auftraggeber verfassten Anforderungskatalogs verbindlich.

1.6.2 Bei Abweichungen und Widersprüchen innerhalb einzelner Bestandteile des Anforderungskatalogs und der Ausführungsunterlagen [Ziffer 1.2.3] ist die Entscheidung des Auftraggebers einzuholen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auf solche Abweichungen und Widersprüche – in jedem Fall vor Ausführungsbeginn – hinzuweisen.

1.6.3 Sind im Anforderungskatalog bestimmte Fabrikate vorgegeben und mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ bezeichnet und will der Auftragnehmer anstelle eines von ihm in seinem Angebot konkret bezeichneten Fabrikats ein anderes Fabrikat verwenden, das er für gleichwertig hält, ist hierfür rechtzeitig die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen.

1.6.4 -entfällt-

1.6.5 Der Auftragnehmer berücksichtigt bei seinen Leistungen auch sämtliche Herstellerrichtlinien, ohne dass dies im Anforderungskatalog gesondert geregelt werden muss.

1.7 Alternativ-, Eventualpositionen

Soweit im Preisblatt Alternativpositionen – für die wahlweise Ausführung einer Leistung – oder Eventualpositionen – für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung – vorgesehen sind, kann der Auftraggeber seine Entscheidung über die Ausführung noch nach der Auftragserteilung treffen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber nach Leistungsfortschritt rechtzeitig aufzufordern, die Entscheidung zu treffen und wird erst nach schriftlicher Anordnung des Auftraggebers mit der Ausführung beginnen. Die Auftragnehmerrechte nach der VOL/B in Bezug auf Vergütung und Termine bleiben unberührt.



1.8 Preisermittlungsgrundlagen

-entfällt-

1.9 Vergütung

Vereinbarte Einheitspreise oder Pauschalpreise sind insoweit jeweils Festpreise, als keine Preisgleitklauseln für Personal oder Material vereinbart sind. Auftragnehmerrechte aus Mengenänderungen bei Abschluss eines Einheitspreisvertrages aus nachträglichen Änderungen des Leistungssolls sowie nach § 313 BGB bleiben unberührt. Ist ein Pauschalpreis vereinbart, trägt der Auftragnehmer das Mengenermittlungsrisiko auch dann, wenn einzelne Teile oder ganze Leistungsbeschreibungen Mengenangaben enthalten.

Zu den Leistungen, die durch die vereinbarten Preise abgegolten werden, gehören auch, soweit dafür nicht in dem Anforderungskatalog besondere Ansätze enthalten sind keine weitergehenden Regelungen enthalten sind,

1.9.1 die Kosten für die Verpackung [Einwegverpackung]; Aufladen, Befördern bis zur Anlieferstelle und Abladen sowie eventuelle Zwischenlagerung;

1.9.2 die Benutzungskosten für die im Eigentum des Auftragnehmers verbleibende Mehrwegverpackung. Mehrwegverpackungen werden, soweit sie im Werkverkehr angeliefert werden oder auf andere Weise am Ort der Übergabe an Beauftragte des Auftragnehmers übergeben werden können, bei der Anlieferung zurückgegeben.

Die Rückführung sonstiger gebrauchter Mehrwegverpackungen sowie die Entsorgung gebrauchter Einwegverpackungen, die nicht bei der Anlieferung zurückgegeben werden, erfolgt zu Lasten des Auftragnehmers, soweit dieser die Verpackungen nicht zurücknimmt;

1.9.3 Soweit eine zentrale Abfallentsorgung vorgesehen ist, sind von der vereinbarten Vergütung alle notwendigen Maßnahmen und Handlungen umfasst, die zur regelmäßigen Abfallentsorgung, Separierung und Verbringung zu bereitgestellten Containern gehören.

1.9.4 die Stellung und das Vorhalten sämtlicher notwendiger Rüst- und Hebezeuge, Werkzeuge; das Aufstellen, Vorhalten und Beseitigen von Gerüsten, Arbeitsbühnen und dergleichen;

1.9.5 die gründliche Einweisung des Betriebspersonals des Auftraggebers durch fachkundige Beauftragte des Auftragnehmers nach den jeweiligen technischen Vorschriften

1.9.6 die Lieferung einer ausführlichen Bedienungs- und Wartungsanweisung in deutschsprachiger Fassung;

1.9.7 Kosten für gesetzlich oder behördlich vorgeschriebene Sicherheits- und Abnahmeprüfungen einschließlich der hierzu notwendigen Hilfskräfte und Geräte;

1.9.8 Kosten für gesetzlich oder behördlich vorgeschriebene Sicherheits- und Abnahmeprüfungen einschließlich der hierzu notwendigen Hilfskräfte und Geräte;

1.9.9 Abstellung eines sachverständigen Vertreters und, falls notwendig, eines Monteurs zur Abnahmeprüfung einschließlich hierzu notwendiger Geräte;

1.9.10 Patentgebühren und Lizenzvergütungen;

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



1.9.11 Fertigung der Unterlagen für eine notwendige öffentlich-rechtliche Genehmigung [Erlaubnis, Abnahme etc.], soweit sie den Leistungsumfang betrifft;

1.9.12 Kosten für die Einfuhr [Zollgebühren, Schätzgebühren für den Zollwert etc.];

1.10 Anordnungsrecht

-entfällt-

2 Änderung der Leistung (zu § 2 VOL/B)

Ein Änderungsverlangen des Auftraggebers erfolgt schriftlich.

3 Ausführungsunterlagen (zu § 3 VOL/B)

3.1 Der Auftragnehmer hat – entsprechend dem Leistungsfortschritt – dem Auftraggeber den Zeitpunkt, zu dem er die nach dem Vertrag vom Auftraggeber zu liefernden Unterlagen benötigt, möglichst frühzeitig anzugeben, damit die Übergabe durch den Auftraggeber rechtzeitig erfolgen kann.

3.2 Der Auftragnehmer hat rechtzeitig vor Ausführung der Leistung, spätestens jedoch vier Wochen nach Auftragserteilung auf Verlangen des Auftraggebers einen detaillierten Ablauf- und Terminplan aufzustellen und in jedem Fall vor Ausführung der Leistungen vorzulegen. Der Auftraggeber kann (alternativ) die Mitwirkung des Auftragnehmers bei der Aufstellung und Fortschreibung von eigenen Terminplänen verlangen.

3.3 Veröffentlichungen, Vervielfältigungen

3.3.1 Der Auftragnehmer darf Veröffentlichungen über seine Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.

3.3.2 Der Auftraggeber darf, die vom Auftragnehmer beschafften Ausführungsunterlagen für die Durchführung der Leistung und ihre Erhaltung vervielfältigen und verwenden, für andere Zwecke nur mit Zustimmung des Auftragnehmers.

3.4 **Der Auftragnehmer hat ihm überlassene Ausführungsunterlagen unverzüglich zu überprüfen.**



4 Ausführung (zu § 4 VOL/B)

4.1 Die Projektdurchführung obliegt:

Wird im Auftragsfall bekannt gegeben

4.2 Mit der Projektsteuerung ist beauftragt:

Wird im Auftragsfall bekannt gegeben

4.3 Sind Dritte mit der Projektdurchführung (Ziffer 4.1) oder Projektsteuerung (Ziffer 0) beauftragt, gilt folgendes:

Die Projektdurchführung und die Projektsteuerung sind jeweils einzeln bevollmächtigt, den Auftraggeber bei den Belangen der örtlichen Projektdurchführung zu vertreten. Zu Änderungen und Ergänzungen des Vertrages sowie zur Abgabe und Entgegennahme von rechtsgeschäftlichen Erklärungen sind sie nicht bevollmächtigt, soweit nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Die Projektdurchführung und die Projektsteuerung sind insbesondere nicht bevollmächtigt, Behinderungsanzeigen nach § 5 VOL/B entgegenzunehmen, Anordnungen nach § 2 VOL/B zu erteilen, Bedenkenanzeigen entgegenzunehmen, Abnahmen nach § 13 VOL/B i. V. m. Ziffer 13 zu erklären oder Vorbehaltserklärungen gegen die Schlusszahlungen gemäß § 17 Nr. 4 VOL/B entgegenzunehmen. Der Auftragnehmer hat seine, den Vertrag betreffenden rechtsgeschäftlichen Erklärungen, insbesondere die Ankündigung von Zusatzvergütungsansprüchen, Nachtragsangebote, Behinderungs- und Bedenkenanzeigen, Abnahmeverlangen, Fristsetzungen u. ä. ausschließlich an den Auftraggeber zu richten.

Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

4.4 Projektleiter

Der Auftragnehmer benennt dem Auftraggeber schriftlich und vor Beginn der Ausführung den/die von ihm für die Auftragsdurchführung eingesetzte/n Projektleiter/in sowie eine/n Stellvertreter/in [Leitungspersonal]. Der/Die dem Auftraggeber benannte Projektleiter/in gilt gegenüber dem Auftraggeber als bevollmächtigt, alle Erklärungen und Handlungen abzugeben und entgegenzunehmen, die die Leistungsdurchführung betreffen.

Bei Krankheit, Urlaub oder Wechsel des Leitungspersonals muss dies dem Auftraggeber jeweils unverzüglich schriftlich mitgeteilt. Der Auftraggeber darf die Zustimmung zu einem Wechsel des Leitungspersonals nur aus wichtigem Grund verweigern.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Qualifikation oder Erfahrung des ersetzenden Leitungspersonals nicht mit der Qualifikation oder Erfahrung des ersetzten Leitungspersonals vergleichbar ist.

Das Leitungspersonal hat auf Aufforderung durch den Auftraggeber an allen Besprechungen anwesend zu sein und teilzunehmen, die die Belange des vorliegenden Projekts betreffen. Ist das Leitungspersonal der Auffassung, dass seine Anwesenheit an Besprechungen nicht erforderlich ist, hat es mindestens zwei Werktage vor der Besprechung dem Auftraggeber in einer Begründung anzuzeigen, dass eine Teilnahme an der Besprechung nicht vorgesehen ist. Widerspricht der Auftraggeber der Einschätzung des Leitungspersonals, so ist dessen Anwesenheit sicherzustellen oder es ist ein kompetenter und entscheidungsberechtigter Vertreter zur Besprechung zu entsenden. In jedem Fall muss sichergestellt sein, dass ein nach den vorliegenden Vertragsbedingungen entscheidungsbefugter Ansprechpartner oder Vertreter an der Besprechung teilnimmt.

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



4.5 Tagesberichte

-entfällt-

4.6 Räumung

-entfällt-

4.7 Werbung

-entfällt-

4.8 Unterauftragnehmer

- 4.8.1 Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen, sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers schriftlich bekannt zu geben. Beabsichtigt der Auftragnehmer, Leistungen zu übertragen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist und die wesentlichen Teile der Leistung betreffen, hat er vorher die schriftliche Zustimmung gemäß § 4 Nr. 4 VOL/B einzuholen.
- 4.8.2 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und nachgekommen sind, die einschlägigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen und insbesondere das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit beachten sowie die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Er darf den Unterauftragnehmern keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und der Sicherheitsleistung - auferlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind. Auf Verlangen des Auftraggebers hat er dies nachzuweisen.
- 4.8.3 Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass der Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weitervergibt, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor schriftlich zugestimmt; die Ziffern 4.8.1 und 4.8.2 gelten entsprechend.



4.9 Arbeiten im Sicherheitsbereich

- ☒ Die beauftragten Leistungen werden im Sicherheitsbereich des Flughafens München ausgeführt.

Bei Lieferungen oder Leistungen in den bzw. im Sicherheitsbereich [nicht öffentlicher Bereich gemäß §§ 8,10 Luftsicherheitsgesetz] unterwirft sich der Auftragnehmer den jeweils geltenden Regelungen für das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München sowie über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München. Siehe hierzu die Merkblätter „Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München“ sowie „Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München“.

Der Auftragnehmer wird insbesondere darauf hingewiesen, dass ab dem 29.04.2012 sämtliche Flughafenlieferungen im Sinn des Anhangs der VO [EU] 185/2010 Ziff. 9.0.2 sog. „nicht bekannter Lieferanten von Flughafenlieferungen“ in die Sicherheitsbereiche des Flughafens München vollständig kontrolliert werden müssen und es hierdurch zu – nicht quantifizierbaren – Wartezeiten kommen kann. Dies ist vom Auftragnehmer zu berücksichtigen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich in regelmäßigen Abständen über Neuerungen, Änderungen und Aktualisierungen bei der Kontrolle von Flughafenlieferungen unter

<https://www.munich-airport.de/lieferanten-86741>

zu informieren.

- ☐ Die beauftragten Leistungen werden nicht im Sicherheitsbereich des Flughafens München ausgeführt.

4.10 Haftung der Vertragsparteien

- 4.10.1 Der Auftragnehmer hat alle zur Sicherung des Leistungsorts und zur Sicherung seiner Arbeiten sowie seiner sonst nach diesem Vertrag vorzunehmenden Handlungen und Unterlassungen nach den gesetzlichen, behördlichen, polizeilichen Anordnungen und Vorschriften sowie nach den Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung auszuführen oder diese zu veranlassen. Er haftet für sämtliche aus der schuldhaften Unterlassung solcher Maßnahmen dem Auftraggeber erwachsenden Schäden. § 254 BGB bleibt unberührt.
- 4.10.2 Bewachung und Verwahrung der Unterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleider und sonstiger Gegenstände des Auftragnehmers und seiner Erfüllungsgehilfen – auch während der Arbeitsruhe – ist Sache des Auftragnehmers; der Auftraggeber ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf seinem Grundstück befinden. Der Auftraggeber haftet insofern nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.
- 4.10.3 Im Rahmen einer etwaigen vorgeschriebenen Kontrolle von Flughafenlieferungen in die Sicherheitsbereiche des Flughafens München [siehe dazu auch das „Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München“] übernimmt der Auftraggeber bei Annahme, Kontrolle und Abstellen der Lieferung keinerlei Pflichten zur Prüfung, Obhut oder Verwahrung. Der Auftraggeber übernimmt folglich keine Haftpflicht für Beschädigung von Lieferungen durch eigenes Personal – ausgenommen vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführte Beschädigungen – oder für Abhandenkommen oder Beschädigung durch Dritte.



- 4.10.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern von allen gegen den Auftraggeber geltend gemachten Ansprüchen freizustellen, die bei der Ausführung der Leistung und Vornahme sonstiger Handlungen oder Unterlassungen des Auftragnehmers im Zusammenhang mit diesem Vertrag im Verantwortungs- und Risikobereich des Auftragnehmers entstehen.

Der Auftragnehmer ist insbesondere verpflichtet, den Auftraggeber von allen Ansprüchen der Arbeitnehmer des Auftragnehmers sowie der Arbeitnehmer seiner Nachunternehmer bzw. der weiteren nachgeordneten Nachunternehmer und etwaiger Verleiher und der Sozialkassen gemäß § 14 AentG sowie des Sozialgesetzbuches freizustellen.

- 4.10.5 Die Freistellungsverpflichtung gilt nicht für schädigende Auswirkungen, die trotz vertragsgemäßer Ausführung unvermeidbar sind, es sei denn, dass die schädigenden Auswirkungen auf einen Änderungsvorschlag oder ein Nebenangebot des Auftragnehmers zurückzuführen sind.

- 4.10.6 Der Auftragnehmer hat Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

4.11 Gewerblicher Rechtsschutz

Der Auftragnehmer übernimmt bei bestimmungsgemäßigem Gebrauch der Leistung durch den Auftraggeber unter den in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen festgelegten Voraussetzungen die alleinige Haftung Dritten gegenüber wegen Verletzung gewerblicher Schutzrechte sowie Urheberrechte und aus unerlaubten Handlungen des wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutzes gemäß UWG. Das gilt auch dann, wenn die Ausführung der Leistung nach technischen Lieferbedingungen, technischen Richtlinien, Zeichnungen oder anderen Spezifikationen des Auftraggebers erfolgt, soweit die Schutzrechtsverletzung für den Auftragnehmer erkennbar war und er den Auftraggeber nicht auf diese hingewiesen hat.

4.12 Nicht belegt

4.13 Zentrales Schlüsseldepot

-entfällt-



5 Bereitstellungen des Auftraggebers

5.1 Wasseranschlüsse / Stromanschlüsse / Sonstige Anschlüsse

-entfällt-

6 Ausführungs-/ Lieferfristen

6.1. ☐ Bei Vorliegen eines Rahmen- bzw. Rahmenzeitvertrages

Beginn und Ende der Ausführungs-/Lieferfristen für die Einzelaufträge sowie die Vereinbarung von vertraglichen Einzelfristen werden im jeweiligen Leistungsabruf nach Ziffer 1.1 **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** bestimmt

6.2. ☒ Bei Vorliegen eines Standardvertrages bestimmen sich die Vertragsfristen nach vorliegenden Ziffern 6.1 bis 6.2.3:

6.2.1. Mit der Ausführung/Lieferung ist zu beginnen

- a) ☐ am Klicken oder tippen Sie, um ein Datum einzugeben.
- b) ☐ nach besonderer schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber
- c) ☒ unverzüglich nach Erteilung des Auftrages

6.2.2. Die Leistung/Lieferung ist fertigzustellen

- a) ☐ am Klicken oder tippen Sie, um ein Datum einzugeben.
- b) ☒ innerhalb von Tage[n] *) ab Beginn gemäß 6.1

6.2.3. Folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen

-entfällt-

6.3 Der Auftraggeber behält sich vor, im Auftragsschreiben den Beginn und das Ende der Ausführungs-/Lieferfrist und etwaige Einzelfristen nach billigem Ermessen datumsmäßig auf der Grundlage der Festlegungen aus Ziffer 1 und 6.2 festzulegen.

6.4 Erfüllungsort bei Lieferungen

6.4.1 Anlieferzeit

Wählen Sie ein Element aus.

6.4.2 Erfüllungsort

☒ Flughafen München GmbH

Im Fall von Flughafenlieferungen in die Sicherheitsbereiche des Flughafens München lässt das Abliefern von Flughafenlieferungen an der zentralen Warenkontrollstelle den vereinbarten Erfüllungsort unberührt.

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



7 Behinderung und Unterbrechung der Leistung (zu § 5 VOL/B)

In der Behinderungsanzeige sind die Auswirkungen des behindernden Umstandes auf die Vorhaltung, den Einsatz und die etwaige Umdisponierung von Gerätschaften und personellen Ressourcen vom Auftragnehmer und ggf. Nachunternehmer detailliert darzustellen und die kostenbezogenen und terminlichen Folgen der Behinderung abzuschätzen.

Tritt ein behindernder Umstand auf, der zu einer Verlängerung von Ausführungsfristen führt, so verpflichtet sich der Auftragnehmer, die Leistungen in den von der Behinderung unberührten Bereichen so weiterzuführen, dass für diese Bereiche die vorgegebenen Ausführungsfristen eingehalten werden.

Der Auftraggeber kann die Verwendung von Formularvorlagen für Behinderungsanzeigen vorgeben, die vom Auftragnehmer auszuführen sind.

8 Art der Anlieferung und Versand (zu § 6 VOL/B)

8.1 Versandabwicklung hat gemäß den Angaben des Auftraggebers zu erfolgen.

8.2 Teillieferungen bedürfen der ausdrücklichen Einwilligung des Auftraggebers und sind als solche in den Versanddokumenten klar zu kennzeichnen.

8.3 Alle Versandpapiere sind ordnungsgemäß mit den vom Auftraggeber vorgeschriebenen Angaben, insbesondere mit Bestell-Nummer, Kommissions-Nummer, Planziffer sowie Stückzahl und Gewicht pro Position zu versehen.

Der Auftraggeber kann den Bestellgegenstand zurückweisen, der ohne ordnungsgemäße Versandpapiere, Prüfpapiere oder Abnahmezeugnisse usw. geliefert wurde.

Die Versandpapiere müssen dem Auftraggeber vor Eintreffen des Bestellgegenstandes am Erfüllungsort vorliegen.

8.4 Der Auftragnehmer ist verantwortlich für alle Kosten und/oder Schäden, die durch Nichtbeachtung von Versandanweisungen oder dadurch entstehen, dass er von ihm im Zusammenhang mit dem Versand abzugebende Erklärungen nicht, nicht rechtzeitig oder inkorrekt abgibt.

8.5 Lieferungen zum Erfüllungsort sind nur während der üblichen Geschäftszeiten gestattet. Ausnahmen bedürfen der ausdrücklichen Einwilligung des Auftraggebers.

8.6 Der Auftraggeber kann - auch nach bereits erfolgter Anzeige der Versandbereitschaft - vom Auftragnehmer verlangen, den Versand des Bestellgegenstandes zurückzustellen, weil die Übernahme am Erfüllungsort vorübergehend unmöglich ist. In einem solchen Falle ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Bestellgegenstand auf seine Kosten und Gefahr bis zu einem Zeitraum von 3 Monaten kostenfrei sachgerecht einzulagern. Im Falle der Einlagerung des Bestellgegenstandes erfolgt die Zahlung einer fälligen Rate nur gegen vorgezogene Sicherheitsübereignung. Ist der Versand zahlungsauslösendes Ereignis, gilt dieses Ereignis mit Beginn der Einlagerung als eingetreten.



- 8.7 Die aus dem Versand entstehenden Nebenkosten, wie Entgelte für das Ausstellen von Frachtbriefen, das Wiegen und Zählen usw. sowie etwaige am Herstellungs- oder Auslieferungsort anfallende Ortsfrachten und örtliche Entgelte [Anschluss-, Bahnhof-, Stell-, Überführ- und Umstelltarife] sind, soweit vertraglich nicht eine anderweitige Regelung getroffen wurde, durch den Preis für die Leistung abgegolten.
- 8.8 Kosten einer etwaigen Versicherung sowie zusätzliche Entgelte für Einschreib- und Wertsendungen sind, wenn nichts anderes vereinbart ist, durch den Preis für die Leistung abgegolten.
- 8.9 Zusätzliche Entgelte für beschleunigte Beförderung werden nur erstattet, wenn eine solche Beförderung vereinbart worden ist.

9 Pflichtverletzung des Auftragnehmers (zu § 7 VOL/B)

- 9.1 Unterauftragnehmer im Sinne des § 7 Nr. 2 Abs. 1 Satz 2 VOL/B sind nur solche, zu dessen Beauftragung der Auftragnehmer vom Auftraggeber unter namentlicher Benennung im Vertrag ausdrücklich verpflichtet worden ist.
- 9.2 Als Zeitpunkt der Abrechnung mit dem Dritten im Sinne von § 7 Nr. 2 Abs. 3 Satz 3 VOL/B gilt die Zahlung durch den Auftraggeber gem. § 17 Nr. 1 VOL/B.
- 9.3 Im Falle einer Haftung des Auftragnehmers wegen Pflichtverletzungen umfasst die Ersatzpflicht auch Mehrkosten des Auftraggebers für

a) Deckungsaufträge, -käufe, sowie

b) verfrühte oder vergeblich erbrachte Aufwendungen, einschließlich eventueller Zinslasten.

Darüber hinaus hat der Auftraggeber Anspruch auf entgangenen Gewinn nach Maßgabe des § 7 Nr. 2 Abs. 1 VOL/B.

- 9.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern von allen gegen den Auftraggeber geltend gemachten Ansprüchen freizustellen, die bei der Ausführung der Leistung und Vornahme sonstiger Handlungen oder Unterlassungen des Auftragnehmers im Zusammenhang mit diesem Vertrag im Verantwortungs- und Risikobereich des Auftragnehmers entstehen.
- 9.5 Die Freistellungsverpflichtung gilt nicht für schädigende Auswirkungen, die trotz vertragsgemäßer Ausführung unvermeidbar sind, es sei denn, dass die schädigenden Auswirkungen auf einen Änderungsvorschlag oder ein Nebenangebot des Auftragnehmers zurückzuführen sind.
- 9.6 Der Auftragnehmer hat Unfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

**10 Lösung des Vertrages durch den Auftraggeber (zu § 8 VOL/B)****10.1 Kündigung aus wichtigem Grund**

Der Auftraggeber ist über § 8 Nr. 1 und Nr. 2 VOL/B hinaus berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund, auch fristlos, zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehende Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

10.2 Kündigung wegen Vermögensverfall bei Arbeitsgemeinschaften

Bei Arbeitsgemeinschaften als Auftragnehmer kann der Auftraggeber den Vertrag auch dann aus wichtigem Grund kündigen, wenn ein Arbeitsgemeinschafts-Gesellschafter wegen Vermögensverfall aus der Arbeitsgemeinschaft ausscheidet oder ausgeschlossen wird und hierdurch wesentliche und grundlegende Voraussetzungen zur Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit oder Fachkunde entfallen, die für die vertragliche Durchführung des Auftrages erforderlich sind. Beabsichtigt der Auftraggeber eine derartige Kündigung, so wird er dem Auftragnehmer vorher Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

10.3 Die Regelungen über die Kündigung gelten auch für Einzelaufträge oder Teile davon entsprechend; der Rahmenvertrag und die übrigen Einzelaufträge bleiben in diesem Fall unberührt.

10.4 Wettbewerbsbeschränkungen (zu § 8 Nr. 2 VOL/B)

10.4.1 Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

10.4.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere wettbewerbswidrige Verabredungen mit anderen Bietern über

- Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten,
- die zu fordernden Preise,
- Bindungen sonstiger Entgelte,
- Gewinnaufschläge,
- Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile,
- Zahlungs- Lieferungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen,
- Einrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen,
- Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben,

sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach § 22 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung -GWB- zulässig sind, sowie das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen i.S.v. Ziffer 10.1. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind.



10.5 Teilkündigung

Bei Vorliegen eines wichtigen Kündigungsgrundes oder einer freien Kündigung, kann der Auftraggeber die Kündigung auch auf einzelne Teilleistungen beschränken, ohne dass es sich hierbei um abgeschlossene Teile der Leistung handeln muss. Der Auftraggeber kann auch vor der Abnahme bei Vorliegen der Voraussetzungen für eine Teilkündigung eine Ersatzvornahme wegen einzelner mangelhafter Leistungen durchführen.

11 **Vertragsstrafe (zu § 11 VOL/B)**

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für jeden Werktag der verschuldeten Verspätung zu zahlen:

11.1 Bei Überschreitung der vereinbarten Ausführungs-/Lieferfrist

- ☒ 1 Promille für jeden Werktag der Verspätung, höchstens jedoch für jede vollendete Woche 0,5% des Wertes desjenigen Teils der Leistung, die nicht genutzt werden kann und insgesamt höchstens

5 % des Endbetrags der Auftragssumme (ohne USt) von der Lieferleistungen.

11.2 Bei Überschreitung von Einzelfristen (Ziffer 6.2.3)

- ☐ 1 Promille für jeden Werktag der Verspätung, höchstens jedoch 0,5% des Wertes desjenigen Teils der Leistung, die nicht genutzt werden kann und höchstens 5% der gemäß Leistungsbeschreibung bzw. Einzelabruf innerhalb der Einzelfrist auszuführenden Leistung (ohne USt).

11.3 Mehrere gemäß Ziffer 11.1. und/oder 11.2. verwirkte Vertragsstrafen werden auf insgesamt

- ☒ 5 % des Endbetrags der Auftragssumme für die Lieferleistungen (ohne USt) begrenzt.

12 **Güteprüfung (zu § 12 VOL/B)**

- ☒ Eine Güteprüfung wird durchgeführt.

13 **Abnahme (zu § 13 VOL/B)**

13.1 Alle Lieferungen und Leistungen bedürfen der förmlichen Abnahme am vereinbarten Erfüllungsort. Der Auftragnehmer hat die Abnahme rechtzeitig schriftlich beim Auftraggeber zu beantragen. Sie ist innerhalb von 12 Werktagen nach Eingang des Antrags beim Auftraggeber durchzuführen.

Teilabnahmen sind ausgeschlossen, sofern die Vertragsparteien nicht etwas anderes vereinbart haben.



13.2 „Vorläufige Inbenutzungnahme“ bestimmter Leistungen

Für betriebstechnische Anlagen und Einrichtungen, die nach Fertigstellung montagebedingt nicht auf ihre Vertragsgemäßheit überprüft werden können, findet zunächst keine Abnahme, sondern vorerst nur eine „Vorläufige Inbenutzungnahme“ durch den Auftraggeber statt. Gleiches gilt für Anlagen und Einrichtungen, die schon vor Fertigstellung der Leistung vom Auftraggeber für den beabsichtigten Endzweck in Gebrauch genommen werden.

Mit der „Inbenutzungnahme“ geht die Gefahr auf den Auftraggeber über, sofern eine förmliche Übernahme unter Aufnahme eines Protokolls über den fertiggestellten Leistungsgegenstand und etwaige Mängel durchgeführt worden ist.

13.3 Im Übrigen geht die Gefahr sowohl bei Lieferleistungen als auch sonstigen Leistungen auf den Auftraggeber mit der Abnahme über.

13.4 Die Leistungen werden beim Auftraggeber abgenommen, soweit nicht besondere Vereinbarungen über die Durchführung der Abnahme getroffen wurden.

13.5 Erfolgt nur eine Lieferung ohne Montage, prüft der Auftraggeber die Leistung bei der Anlieferung am Erfüllungsort lediglich hinsichtlich offensichtlicher Mängel. Im Übrigen ist der Auftraggeber von der Untersuchungs- und Rückpflicht nach den §§ 377 HGB befreit.

14 **Verjährungsfrist für Mängelansprüche (zu § 14 VOL/B)**

14.1 Es verbleibt bei § 14 Nr. 3 VOL/B

15 **Rechnung (zu § 15 VOL/B)**

15.1 Preisblatt

Der Auftragnehmer hat der Abrechnung die im Preisblatt vorgegebene Reihenfolge der Positionen sowie die den Positionen zugeordnete Bezeichnungen unter Übernahme der jeweiligen Ordnungszahlen zugrunde zu legen.

15.2 Feststellung der Leistung (Aufmaß)

15.2.1 Sind für die Abrechnung Feststellungen am Liefer- und Montageort notwendig, so sind sie möglichst gemeinsam vorzunehmen; der Auftragnehmer hat sie rechtzeitig zu beantragen. Aufmaßfehler können nachträglich berichtigt werden. Aufmaßfehler sind insbesondere Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander, Rechen- und Schreibfehler.

15.2.2 Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung der Rechnung nötig sind, unmittelbar zu ersehen sein.



15.2.3 Alle Abrechnungsunterlagen - insbesondere die Nachweise - müssen so beschaffen sein, dass ein am Leistungsgeschehen unbeteiligter Fachmann die Richtigkeit der Angaben ohne besonderen Aufwand prüfen kann. In den für die gemeinsamen Feststellungen zu verwendenden Aufmaßblättern müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden:

- Auftragnehmer
- Auftraggeber
- Auftragsnummer
- Nummer des Aufmaßblattes
- Bezeichnung der Leistung
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes
- Ordnungszahlen (OZ)

15.2.4 Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften der Auftragnehmer.

15.2.5 Für eine elektronische Abrechnung gelten die Bestimmungen des Auftraggebers.

15.3 Rechnungen

15.3.1 Alle Rechnungen sowie ggf. Aufmaßunterlagen und prüfbare Nachweise sind in **elektronischer Form** wie folgt einzureichen:

rechnungen@munich-airport.de

Bitte achten Sie darauf, dass Sie pro Rechnung nur eine PDF-Datei verwenden. Wenn Sie uns zur Rechnung noch weitere Dokumente übermitteln möchten, dann fügen Sie diese bitte der Rechnungs-PDF-Datei an!

Es sind alle standardisierten E-Rechnungsformate gem. den Spezifikationen der Europäischen Norm EN 16931 zulässig.

15.3.2 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- oder Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.

15.3.3 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung einzusetzen.

15.3.4 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

16 **Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (zu § 16 VOL/B)**

-entfällt-



17 Zahlungen (zu § 17 VOL/B)

17.1 Formale Anforderungen

Alle Zahlungen werden bargeldlos geleistet.

Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrages an die Geldanstalt, bei Zahlung per Verrechnungsscheck der Tag der Absendung des Schecks.

17.2 Vorauszahlung

- ☐ Vorauszahlungen werden wie folgt gewährt: v. H. der Auftragssumme (mit Ust) bei rechts-
wirksamem Zustandekommen des Auftrags. Dies ist bei der Preisbildung berücksichtigt.

Die Vorauszahlung wird bis zur vollständigen Tilgung mit % der jeweiligen Abschlagszah-
lungssumme bei den Abschlagszahlungen verrechnet, soweit damit Leistungen abzugelten sind, für
welche die Vorauszahlung gewährt worden ist.

17.3 Zahlungen an Arbeitsgemeinschaften

Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den
für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach
dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft, so-
weit nicht die Bevollmächtigung auf ein anderes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft übertragen und
dies dem Auftraggeber schriftlich angezeigt wurde.

17.4 Prüfvermerke

Prüfvermerke des Auftraggebers oder von mit der Rechnungsprüfung beauftragten Dritten auf korri-
gierten Rechnungsexemplaren begründen kein die verbindliche Zahlungspflicht auslösendes Schuld-
anerkennnis des Auftraggebers.

17.5 Überzahlungen

17.5.1 Werden nach Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung festgestellt, so ist der Auf-
tragnehmer verpflichtet, die sich hieraus ergebenden Beträge an den Auftraggeber zurückzuerstat-
ten. Fehler in diesem Sinne sind insbesondere:

- Aufmaßfehler, d.h., Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tat-
sächlichen Ausführung;]
- Rechenfehler, d.h., Fehler in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln der Rechnungsart
[einschließlich Komma-Fehler];
- Übertragungsfehler [einschließlich Seitenübertragungsfehler].

17.5.2 Im Falle einer Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.



Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung im Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.

17.6 Preisnachlass, Skonto

17.6.1 Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein vereinbarter Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die Angebots- oder Auftragssumme festgelegt wurden.

17.6.2 Ist im Vertrag nichts näher bestimmt und nur vereinbart, dass bei Zahlung innerhalb der Skontofrist Skonto eines v.H.-Satzes gewährt wird, ist der Auftraggeber berechtigt, bei jeder einzelnen Zahlung [Abschlags-/Voraus-/Teilschluss-/Schlusszahlung] das allgemein vereinbarte Skonto in Abzug zu bringen. Teilzahlungen sind skontierbar, soweit für die betreffende Zahlung Skonto abziehbar ist. Die Skontofrist(en) beginnt(beginnen) mit Eingang der zugehörigen prüfbaren Rechnung(en) beim Auftraggeber.

17.7 Abtretung

Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber – einschließlich des Anspruchs auf Rückgabe von Sicherheiten – können nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abgetreten werden. In der Regel wird der Auftraggeber die Zustimmung erteilen, wenn dies mit seinen Interessen vereinbar ist. § 354 a HGB bleibt unberührt.

17.8 Feststellungen der Rechnungsprüfungsbehörden

Das Vorhaben untersteht der Prüfung durch die Rechnungsprüfungsbehörden. Der Auftraggeber behält sich Rückforderungsansprüche, insbesondere auf §§ 812 ff. BGB, aufgrund von Feststellungen von Rechnungsprüfungsbehörden vor.

17.9 Verjährung

Vertragliche Zahlungsansprüche des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber unterliegen der gesetzlichen Verjährungsfrist.

18 **Sicherheitsleistung [zu § 18 VOL/B]**

18.1 Zu leistende Sicherheiten

18.1.1 ☒ Vertragserfüllungssicherheit

Als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus diesem Vertrag, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen, einschl. Abrechnung/Erstattung von Überzahlungen und Schadensersatz hat der Auftragnehmer eine Vertragserfüllungssicherheit in Höhe von

10 v.H. der Netto-Auftragssumme [ohne Umsatzsteuer]



in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft eines Kreditinstitutes oder Kreditversicherers nach § 18 Nr. 2 VOL/B zu leisten. Die Vertragserfüllungsbürgschaft ist zwingend gemäß den vom Auftraggeber in den Vergabe- bzw. Ausschreibungsunterlagen vorgegebenen und enthaltenen Formblättern zu stellen.

Übergibt der Auftragnehmer die Vertragserfüllungsbürgschaft nicht binnen 21 Kalendertagen nach Vertragsschluss (Zugang des Auftragschreibens) ist der Auftraggeber berechtigt, von je-der Zahlung an den Auftragnehmer einen Betrag von 10 % (ohne Umsatzsteuer) einzubehalten, bis die Höhe der geschuldeten Sicherheitsleistung erreicht ist.

Es besteht ausdrücklich Einigkeit, dass die Vertragserfüllungssicherheit auch sämtliche Freistellungs- und Regressansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer sichert, falls der Auftraggeber durch Dritte in Anspruch genommen wird, soweit dies auf vom Auftragnehmer zu vertretende Vertragsverletzungen zurückzuführen ist, insbesondere im Fall von Inanspruchnahmen des Auftraggebers aufgrund von § 14 AEntG auch in Verbindung mit § 13 MiLoG.

Für den Fall, dass ein Bauvertrag nach § 650a BGB oder ein Architekten- und Ingenieurvertrag nach § 650p BGB vorliegt, sichert die Vertragserfüllungssicherheit auch etwaige Rückzahlungsansprüche des Auftraggebers wegen überhöhter Abschlagszahlungsforderungen des Auftragnehmers nach § 650 c Abs. 3 Satz 3 und 4 BGB ab.

Erhöht sich die Auftragssumme infolge späterer Nachtragsbeauftragungen, ist der Auftraggeber befugt, von dem Auftragnehmer bezogen auf die Nachtragsvergütung eine ergänzende Vertragserfüllungssicherheit in Höhe des vorstehenden Prozentsatzes einzufordern. Solange der Auftragnehmer keine entsprechende Vertragserfüllungsbürgschaft übermittelt, kann der Auftraggeber von Abschlagsrechnungen einen entsprechenden Einbehalt vornehmen.

18.1.2 ☐ Vorauszahlungssicherheit

Ist nach Ziffer 0 eine Vorauszahlung vereinbart und keine anderweitige Abrede getroffen, dann hat der Auftragnehmer zur Sicherung der Rückzahlungsansprüche des Auftraggebers eine selbstschuldnerische Vorauszahlungsbürgschaft eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers in Höhe des Vorauszahlungsbetrages mit Umsatzsteuer zu stellen.

Die Vorauszahlungsbürgschaft ist zwingend gemäß den vom Auftraggeber in den Vergabe- bzw. Ausschreibungsunterlagen vorgegebenen und enthaltenen Formblättern zu stellen.

18.1.3 ☒ Mängelhaftungs- Regress- und Überzahlungssicherheit

Als Sicherheit für die Erfüllung von Mängelansprüchen – insbesondere Selbstvornahme mit Kostenersatz, Kostenvorschuss und Minderung, einschl. Schadensersatzansprüchen – sowie für die Absicherung nachfolgend beschriebener Freistellungs- und Regressansprüche des Auftraggebers sowie für die Erfüllung etwaiger Rückzahlungsansprüche aus Überzahlung, einschl. Zinsen, werden

5 % der geprüften Schlussrechnungssumme netto (ohne Umsatzsteuer)

einbehalten. Liegt die Schlussrechnung zum Zeitpunkt der Abnahme noch nicht vor, ist anstelle der Netto-Schlussrechnungssumme auf die Nettosumme der bisherigen Abschlagsrechnungen abzustellen.



Es besteht ausdrücklich Einigkeit, dass die Mängelhaftungs-, Regress- und Überzahlungssicherheit auch sämtliche Freistellungs- und Regressansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer sichert, falls der Auftraggeber durch Dritte in Anspruch genommen wird, soweit dies auf vom Auftragnehmer zu vertretende Vertragsverletzungen zurückzuführen ist, insbesondere im Fall von Inanspruchnahmen des Auftraggebers aufgrund von § 14 AEntG auch in Verbindung mit § 13 MiLoG.

Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Mängelhaftungs-, Regress- und Überzahlungseinbehalt durch eine Mängelhaftungs-, Regress- und Überzahlungsbürgschaft eines Kreditinstituts oder Kreditversicherers nach § 18 Nr. 2 VOL/B abzulösen.

Die Mängelhaftungsbürgschaft ist zwingend gemäß den vom Auftraggeber in den Vergabe- bzw. Ausschreibungsunterlagen vorgegebenen und enthaltenen Formblättern zu stellen.

18.2 Allgemeine Anforderungen an Bürgschaften (Rückgabe von Bürgschaftsurkunden)

- 18.2.1 Der Auftraggeber hat eine nicht verwertete Sicherheit für die Vertragserfüllung zum vereinbarten Zeitpunkt, spätestens nach Abnahme und Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche zurückzugeben, es sei denn, dass Ansprüche des Auftraggebers, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch nicht erfüllt sind. Dann darf er für diese Vertragserfüllungssicherheit einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten. In diesem Fall umfasst der zurückbehaltene Teil der Vertragserfüllungssicherheit nur die nicht durch die bereits vorgelegte Sicherheit für Mängelansprüche besicherten Ansprüche.
- 18.2.2 Der Auftraggeber hat eine nicht verwertete Mängelhaftungs-, Regress- und Überzahlungssicherheit nach Ablauf der vereinbarten Verjährungsfristen für Mängelansprüche zurückzugeben. Soweit jedoch zu diesem Zeitpunkt besicherte Ansprüche des Auftraggebers noch nicht erfüllt sind, darf dieser einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückbehalten.
- 18.2.3 Vorauszahlungsbürgschaften werden auf Verlangen zurückgegeben, sobald die Vorauszahlung mit erbrachten Leistungen des Auftragnehmers entsprechend den vertraglichen Festlegungen vollständig verrechnet ist.
- 18.2.4 Sonstige Sicherheiten werden zurückgegeben/enthaftet, sobald der Sicherungszweck seine Erledigung gefunden hat.
- 18.2.5 Soweit Sicherheiten durch Bürgschaften geleistet werden, ist – sofern die Vertragsparteien nicht etwas anderes bestimmt haben – über den Gesamtbetrag der Sicherheit eine einzige Urkunde zu erstellen. Der Auftraggeber verpflichtet sich, eine teilweise Enthaftung der Bürgschaft herbeizuführen, soweit der Sicherungszweck entfallen ist.



19 Streitigkeiten (zu § 19 VOL/B)

19.1 Gerichtsstand

Im vollkaufmännischen Geschäftsverkehr wird als Gerichtsstand München vereinbart.

19.2 Vertragssprache/Deutsches Recht

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

20 Versicherungen (Betriebshaftpflichtversicherung)

Der Auftragnehmer hat eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme je Schadensfall von mindestens

☒ € 5.000.000,-- für Personenschäden

€ 500.000,-- für Sach- und sonstige Schäden

zu führen.

Nach Auftragserteilung legt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Bestätigung des Versicherers vor, dass der in diesem Vertrag vorgeschriebene Versicherungsschutz besteht und sich der Versicherer verpflichtet, den Auftraggeber im Falle des Nichtbestehens des Versicherungsschutzes [z. B. wegen Nichtzahlung der Versicherungsprämie] zu unterrichten.

Für etwaige auf dem Flughafenvorfeld eingesetzte zugelassene Kraftfahrzeuge hat der Auftragnehmer eine Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit den Mindestversicherungssummen nach Ziff. 3.1, Anhang 1 „Bestimmungen zur Luftsicherheit und zum Verkehr im Sicherheitsbereich“ [zu Teil II Nr. 3.7 der Flughafenbenutzungsordnung] nachzuweisen.

Der Auftragnehmer hat Haftpflichtschäden nach Entdeckung unverzüglich seiner eigenen Betriebshaftpflichtversicherung anzuzeigen. Zusätzlich muss der Auftraggeber von jedem Schadenereignis Kenntnis erhalten. Deshalb ist vom Auftragnehmer eine Kopie der Schadensanzeige für die eigene Versicherungsgesellschaft unverzüglich an die Projektdurchführung bzw. Projektsteuerung zur Weiterleitung an den Auftraggeber zu senden.



21 Verpflichtung zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns bzw. Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes

21.1 Zahlung von Mindestentgelten durch den Auftragnehmer

- 21.1.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Beschäftigten den jeweils gültigen Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz zu bezahlen sowie im Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (A-EntG) in der jeweils geltenden Fassung wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewähren, die durch einen für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag oder einen nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsvorschrift für die betreffenden Leistungen verbindlich vorgegeben werden.

Sofern die Voraussetzungen beider vorgenannten Regelungen erfüllt sind, verpflichtet sich der Auftragnehmer für seine Beschäftigten jeweils die günstigere Regelung anzuwenden.

- 21.1.2 Der Auftragnehmer versichert, dass er in den letzten zwei Jahren vor Vertragsunterzeichnung nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften (z. B. § 23 AEntG, § 21 MiLoG) oder Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften, die zu einer Eintragung im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als € 2.500,00 belegt worden ist.

- 21.1.3 Der Auftragnehmer wird es dem Auftraggeber sofort anzeigen, falls Verstöße gegen das MiLoG und AEntG bzw. Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften während der Vertragslaufzeit auftreten sollten.

21.2 Kontrolle

- 21.2.1 Der Auftragnehmer wird während der Vertragslaufzeit prüffähige Unterlagen und Belege vorhalten, die die Einhaltung der unter Ziffer 21.1.1 genannten Vorgaben, vollständig und lückenlos nachweisen. Hierzu zählen insbesondere Entgeltabrechnungen, Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Sozialversicherungsträger, Auszüge aus dem Gewerbezentralregister.

- 21.2.2 Der Auftragnehmer gestattet dem Auftraggeber jederzeit Kontrollen im Hinblick auf die Einhaltung der geltenden rechtlichen Bestimmungen, insbesondere der vorgenannten Gesetze, selbst oder durch Dritte durchzuführen. Die Kontrollrechte umfassen insbesondere die Prüfung der vorgenannten Unterlagen und Belege.

- 21.2.3 Der Auftragnehmer wirkt bei diesen Kontrollen mit und arbeitet eng mit dem Auftraggeber bzw. mit dem vom Auftraggeber benannten Dritten zusammen. Auf Aufforderung wird der Auftragnehmer die vorgenannten Unterlagen und Belege dem Auftraggeber zur Verfügung stellen.

21.3 Nachunternehmer

- 21.3.1 Der Auftragnehmer hat seine Nachunternehmer Subunternehmer, Unterauftragnehmer sowie Verleihunternehmer (nachfolgend einheitlich Nachunternehmer genannt) sorgfältig auszuwählen und hierbei auf die Einhaltung des MiLoG sowie ggfs. des AEntG zu achten.

- 21.3.2 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass seine Nachunternehmer in ihrem Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer die ihm nach voranstehender Ziffer 21.1 obliegenden Verpflichtungen – sofern sie einschlägig sind – erfüllen.

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt



21.3.3 Der Auftragnehmer wird die in voranstehender Ziffer 21.2 enthaltenen Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrechte gleichlautend oder zumindest sinngemäß mit seinen Nachunternehmern vertraglich vereinbaren. Ebenso wird der Auftragnehmer seine Nachunternehmer verpflichten, bei einem weiteren Nachunternehmereinsatz zu seinen Gunsten die vorgenannten Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrechte zu vereinbaren.

21.3.4 Der Auftragnehmer wird mit seinen Nachunternehmern ein Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrecht im vorgenannten Sinn zugunsten des Auftraggebers unmittelbar bei den Nachunternehmern vereinbaren.

21.4 Haftungsfreistellung

21.4.1 Unberührt von eventuell vereinbarten weiteren Freistellungen stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern im Rahmen seiner Haftung gegenüber dem Auftraggeber von sämtlich von Dritten gegenüber dem Auftraggeber geltend gemachten zivilrechtlichen Ansprüchen aus behaupteten Verstößen des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers gegen die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz bzw. gegen die Zahlung eines Mindestentgelts nach Arbeitnehmer-Entsendegesetz frei. Dritte im Sinne vorstehender Regelung sind insbesondere die Beschäftigten des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers.

21.4.2 Die Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers gilt auch für sämtliche Sanktionen, Bußgelder oder sonstige öffentlich-rechtliche Maßnahmen oder öffentlich-rechtliche Ansprüche, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts wegen etwaiger Verstöße des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers nach voranstehender Ziffer 21.4.1 geltend gemacht werden.

21.4.3 Von der Freistellungsverpflichtung nach Ziffer 21.4.1 und 21.4.2 sind auch sämtliche Kosten umfasst, die im Zusammenhang mit der Rechtsverteidigung anfallen, z. B. angemessene Anwalts- und Gerichtskosten.

21.5 Sanktionen

21.5.1 Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die voranstehenden Verpflichtungen wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Gesamtauftragswertes vereinbart. Bei mehreren Verstößen im vorliegenden Sinn sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf 5 % des Gesamtauftragswertes begrenzt.

Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch einen von dem Auftragnehmer eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmers nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste.

21.5.2 Fristlose Kündigung

Unabhängig von sonstigen Kündigungsrechten ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt, wenn der Auftragnehmer schuldhaft gegen seine Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz bzw. zur Zahlung eines Mindestentgelts durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsformverordnung verstoßen hat. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.



22 Datenschutz

- 22.1 Der AN verpflichtet sich, die jeweils geltenden deutschen und europäischen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) sowie das Bundesdatenschutzgesetz („BDSG“) zu befolgen. Der AN stellt insbesondere sicher, dass personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages und zugehöriger Anlagen verarbeitet werden. Sofern der AN die Daten für weitere Zwecke verwenden möchte, wird er eine schriftliche Einwilligung der Auftraggeberin einholen.
- 22.2 Der AN sichert zu, dass im Rahmen der Vertragsdurchführung personenbezogene Daten nur in dem Umfang verarbeitet werden, wie es für die Vertragsdurchführung erforderlich ist. Die Ausführungen zum Abschluss weiterer Verträge nach datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelten entsprechend.
- 22.3 Der AN ist verpflichtet, seine Mitarbeiter und sonstige Personen, deren Daten er übermittelt, über diese Verarbeitung zu informieren und gegenüber den betroffenen Personen eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung zu schaffen. Der AN ist dafür verantwortlich, seinen Mitarbeitern die Wahrnehmung der Betroffenenrechte gemäß Art. 15-21 DSGVO zu ermöglichen.
- 22.4 Handelt es sich bei der auftragsgegenständlichen Leistung zwischen AG und AN um eine Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO, werden sich AG und AN über den Abschluss eines Vertrages zur Auftragsverarbeitung nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO abstimmen. Dieser Vertrag zur Auftragsverarbeitung hat alle Anforderungen an das weisungsgebundene AG-AN-Verhältnis nach Art. 28 DSGVO sowie alle erforderlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten nach DSGVO zu enthalten und zu regeln. Der Vertrag zur Auftragsverarbeitung wird in diesem Fall zur Anlage dieses Hauptvertrages.
- 22.5 Handelt es sich bei der auftragsgegenständlichen Leistung zwischen AG und AN um eine gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO, werden sich AG und AN über den Abschluss eines Joint-Controller Vertrages nach Art. 26 DSGVO abstimmen. Dieser Joint-Controller Vertrag hat alle Anforderungen an das gemeinsame Verantwortungsverhältnis von AG und AN nach Art. 26 DSGVO sowie alle erforderlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten nach DSGVO zu enthalten und zu regeln. Der Joint-Controller Vertrag wird in diesem Fall zur Anlage dieses Hauptvertrages.
- 22.6 Darüber hinaus verpflichtet sich der AN technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 24, 25 und 32 DSGVO umzusetzen, die erforderlich sind, um den Schutz personenbezogener Daten zu gewährleisten und die vorliegenden Vorgaben sicherzustellen. Insbesondere wird der AN seine Mitarbeiter auf die Einhaltung des Datenschutzes verpflichten und dies dokumentieren. Diese Verpflichtung besteht für die Mitarbeiter auch über das Ende der Tätigkeit des AN für den AG hinaus. Der AN wird die Erfüllung der vorliegenden Vorgaben kontinuierlich überwachen. Der AG kann durch eine von ihm legitimierte Person die Einhaltung der Verpflichtungen überprüfen lassen.



23 Weitere Vertragsbedingungen

23.1 Weitere Festlegungen

Der Auftragnehmer beachtet die von der Flughafen München GmbH als Betreiberin des Flughafens herausgegebenen oder erteilten Anordnungen für das gesamte zum Flughafen gehörige Gelände, wie die Flughafenbenutzungsordnung (abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/informationen-fur-aviation-partner-86550>), Parkordnung sowie insbesondere Feuer- und Sicherheitsvorschriften. Alle einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften sowie Zollvorschriften sind zu beachten. Der Auftraggeber übernimmt keine Gewähr hinsichtlich behördlicher Maßnahmen, Auflagen oder Nichterteilung und Einschränkung von Genehmigungen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, die im Geschäftspartnerkodex des Flughafen München Konzern, - abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861> - festgelegten Leitlinien und Grundsätze, insbesondere alle Anforderungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), soweit diese auf externe Geschäftspartner Anwendung finden, zu akzeptieren und einzuhalten sowie alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Einhaltung des Geschäftspartnerkodex sowie des LkSG während der gesamten Geschäftsbeziehung sicherzustellen. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber laufend über potenzielle Risiken und ergreift angemessene Abhilfemaßnahmen, um eine Verletzung dieser Grundsätze/Normen zu verhindern und zu beenden oder das Ausmaß einer Verletzung zu minimieren. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von Bußgeldern freizustellen, mit denen der Auftraggeber infolge der Nichterfüllung seiner auftragnehmerseitigen Pflichten belegt wird.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Schulung unmittelbarer Lieferanten des Flughafen München Konzerns nach § 6 Abs. 4 Nr. 3 LkSG - abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/verantwortungsvolle-lieferkette-15626660> - wahrzunehmen.

- 23.2 Soweit dieser Vertrag oder etwaige Vertragsbedingungen vorsehen, dass der Vertragsschluss, Vertragsänderungen, Vertragsergänzungen, Nachtragsvereinbarungen oder Optionsausübungen der schriftlichen Form oder der Unterschrift bedürfen, werden diese Formvorgaben neben einer eigenhändigen Unterschrift auch durch die nachfolgend angekreuzte Form einer elektronischen Signatur auf einem elektronischen Dokument gewahrt:

- ☐ Eine einfache elektronische Signatur i.S.d. Art. 3 Nr. 10 (EU) Nr. 910/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014.
- ☒ Ausschließlich durch eine qualifizierte elektronische Signatur i.S.d. Art. 3 Nr. 12 (EU) Nr. 910/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 und Ziff. 126a BGB.

Für eine Einigung, sofern eine solche erforderlich ist, müssen die Parteien jeweils ein gleichlautendes Dokument in der oben angekreuzten Form elektronisch signieren oder einen Ausdruck des Dokuments eigenhändig unterschreiben. Von dieser Klausel nicht umfasste Formvorgaben in diesem Vertrag oder etwaigen Vertragsbedingungen bleiben unberührt.

23.3 Sicherheit von IT-Systemen

Funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme (IT-Systeme) sind für den Auftraggeber für die Bereitstellung der Infrastruktur zur Durchführung des Luftverkehrs von besonderer Bedeutung.



Der Auftragnehmer verpflichtet sich, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik zum Schutz der von ihm eingesetzten Hard- und Software zu ergreifen, um die Sicherheit [Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Authentizität und Integrität] der von ihm und dem Auftraggeber im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten IT-Systeme zu gewährleisten. Hierzu zählen unter anderem der Einsatz von aktuellen Betriebssystemen, , Verfahren zur Beseitigung von technischen Schwachstellen [Patchmanagement] oder der Einsatz von aktuellen Vorkehrungen zum Schutz der IT-Systeme [aktuelle Firewall, aktueller Virens Scanner], unsere Mitarbeiter sowie Unterauftragnehmer / Nachunternehmer sowie sonstige Dritte nachweisbar auf die Verantwortung und Verpflichtung in Bezug auf Sicherheit von IT-Systemen entsprechend der vorgenannten Anforderungen hinzuweisen [z. B. regelmäßige Passwortänderung, Sperren des PCs bei Verlassen des Arbeitsplatzes, etc.]. Auf Aufforderung wird der AN dem AG den entsprechenden Nachweis unverzüglich erbringen.

Erkennt der Auftragnehmer, dass die Sicherheit der IT-Systeme verletzt wurde oder dass der Verdacht einer solchen Verletzung besteht [Sicherheitsvorfall], hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Textform umfassend zu informieren. Der Auftragnehmer hat an der Aufklärung von Sicherheitsvorfällen mitzuwirken, die in seinem Einflussbereich liegenden Tatsachen und Auswirkungen zu ermitteln und dem Auftraggeber alle erforderlichen Informationen von sich aus zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer wird während der Vertragsdurchführung an Maßnahmen des Auftraggebers zur Verbesserung der Sicherheit der von ihm und dem Auftraggeber im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten IT-Systeme mitwirken. Dies gilt insbesondere für entsprechende Maßnahmen nach einem Sicherheitsvorfall.

- 23.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen – insbesondere technischen und organisatorischen – Maßnahmen zu ergreifen, um Interessenskonflikte zu vermeiden und etwaige bestehende oder entstehende Interessenskonflikte ungefragt unverzüglich offen zu legen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner unverzüglich offenzulegen, wenn sich in seinem Unternehmen Personen befinden, bei denen es sich um Amts- [z. B. Beamte, Richter] und / oder Mandatsträger [z. B. Abgeordnete] handelt, welchen bezogen auf den hier zu vergebenden Auftrag, maßgebliche Entscheidungsträger sind, sofern eine Offenlegung nicht bereits bei Vertragsanbahnung oder Vertragsschluss erfolgt ist.

24 Schulungen von Auftraggeber-Instandhaltungspersonal

Soweit im Anforderungskatalog die Schulung von Auftraggeber-Instandhaltungspersonal als Leistungspflicht des Auftragnehmers Vertragsinhalt wird, gelten hierfür folgende Festlegungen:

- 24.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Anforderung des Auftraggebers auftraggeber-eigenes Fachpersonal für die Instandhaltungsaufgaben gemäß Leistungsbild des Instandhaltungsvertrages einzuweisen und zu schulen, so dass das auftraggebereigene Personal spätestens vor der Abnahme fachlich qualifiziert ist, die Instandhaltungsaufgaben selbst auszuführen.
- 24.2 Hält der Auftragnehmer beigestelltes Auftraggeber-Personal für die vorgesehenen Aufgaben für ungeeignet, so hat er dies dem Auftraggeber rechtzeitig mitzuteilen.
- 24.3 Sämtliche Auslagen und Kosten der Schulung werden gemäß Preisblatt abgerechnet.



- 24.4 Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer abschnittsweise dafür zu sorgen, dass das zu schulende Personal Leistungsnachweise erbringt, um dem Auftraggeber eine Beurteilung des Ausbildungsfortschrittes zu ermöglichen.
- 24.5 Der Auftragnehmer hat nach erfolgter Schulung dem Werkstattpersonal ein Sachkundenachweis auszuhändigen.



**ALLGEMEINE VERTRAGSBEDINGUNGEN FÜR
INSTANDHALTUNGSLEISTUNGEN (AVB-I)**

.....

Der Auftragnehmer unterbreitet dem Auftraggeber das Angebot zum Abschluss eines Instandhaltungsvertrages gemäß nachfolgenden Festlegungen:

1. Art und Umfang der Leistung [zu § 1 VOL/B]

1.1 Gegenstand des Vertrages

☒ Gegenstand des Vertrages ist die funktionsgerechte Instandhaltung

- [] der vom Auftragnehmer gelieferten technischen Anlagen/Einrichtungen *)
[x] der im Anforderungskataloges aufgeführten und beschriebenen technischen Anlagen/Einrichtungen: *)

für folgende Instandhaltungsmaßnahmen:

- a) [x] Vollunterhalt [Störbeseitigung/Inspektion/Wartung/Instandsetzung] *)
b) [] Inspektion/Wartung *)
c) [] Wartung *)
d) [] Instandsetzung [Reparaturen] *)

Art und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Instandhaltungsleistungen ergeben sich aus dem/der vertragsbestandteilbildenden Anforderungskatalog und Preisblatt sowie aus nachfolgender Ziffer 2.

☒ Rahmen- bzw. Rahmenzeitvertrag mit Leistungsabrufen

- a) Der vorliegende Vertrag ist ein Rahmen- bzw. Rahmenzeitvertrag für die Zeit vom 5 Jahren nach Abnahme der Bayern Rettungswagen Typ c.
- b) -entfällt
- c) Art und Umfang der Leistungen sowie die Ausführungsfristen werden durch Leistungsabrufe [Einzelaufträge] näher bestimmt. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung von Leistungen aus diesem Rahmenvertrag besteht nicht. Aus einer Nichtbeauftragung von Leistungen oder der Beauftragung von nur geringen Mengen kann der Auftragnehmer keine Ansprüche herleiten.
- d) Die Beauftragungen durch Leistungsabruf [Einzelauftrag] erfolgen nach Bedarf durch einseitige Abrufenerklärung [zumindest in Textform] des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer. In Notfällen können Einzelaufträge mündlich erteilt werden; sie werden nachträglich mindestens in Textform bestätigt.

Zur Erteilung von Einzelaufträgen gemäß Ziffer 1.1c ist berechtigt:

[wird im Auftragsfall bekannt gegeben]

*] Zutreffendes ist angekreuzt

- e) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die abgerufene Leistung fristgemäß auf der Grundlage und nach Maßgabe der Bestimmungen des vorliegenden Vertrages zu erfüllen.
- f) Der Auftraggeber hat einen Anspruch auf Ausführung der Leistung, unabhängig davon, wann diese tatsächlich vorgenommen wird, solange der Leistungsabruf während der Laufzeit des Rahmenvertrages erfolgt ist.
- g) Die Höchstmenge aus Leistungsabrufen aus dem vorliegenden Rahmenvertrag über die vorgenannte Gesamtlaufzeit [Erstvertragslaufzeit inkl. etwaiger Verlängerungsoptionen wird begrenzt auf:

.

Der AN ist nicht verpflichtet, Leistungen zu erbringen, die über die vorgenannte Höchstmenge hinausgehen.

1.2 Vertragsbestandteile

Vertragsbestandteile sind in nachstehender Reihenfolge, die auch bei Abweichungen und Widersprüchen maßgeblich ist:

- 1.2.1 Nur bei Vorliegen eines Rahmen- bzw. Rahmenzeitvertrages: Das Auftragsschreiben des Auftraggebers für den Einzelabruf von Leistungen gemäß Ziffer 1.1d),
- 1.2.2 Das vom Auftraggeber und vom Auftragnehmer rechtsverbindlich unterzeichnete Auftragschreiben des Auftraggebers,
- 1.2.3 die der Beauftragung zugrundeliegende Anforderungskatalog und Preisblatt, einschließlich der ggf. zugehörigen Pläne, Zeichnungen, Berechnungen,
- 1.2.4 das mit den Ausschreibungsunterlagen vorgegebene und vom Auftragnehmer abgegebene Angebot samt Anlagen,
- 1.2.5 die Allgemeinen Vertragsbedingungen für Instandhaltungsleistungen [AVB-I]
- 1.2.6 -entfällt-
- 1.2.7 -entfällt-
- 1.2.8 die Technischen und Fachvorschriften für die jeweilige Leistung,
- 1.2.9 die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen [VOL/B], Fassung 2003.

*] Zutreffendes ist angekreuzt

1.3 Vertragsbedingungen des Auftragnehmers

Vertragsbedingungen jeglicher Art des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferbedingungen, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand gelten nur dann, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich angenommen sind. Abweichungen von den Vertragsbedingungen des Auftraggebers gelten nur, wenn sie zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer ausdrücklich und schriftlich vereinbart worden sind.

1.4 Schriftformerfordernis

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen aus Beweisgründen der Schriftform.

1.5 Vertragsgeltung auch für Auftragserweiterungen, Ergänzungen und weitere Beauftragungen

Werden dem Auftragnehmer nicht vereinbarte Leistungen nachträglich übertragen oder kommt es zu Auftragserweiterungen oder Ergänzungen, so gelten hierfür die Vertragsbestandteile und Inhalte dieses Vertrages gleichermaßen. Dies gilt auch für ggf. gewährte Nachlässe, Skonti etc.

1.6 Anforderungskatalog

1.6.1 Wenn der Auftragnehmer für sein Angebot selbstgefertigte Abschriften, Kurzfassungen oder EDV-Medien benutzt hat, ist allein der Wortlaut des vom Auftraggeber verfassten Anforderungskatalog verbindlich.

1.6.2 Bei Abweichungen und Widersprüchen innerhalb einzelner Bestandteile des Anforderungskataloges und der Ausführungsunterlagen [Ziffer 1.3.2 AVB-I] ist die Entscheidung des Auftraggebers einzuholen. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auf solche Abweichungen und Widersprüche – in jedem Fall vor Ausführungsbeginn – hinzuweisen.

1.7 Alternativ-, Eventualpositionen

Soweit im Preisblatt Alternativpositionen – für die wahlweise Ausführung einer Leistung – oder Eventualpositionen – für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung – vorgesehen sind, darf der Auftragnehmer mit deren Ausführung und auch deren Vorbereitung erst nach ausdrücklicher und schriftlicher Anordnung des Auftraggebers beginnen. Bei Eventualpositionen kann der Auftraggeber seine Entscheidung auch nach Auftragserteilung treffen.

2. **Leistungen des Auftragnehmers**

2.1 Allgemeiner Leistungsumfang

2.1.1 Der Auftragnehmer hat für den in Ziffer 1 genannten Vertragsgegenstand sämtliche dort im Einzelnen beschriebenen Instandhaltungsmaßnahmen nach Maßgabe des Anforderungskataloges auszuführen, die zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung des Soll-Zustandes gemäß den vertraglichen Anforderungen des Liefervertrages für die technische Anlage/Einrichtung erforderlich und für einen sicheren, funktionstüchtigen und wirtschaftlichen Betrieb der technischen Anlage, Einrichtung notwendig sind.

2.1.2 Etwaige festgesetzte regelmäßige Wartungs- und/oder Inspektionstermine bzw. -intervalle entbinden den Auftragnehmer nicht, von sich aus oder auf Anforderung des Auftraggebers

*] Zutreffendes ist angekreuzt



Störungen, die die Sicherheit, die Zuverlässigkeit oder den Betrieb der technischen Anlagen/Einrichtungen gefährden oder ausschließen, unverzüglich zu beseitigen.

2.1.3 Der Auftragnehmer bestimmt den Umfang der Maßnahmen im Einzelnen, soweit nachfolgend oder in dem Anforderungskatalog keine anderslautenden Regelungen getroffen worden sind. Erweisen sich die vom Auftragnehmer vorgesehenen Maßnahmen als unzureichend, so hat er sie ohne Anspruch auf Mehrvergütung anzupassen, es sei denn der Auftragnehmer weist nach, dass unvorhersehbare Umstände wie wesentliche Nutzungsänderungen oder außergewöhnliche Umwelteinflüsse eine Änderung des Leistungsumfanges erfordern.

2.1.4 Zum Einbau technischer Änderungen im Rahmen von Instandhaltungsarbeiten ist der Auftragnehmer nur mit Zustimmung des Auftraggebers berechtigt.

2.2 Abgrenzung zur Mängelhaftung

2.2.1 Obliegt dem Auftragnehmer die Mängelhaftung aufgrund des Liefer- und/oder Bauvertrages über die Herstellung der technischen Anlage/Einrichtung, so erstreckt sich seine Leistungspflicht aus dem Instandhaltungsvertrag während der Verjährungsfrist für die Mängelansprüche nicht auf die oben bezeichneten Instandhaltungsmaßnahmen; die Erfüllung der Mängelansprüche durch Nacherfüllung oder Selbstbeseitigung des Schadens ist jedoch im Einklang mit den Regelungen des Instandhaltungsvertrages auszuführen.

2.2.2 Obliegt dem Auftragnehmer keine Mängelhaftung, besteht diese jedoch für einen Dritten gegenüber dem Auftraggeber, ist der Auftragnehmer verpflichtet, im Rahmen der ihm übertragenen Instandhaltungsmaßnahmen festgestellte Abweichungen vom Sollzustand zunächst dem Auftraggeber mitzuteilen, soweit es sich nicht um Verschleiß infolge des Gebrauchs der technischen Anlage/Einrichtung handelt. Der Auftragnehmer muss dem Auftraggeber grundsätzlich die Möglichkeit eröffnen, während der Mängelhaftungszeit seine Mängelansprüche gegenüber dem Dritten durchzusetzen. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber daher im Rahmen der ihm übertragenen Instandhaltungsmaßnahmen auf mögliche Mängel hinweisen. Führt der Auftragnehmer Wartungs- und Instandsetzungsleistungen an defekten Teilen der technischen Anlage/Einrichtung, die ggf. im Rahmen der Mängelhaftung durch das Drittunternehmen kostenlos für den Auftraggeber nachgebessert werden, ohne vorherige Information des Auftraggebers und dessen Freigabe durch, verliert der Auftragnehmer insofern seinen Vergütungsanspruch.

2.3 Beauftragte Leistungen

2.3.1 Begriffsbestimmung

Unter Instandhaltung im Sinne dieses Vertrages sind sämtliche Maßnahmen

- zur Feststellung und Beurteilung des Ist-Zustandes [Inspektion]
- zur Bewahrung des Soll-Zustandes [Wartung] sowie
- zur Wiederherstellung des Soll-Standes [Instandsetzung]

von technischen Mitteln der Anlage/Einrichtung sowie der Anlage/Einrichtung selbst zu verstehen.

Die voranstehend aufgeführten Instandhaltungsmaßnahmen umfassen unbeschadet der sonstigen Vertragsinhalte insbesondere die nachfolgend aufgeführten Leistungen:

*] Zutreffendes ist angekreuzt

2.3.2 Inspektion

Die Inspektion umfasst

das regelmäßige Überprüfen der Anlage [n] auf einwandfreien Zustand und richtige Funktion einschließlich der regelmäßigen Prüfungen auf Unfall- und Betriebssicherheit (z.B. DIN, VDE, UVV) nach einer Arbeitsanweisung des Auftragnehmers.

2.3.3 Wartung

Die Wartung umfasst

die regelmäßigen Maßnahmen zur Erhaltung des einwandfreien Zustandes und der Funktion der Anlage [n] nach einer Arbeitsanweisung des Auftragnehmers einschließlich Beseitigung von betriebsbedingten Verunreinigungen an den Anlagen selbst.

2.3.4 Instandsetzung

Die Instandsetzung umfasst

- das Beseitigen von Störungen und Mängeln.
- das Liefern aller erforderlichen Ersatzteile.
- das Erneuern oder Ausbessern aller abgenutzten oder schadhaften Anlagenteile.

2.3.5 Zu den Leistungen des Auftragnehmers gehören ferner

- die Vorbereitung und Unterstützung der gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen durch anerkannte Sachverständige,
- die Vorbereitung und Unterstützung des Auftraggebers bei der Durchsetzung von Mängelansprüchen,
- die Durchführung der Bescheinigung von gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen durch Sachkundige des Auftragnehmers,
- das Führen eines Instandhaltungsbuches. Im Instandhaltungsbuch sind stichwortartig die durchgeführten Arbeiten, eingesetzte wesentliche Ersatzteile, Angaben über wesentliche Mängel, Schäden und Störungsursachen einzutragen. Der Auftragnehmer hat für jede Anlage ein Instandhaltungsbuch zu führen. Das Instandhaltungsbuch ist am Einsatzort aufzubewahren.

2.3.6 Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen nicht:

- Schönheitsreparaturen.
- Beseitigung der durch äußere Gewalt, andere unvorhersehbare Einwirkungen oder unsachgemäße Bedienung verursachten Schäden.

Der Auftragnehmer hat diese Leistungen nach besonderer Auftragserteilung in angemessener Frist, in Notfällen unverzüglich zu erbringen. In der Regel ist vorher - aufgrund einer gemeinsamen Begehung - ein detailliertes Angebot vorzulegen. Eine prüfbare Abrechnung mit Nachweisen hat in allen Fällen zu erfolgen.

*] Zutreffendes ist angekreuzt

2.4 Zeitliche Vorgaben für Leistungserbringung

Der Auftragnehmer hat seine Leistungen (einschließlich Störungsbeseitigung)

- [] innerhalb der beim Auftraggeber betriebsüblichen Arbeitszeit *)
- [x] grundsätzlich gemäß den Vorgaben aus dem Anforderungskatalog.

[x] bei Rahmen- bzw. Rahmenzeitvertrag mit Leistungsabrufen gemäß jeweiligem Leistungsabruf nach Ziffer 1.1.d).

Der Zeitpunkt der Durchführung der Instandhaltungsarbeit und der Störbeseitigung ist mit folgender Stelle

Wird im Auftragsfall bekannt gegeben

rechtzeitig vor Beginn abzustimmen.

2.5 Änderung der Leistung [zu § 2 Nr. 1 VOL/B]

2.5.1 Anordnungsrechte des Auftraggebers

- a. Der Auftraggeber hat das Recht, Änderungen des vereinbarten Werkerfolges [1.1]) sowie Änderungen zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs nach Maßgabe von Ziffer 2.5.2 bis 2.5.4 anzuordnen.
- b. Der Auftraggeber hat darüber hinaus das Recht, Änderungen nach Maßgabe von Ziffer 2.5.2 bis 2.5.4 anzuordnen, wenn diese zwar nicht notwendig, aber zweckmäßig sind, um den Werkerfolg herbeizuführen.
- c. Der Auftragnehmer hat sämtliche vorgenannten Anordnungen umzusetzen, es sei denn die Ausführung der angeordneten Änderungen ist für ihn unzumutbar. Macht der Auftragnehmer betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit einer Anordnung geltend, trifft ihn die Beweislast hierfür.

2.5.2 Nachtragsangebot

Begehrt der Auftraggeber eine Änderung nach Ziffer 2.5.2, so hat Auftragnehmer unverzüglich dem Auftraggeber ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung zu unterbreiten, es sei denn, die Erstellung des Angebots oder die Ausführung der Änderung ist für ihn unzumutbar.

2.5.3 Auftraggeber und Auftragnehmer streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an. Erzielen Auftraggeber und Auftragnehmer innerhalb einer angemessenen Frist (längstens 30 Tage) nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer kein Einvernehmen, kann der Auftraggeber die Änderung einseitig anordnen.

2.5.4 Abweichend von Ziffer 2.5.3 hat der Auftraggeber das Recht, vor Ablauf der angemessenen Frist, eine Änderung einseitig anzuordnen, die der Auftragnehmer unverzüglich umzusetzen hat, wenn unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des Auftragnehmers, das Interesse des Auftraggebers an einer unmittelbaren und einseitigen Anordnung überwiegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn einer der nachfolgend aufgeführten Fälle vorliegt:

*) Zutreffendes ist angekreuzt

- Gefahr im Verzug, sofern die Ursachen hierfür nicht durch den Auftraggeber gesetzt wurden;
 - Der Auftragnehmer verzichtet im Einzelfall gegenüber dem Auftraggeber auf Verhandlungen nach Ziffer 2.5.3;
 - Es liegt eine Änderung im Bagatellbereich vor, die bemessen am Gesamtauftragswert unwesentlich ist und für die die Vergütung ohne großen Aufwand feststellbar ist;
 - Nach den Umständen im Einzelfall ist davon auszugehen, dass eine Einigung über die auszuführende Leistung und deren Vergütung innerhalb der Frist nach Ziffer 2.5.3 (längstens 30 Tage) nicht zustande kommen wird;
 - Die Verhandlungen nach Ziffer 2.5.3 sind endgültig gescheitert.
- 2.6 Werden die nach Ziffer 1.1 instandzuhaltenden Anlagen/Einrichtungen oder Teile davon vorübergehend außer Betrieb gesetzt, entfallen für diesen Zeitraum Leistungs- und Vergütungspflicht in entsprechendem Umfang.
- 2.7 Werden die nach Ziffer 1.1 instandzuhaltenden Anlagen/Einrichtungen oder deren Nutzung wesentlich geändert, kann eine entsprechende Änderung der Leistungs- und Vergütungspflicht verlangt werden.

2.8 Schulung von Auftraggeber-Instandhaltungspersonal

Ist Teil der VERTRAGSBEDINGUNGEN FÜR LEISTUNGEN (VB-L)

3. Ausführungsunterlagen [zu § 3 VOL/B]

- 3.1 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Zeitpunkt, zu dem er die nach dem Vertrag vom Auftraggeber zu liefernden Unterlagen benötigt, möglichst frühzeitig anzugeben, damit die Übergabe durch den Auftraggeber rechtzeitig erfolgen kann.
- 3.2 Veröffentlichungen, Vervielfältigungen
- 3.2.1 Der Auftragnehmer darf Veröffentlichungen über seine Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.
- 3.2.2 Der Auftraggeber darf die vom Auftragnehmer beschafften Ausführungsunterlagen für die Durchführung der Leistung und ihre Erhaltung vervielfältigen und verwenden, für andere Zwecke nur mit Zustimmung des Auftragnehmers.

4. Pflichten des Auftragnehmers [zu § 4 VOL/B]

4.1 Schutzpflichten des Auftragnehmers

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer sowie bei der Beseitigung von Abfall hat der Auftragnehmer alle gültigen Vorschriften einzuhalten und die Arbeiten so auszuführen, dass Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß eingeschränkt werden. Der Auftragnehmer hat bei der Lagerung von Treibstoffen, Altölen, Kaltreinigern, Batterien usw. auf dem Flughafengelände die ge-

*] Zutreffendes ist angekreuzt

gesetzlichen Bestimmungen und die sich hieraus ergebende Anzeige- bzw. Erlaubnispflicht zu beachten. Für evtl. nötige Hilfsmaßnahmen hat der Auftragnehmer die dafür erforderlichen Genehmigungen selbst und auf seine Kosten einzuholen.

Über behördliche Anordnungen und Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu unterrichten. Von Ansprüchen Dritter, die aus der Art der Ausführung abgeleitet sind, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber freizustellen.

Instandhaltungsmaßnahmen sind so auszuführen, dass die Betriebsbereitschaft und Sicherheit der technischen Anlage/Einrichtung gewährleistet ist. Der Auftragnehmer hat bei seiner Leistungserbringung stets die allgemeinen Regeln der Technik, die gesetzlichen Bestimmungen und Schutzvorschriften, insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften in eigener Verantwortung einzuhalten.

4.2 Verantwortlicher Projektleiter

Der Auftragnehmer benennt dem Auftraggeber schriftlich und vor Beginn der Ausführung den von ihm für die Auftragsdurchführung eingesetzten Projektleiter. Der dem Auftraggeber benannte Projektleiter gilt gegenüber dem Auftraggeber als bevollmächtigt, alle Erklärungen und Handlungen abzugeben und entgegenzunehmen, die die Leistungsdurchführung betreffen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber einen Wechsel des verantwortlichen Projektleiters unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

4.3 Unterauftragnehmer

4.3.1 Der Auftragnehmer hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen, sowie Name, Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers schriftlich bekannt zu geben. Beabsichtigt der Auftragnehmer, Leistungen zu übertragen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist und die wesentliche Teile der Leistung betreffen, hat er vorher die schriftliche Zustimmung gemäß § 4 Nr. 4 VOL/B einzuholen.

4.3.2 Der Auftragnehmer darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind; dazu gehört auch, dass sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und nachgekommen sind, die einschlägigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen und insbesondere das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit beachten sowie die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Er darf den Unterauftragnehmern keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und der Sicherheitsleistung - auferlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind. Auf Verlangen des Auftraggebers hat er dies nachzuweisen.

4.3.3 Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass der Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen nicht weitervergibt, es sei denn, der Auftraggeber hat zuvor schriftlich zugestimmt; die Ziffern 4.3.1 und 4.3.2 gelten entsprechend.

4.3.4 Der Auftragnehmer und seine Unterauftragnehmer sind verpflichtet, stets voll ausgebildete Fachkräfte einzusetzen. In begründeten Fällen kann der Auftraggeber verlangen, dass ungeeignetes Personal ausgetauscht wird.

*] Zutreffendes ist angekreuzt

- 4.4 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle zur Leistungserbringung benötigten Messgeräte, Werkzeuge, Hilfsstoffe [z.B. Schmier- und Reinigungsmittel] bereitzustellen und sonstige Betriebsmittel zu liefern, bzw. vorzuhalten. Dies gilt auch für Spezialwerkzeuge.
- 4.5 Ergibt eine erhöhte Störfallhäufigkeit Anlass zu der Annahme, dass die personal- oder materialmäßigen Mittel des Auftragnehmers für die konkreten Instandhaltungsaufgaben nicht ausreichend sind, so hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers die Einsatzmittel zu verstärken. Kommt der Auftragnehmer einer entsprechenden schriftlichen Aufforderung des Auftraggebers, die Einsatzmittel zu verstärken, nicht binnen einer angemessenen Frist nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, nach Fristablauf Ersatzvornahmemaßnahmen zu Lasten des Auftragnehmers zu treffen.
- 4.6 Bei Arbeiten im Sicherheitsbereich [nichtöffentlicher Bereich gemäß §§ 8,10 Luftsicherheitsgesetz] unterwirft sich der Auftragnehmer den jeweils geltenden Regelungen für das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München sowie über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München. Siehe hierzu die Merkblätter „Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München“ sowie „Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München“.

Der Auftragnehmer wird insbesondere darauf hingewiesen, dass ab dem 29.04.2012 sämtliche Flughafenlieferungen im Sinn des Anhangs der VO [EU] 185/2010 Ziff. 9.0.2 sog. „nicht bekannter Lieferanten von Flughafenlieferungen“ in die Sicherheitsbereiche des Flughafens München vollständig kontrolliert werden müssen und es hierdurch zu – nicht quantifizierbaren – Wartezeiten kommen kann. Dies ist vom Auftragnehmer zu berücksichtigen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich in regelmäßigen Abständen über Neuerungen, Änderungen und Aktualisierungen bei der Kontrolle von Flughafenlieferungen unter

<https://www.munich-airport.de/lieferanten-86741>

zu informieren.

- 4.7 Ist in Rechtsvorschriften festgelegt, dass die Anlagen innerhalb bestimmter Fristen instandzuhalten sind, ist der Auftragnehmer für die eigenverantwortliche Einhaltung dieser Fristen verantwortlich.
- 4.8 Erkennt der Auftragnehmer außerhalb seines Leistungsbereiches Mängel oder Schäden, die die Betriebsbereitschaft oder Sicherheit der Anlage/Einrichtung gefährden könnten, hat er sofort folgende Stelle

Wird im Auftragsfall bekannt gegeben

zu benachrichtigen und erforderlichenfalls die Außerbetriebnahme der Anlage/Einrichtung zu veranlassen. Die Benachrichtigungspflicht gilt auch für Mängel oder Schäden, die die Betriebsbereitschaft oder Sicherheit einer Anlage/Einrichtung gefährden, aber nicht umgehend behoben werden können.

Der Auftragnehmer hat fernmündliche oder mündliche Mitteilungen schriftlich zu bestätigen.

- 4.9 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber schriftlich über Maßnahmen zu benachrichtigen, die aufgrund von Änderungen der rechtlichen Bestimmungen erforderlich werden. Der Auftragnehmer soll den Auftraggeber auch über wesentliche technische Weiterentwicklungen informieren.
- 4.10 -entfällt-

*] Zutreffendes ist angekreuzt

5. Bereitstellung des Auftraggebers

- 5.1 Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer zur Durchführung seiner Leistungen die vorhandenen Einrichtungen und Versorgungsanschlüsse zur Verfügung zu stellen und Zugang zu den technischen Anlagen/Einrichtungen und den Versorgungsanschlüssen zu verschaffen.
- 5.2 In Zusammenhang mit der Durchführung der Instandhaltungsleistungen anfallende Verbrauchskosten für Strom und Wasser trägt der Auftraggeber.
- 5.3 Der Auftragnehmer kann eventuell benötigte Büro- und Aufenthaltsräume vom Auftraggeber anmieten.
- 5.4 Dem Auftragnehmer wird zur Lagerung von Ersatz- und Verschleißteilen
- ☐ vom Auftraggeber eine Fläche von m² zur Verfügung gestellt *)
 - ☒ vom Auftraggeber keine Lagerfläche zur Verfügung gestellt. *)
 - ☐ Der Auftragnehmer kann eine Fläche zur Lagerung von Ersatz- und Verschleißteilen vom Auftraggeber anmieten. *)

6. Vertragsdauer

- 6.1 ☒ Bei Vorliegen eines Rahmen- bzw. Rahmenzeitvertrages
- Beginn und Ende der Ausführungs-/Lieferfristen für die Einzelaufträge sowie die Vereinbarung von vertraglichen Einzelfristen werden im jeweiligen Leistungsabruf nach Ziffer 1.1.d) bestimmt.
- 6.2 ☐ Bei Vorliegen eines Standardvertrages bestimmen sich die Vertragsfristen nach vorliegenden Ziffern 6.2.1 bis 6.2.3:
- entfällt-

7. Lösung des Vertrags durch den Auftraggeber (zu § 8 VOL/B)

7.1 Kündigung aus wichtigem Grund

Der Auftraggeber ist über § 8 Nr. 1 VOL/B hinaus berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund, auch fristlos, zu kündigen. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn

- die nach Ziffer 1.1 instandzuhaltenden Anlagen/Einrichtungen ganz oder teilweise dauernd stillgelegt oder wesentlich umgebaut werden,
- eine trotz schriftlicher Abmahnung und schriftlicher Nachfristsetzung nachhaltige Vernachlässigung der Instandhaltungspflichten des Auftragnehmers vorliegt,
- der Betrieb des Auftragnehmers infolge wesentlicher Änderungen der Anlage nicht mehr auf die dann erforderlichen Instandhaltungsarbeiten eingerichtet ist.

Ein wichtiger Grund liegt auch vor, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehende Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt

*) Zutreffendes ist angekreuzt

oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.

7.2 Kündigung wegen Vermögensverfall bei Arbeitsgemeinschaften

Bei Arbeitsgemeinschaften als Auftragnehmer kann der Auftraggeber den Vertrag auch dann aus wichtigem Grund kündigen, wenn ein Arbeitsgemeinschafts-Gesellschafter wegen Vermögensverfall aus der Arbeitsgemeinschaft ausscheidet oder ausgeschlossen wird und hierdurch wesentliche und grundlegende Voraussetzungen zur Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit oder Fachkunde entfallen, die für die vertragliche Durchführung des Auftrages erforderlich sind. Beabsichtigt der Auftraggeber eine derartige Kündigung, so wird er dem Auftragnehmer vorher Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

7.3 Die Regelungen über die Kündigung gelten auch für Einzelaufträge oder Teile davon entsprechend; der Rahmenvertrag und die übrigen Einzelaufträge bleiben in diesem Fall unberührt.

7.4 Wettbewerbsbeschränkungen [zu § 8 Nr. 2 VOL/B]

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Auftragsvergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 v.H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

7.5 Wird ein Teil der nach Ziffer 1.1 instandzuhaltenden Anlagen/Einrichtungen dauernd stillgelegt, ist eine angemessene Herabsetzung der Vergütung zu vereinbaren.

7.6 Auf Verlangen eines der Vertragspartner ist zum Ende des Vertrages in Verbindung mit dem letzten Inspektions-/Wartungsdienst eine gemeinsame Inspizierung der Anlage(n) durchzuführen. Hierüber ist anschließend ein Protokoll zu erstellen.

Jeder Vertragspartner trägt die ihm durch diese Inspektion entstandenen Kosten selbst.

7.7 -entfällt-

8. Vergütung

8.1 Die Vergütung für sämtliche Vertragsleistungen erfolgt nach Maßgabe der im Preisblatt ausgewiesenen Vertragspreise [bei Rahmen-Zeitverträgen nach Ziffer 1.1 für die durch Einzelaufträge abgerufenen Leistungen nach den sich aus dem Leistungsverzeichnis ergebenden Vertragspreisen].

Die ausgewiesenen Vertragspreise sind Festpreise für die Vertragslaufzeit gemäß Ziff. 6.1 oder 6.2 und des Verlängerungszeitraumes nach Ziff. 6.2.3, soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt ist.

8.2 Den Vertragspreisen ist die jeweils zum Zeitpunkt des Entstehens der Umsatzsteuerschuld hinzuzurechnende Umsatzsteuer in Höhe des dann jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuersatzes hinzuzurechnen und in der Rechnung gesondert auszuweisen.

*] Zutreffendes ist angekreuzt



- 8.3 Mit der vertraglichen Vergütung sind sämtliche Aufwendungen, Kosten und Auslagen des Auftragnehmers abgegolten, die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit seinen Leistungen nach diesem Vertrag stehen, insbesondere auch Nebenkosten, Hilfsmittel und -stoffe sowie Werkzeuge.

Dies gilt auch für alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Nebenkosten, wie Fahr- und Transportkosten, Auslösungen, Tage- und Übernachtungsgelder, Zuschläge für Leistungen außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeiten, Schmutz- und Erschwerniszuschläge.

- 8.4 Soweit der Auftragnehmer aus der Errichtung der Anlage[n] Mängelbeseitigung zu leisten hat, wird für Leistungen zur Erfüllung der Mängelhaftungsverpflichtung keine Vergütung bezahlt.

- 8.5 Die Vergütung wird erhöht oder verringert, wenn der Auftraggeber den Instandzuhaltenden Anlagenumfang erhöht oder verringert. Die Vergütung für diese Vertragsleistungen erfolgt nach der Urkalkulation.

- 8.6 -entfällt-

9. Haftung und Mängelansprüche (zu §§ 7, 14 VOL/B)

- 9.1 Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden und Verluste, die dem Auftraggeber oder Dritten in Erfüllung oder bei Gelegenheit der Erfüllung der in diesem Vertrag vereinbarten Verpflichtungen entstehen. Der Auftragnehmer haftet in gleicher Weise für alle Schäden und Verluste, die durch ihn, seine Betriebsangehörigen, seine gesetzlichen Vertreter und seine Erfüllungsgehilfen verursacht werden.

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter frei, die im Zusammenhang mit der Verletzung von Pflichten des Auftragnehmers aus diesem Vertrag oder seiner gesetzlichen Pflichten gegen den Auftraggeber erhoben werden.

Die Schadenersatz- und Freistellungspflicht entfällt, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass ihn und seine Erfüllungsgehilfen kein Verschulden trifft.

- 9.2 Im Rahmen einer etwaigen vorgeschriebenen Kontrolle von Flughafenlieferungen in die Sicherheitsbereiche des Flughafens München [siehe dazu auch das „Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München“] übernimmt der Auftraggeber bei Annahme, Kontrolle und Abstellen der Lieferung keinerlei Pflichten zur Prüfung, Obhut oder Verwahrung. Der Auftraggeber übernimmt folglich keine Haftpflicht für Beschädigung von Lieferungen durch eigenes Personal – ausgenommen vorsätzlich herbeigeführte Beschädigungen – oder für Abhandenkommen oder Beschädigung durch Dritte.

- 9.3 Für Instandhaltungsarbeiten nach diesem Vertrag beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche
- 2 Jahre

- 9.4 Systemverfügbarkeitsgarantie

Die Systemverfügbarkeitsgarantie wird vom Auftragnehmer nicht übernommen.

^{*}) Zutreffendes ist angekreuzt

10. Rechnungen [Zu § 15 VOL/B]

- 10.1 Alle Rechnungen sowie ggf. Aufmaßunterlagen und prüfbare Nachweise sind in **elektronischer Form** bei folgender Adresse einzureichen:

rechnungen@munich-airport.de

Es ist darauf zu achten, pro Rechnung nur eine PDF-Datei zu verwenden. Sollen zur Rechnung noch weitere Dokumente übermittelt werden, sind diese der Rechnungs-PDF anzufügen.

Es sind alle standardisierten E-Rechnungsformate gem. den Spezifikationen der Europäischen Norm EN 16931 zulässig.

- 10.2 Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung zu bezeichnen; die Abschlags- oder Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.
- 10.3 Die Rechnungen sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben und übersichtlich aufzustellen. Die Reihenfolge der LV-Positionen ist einzuhalten und die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen zu verwenden. Die zum Nachweis von Art und Umfang der Leistung erforderlichen Mengenberechnungen, Zeichnungen und andere Belege sind beizufügen. Änderungen und Ergänzungen des Vertrags sind in der Rechnung besonders kenntlich zu machen; sie sind auf Verlangen getrennt abzurechnen.
- 10.4 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer [Nettopreise] aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung einzusetzen.

11. Zahlungen [zu § 17 VOL/B]

- 11.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos geleistet. Zahlungen sind 30 Tage nach Zugang der Rechnung zur Zahlung fällig.
- 11.2 Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrages an die Geldanstalt, bei Zahlung per Verrechnungsscheck der Tag der Absendung des Schecks.
- 11.3 -entfällt-
- 11.4 Zahlungen an Arbeitsgemeinschaften

Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft, soweit nicht die Bevollmächtigung auf ein anderes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft übertragen und dies dem Auftraggeber schriftlich angezeigt wurde.

*] Zutreffendes ist angekreuzt

11.5 Prüfvermerke

Prüfvermerke des Auftraggebers oder von mit der Rechnungsprüfung beauftragten Dritten auf korrigierten Rechnungsexemplaren begründen kein die verbindliche Zahlungspflicht auslösendes Schuldanerkenntnis des Auftraggebers.

11.6 Überzahlungen

Werden Fehler in den Unterlagen der Abrechnung festgestellt, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die sich hieraus ergebenden Beträge an den Auftraggeber zurückzuerstatten. Fehler in diesem Sinne sind insbesondere:

- Aufmaßfehler, d.h., Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung;]
- Rechenfehler, d.h., Fehler in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln der Rechnungsart (einschließlich Komma-Fehler);
- Übertragungsfehler (einschließlich Seitenübertragungsfehler).

11.7 Preisnachlass, Skonto

11.7.1 Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein vereinbarter Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die Angebots- oder Auftragssumme bezogen ist.

11.7.2 Ist im Vertrag nichts näher bestimmt und nur vereinbart, dass bei Zahlung innerhalb der Skontofrist Skonto eines v.H.-Satzes gewährt wird, ist der Auftraggeber berechtigt, bei jeder einzelnen Zahlung (Abschlags-/Voraus-/Teilschluss-/Schlusszahlung) das allgemein vereinbarte Skonto in Abzug zu bringen. Teilzahlungen sind skontierbar, soweit für die betreffende Zahlung Skonto abziehbar ist. Die Skontofrist(en) beginnt(beginnen) mit Eingang der zugehörigen prüfbaren Rechnung(en) beim Auftraggeber.

11.8 Abtretung

Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber – einschließlich des Anspruchs auf Rückgabe von Sicherheiten – können nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abgetreten werden. In der Regel wird der Auftraggeber die Zustimmung erteilen, wenn dies mit seinen Interessen vereinbar ist. § 354 a HGB bleibt unberührt.

11.9 Verjährung

Vertragliche Zahlungsansprüche des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber unterliegen der gesetzlichen Verjährungsfrist.

12. **Sicherheitsleistung (zu § 18 VOL/B)**

-entfällt-

*] Zutreffendes ist angekreuzt

13. Streitigkeiten [zu § 19 VOL/B]

13.1 Gerichtsstand

Im vollkaufmännischen Geschäftsverkehr wird als Gerichtsstand München vereinbart.

13.2 Vertragssprache/Deutsches Recht

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

14. Versicherungen [Betriebshaftpflichtversicherung]

Der Auftragnehmer hat eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme je Schadensfall von mindestens

☒ € 5.000.000,-- für Personenschäden
€ 250.000,-- für Sach- und sonstige Schäden *)

zu führen.

Nach Auftragserteilung legt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Bestätigung des Versicherers vor, dass der in diesem Vertrag vorgeschriebene Versicherungsschutz besteht und sich der Versicherer verpflichtet, den Auftraggeber im Falle des Nichtbestehens des Versicherungsschutzes (z. B. wegen Nichtzahlung der Versicherungsprämie) zu unterrichten.

Für etwaige auf dem Flughafenvorfeld eingesetzte zugelassene Kraftfahrzeuge hat der Auftragnehmer eine Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung mit den marktüblichen Konditionen, nachzuweisen

Der Auftragnehmer hat Haftpflichtschäden nach Entdeckung unverzüglich seiner eigenen Betriebshaftpflichtversicherung anzuzeigen. Zusätzlich muss der Auftraggeber von jedem Schadenereignis Kenntnis erhalten. Deshalb ist vom Auftragnehmer eine Kopie der Schadensanzeige für die eigene Versicherungsgesellschaft unverzüglich an die Projektdurchführung bzw. Projektsteuerung zur Weiterleitung an den Auftraggeber zu senden.

15. Datenschutz

- 15.1 Der AN verpflichtet sich, die jeweils geltenden deutschen und europäischen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) sowie das Bundesdatenschutzgesetz („BDSG“) zu befolgen. Der AN stellt insbesondere sicher, dass personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages und zugehöriger Anlagen verarbeitet werden. Sofern der AN die Daten für weitere Zwecke verwenden möchte, wird er eine schriftliche Einwilligung der Auftraggeberin einholen.

*) Zutreffendes ist angekreuzt

- 15.2 Der AN sichert zu, dass im Rahmen der Vertragsdurchführung personenbezogene Daten nur in dem Umfang verarbeitet werden, wie es für die Vertragsdurchführung erforderlich ist. Die Ausführungen zum Abschluss weiterer Verträge nach datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelten entsprechend.
- 15.3 Der AN ist verpflichtet, seine Mitarbeiter und sonstige Personen, deren Daten er übermittelt, über diese Verarbeitung zu informieren und gegenüber den betroffenen Personen eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung zu schaffen. Der AN ist dafür verantwortlich, seinen Mitarbeitern die Wahrnehmung der Betroffenenrechte gemäß Art. 15-21 DSGVO zu ermöglichen.
- 15.4 Handelt es sich bei der auftragsgegenständlichen Leistung zwischen AG und AN um eine Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO, werden sich AG und AN über den Abschluss eines Vertrages zur Auftragsverarbeitung nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO abstimmen. Dieser Vertrag zur Auftragsverarbeitung hat alle Anforderungen an das weisungsgebundene AG-AN-Verhältnis nach Art. 28 DSGVO sowie alle erforderlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten nach DSGVO zu enthalten und zu regeln. Der Vertrag zur Auftragsverarbeitung wird in diesem Fall zur Anlage dieses Hauptvertrages.
- 15.5 Handelt es sich bei der auftragsgegenständlichen Leistung zwischen AG und AN um eine gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO, werden sich AG und AN über den Abschluss eines Joint-Controller Vertrages nach Art. 26 DSGVO abstimmen. Dieser Joint-Controller Vertrag hat alle Anforderungen an das gemeinsame Verantwortungsverhältnis von AG und AN nach Art. 26 DSGVO sowie alle erforderlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten nach DSGVO zu enthalten und zu regeln. Der Joint-Controller Vertrag wird in diesem Fall zur Anlage dieses Hauptvertrages.
- 15.6 Darüber hinaus verpflichtet sich der AN technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 24, 25 und 32 DSGVO umzusetzen, die erforderlich sind, um den Schutz personenbezogener Daten zu gewährleisten und die vorliegenden Vorgaben sicherzustellen. Insbesondere wird der AN seine Mitarbeiter auf die Einhaltung des Datenschutzes verpflichten und dies dokumentieren. Diese Verpflichtung besteht für die Mitarbeiter auch über das Ende der Tätigkeit des AN für den AG hinaus. Der AN wird die Erfüllung der vorliegenden Vorgaben kontinuierlich überwachen. Der AG kann durch eine von ihm legitimierte Person die Einhaltung der Verpflichtungen überprüfen lassen.

16. Weitere Vertragsbedingungen

16.1 Weitere Festlegungen

Der Auftragnehmer unterwirft sich auch allen sonstigen vom Auftraggeber herausgegebenen oder erteilten Anordnungen für das gesamte zum Flughafen gehörige Gelände, wie Flughafenbenutzungsordnung [abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/informationen-fur-aviation-partner-86550>], Parkordnung sowie insbesondere Feuer- und Sicherheitsvorschriften. Alle einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften sowie Zollvorschriften sind zu beachten. Der Auftraggeber übernimmt keine Gewähr hinsichtlich behördlicher Maßnahmen, Auflagen oder Nichterteilung und Einschränkung von Genehmigungen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, die im Geschäftspartnerkodex des Flughafen München Konzern, - abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861> – festgelegten Leitli-

*] Zutreffendes ist angekreuzt

nien und Grundsätze, insbesondere alle Anforderungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz [LkSG], soweit diese auf externe Geschäftspartner Anwendung finden, zu akzeptieren und einzuhalten sowie alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Einhaltung des Geschäftspartnerkodex sowie des LkSG während der gesamten Geschäftsbeziehung sicherzustellen. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber laufend über potenzielle Risiken und ergreift angemessene Abhilfemaßnahmen, um eine Verletzung dieser Grundsätze/Normen zu verhindern und zu beenden oder das Ausmaß einer Verletzung zu minimieren. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber von Bußgeldern freizustellen, mit denen der Auftraggeber infolge der Nichterfüllung seiner auftragnehmerseitigen Pflichten belegt wird.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Schulung unmittelbarer Lieferanten des Flughafen München Konzerns nach § 6 Abs. 4 Nr. 3 LkSG – abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/verantwortungsvolle-lieferkette-15626660> – wahrzunehmen.

- 16.2 Soweit dieser Vertrag oder etwaige Vertragsbedingungen vorsehen, dass der Vertragsschluss, Vertragsänderungen, Vertragsergänzungen, Nachtragsvereinbarungen oder Optionsausübungen der schriftlichen Form oder der Unterschrift bedürfen, werden diese Formvorgaben neben einer eigenhändigen Unterschrift auch durch die nachfolgend angekreuzte Form einer elektronischen Signatur auf einem elektronischen Dokument gewahrt:

- ☒ Eine einfache elektronische Signatur i.S.d. Art. 3 Nr. 10 [EU] Nr. 910/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014.
- ☐ Ausschließlich durch eine qualifizierte elektronische Signatur i.S.d. Art. 3 Nr. 12 [EU] Nr. 910/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 und § 126a BGB.

Für eine Einigung, sofern eine solche erforderlich ist, müssen die Parteien jeweils ein gleichlautendes Dokument in der oben angekreuzten Form elektronisch signieren oder einen Ausdruck des Dokuments eigenhändig unterschreiben. Von dieser Klausel nicht umfasste Formvorgaben in diesem Vertrag oder etwaigen Vertragsbedingungen bleiben unberührt.

16.3 Sicherheit von IT-Systemen

Funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme [IT-Systeme] sind für den Auftraggeber für die Bereitstellung der Infrastruktur zur Durchführung des Luftverkehrs von besonderer Bedeutung.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik zum Schutz der von ihm eingesetzten Hard- und Software zu ergreifen, um die Sicherheit [Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Authentizität und Integrität] der von ihm und dem Auftraggeber im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten IT-Systeme zu gewährleisten. Hierzu zählen unter anderem der Einsatz von aktuellen Betriebssystemen, , Verfahren zur Beseitigung von technischen Schwachstellen [Patchmanagement] oder der Einsatz von aktuellen Vorkehrungen zum Schutz der IT-Systeme [aktuelle Firewall, aktueller Virenschanner], unsere Mitarbeiter sowie Unterauftragnehmer / Nachunternehmer sowie sonstige Dritte nachweisbar auf die Verantwortung und Verpflichtung in Bezug auf Sicherheit von IT-Systemen entsprechend der vorgenannten Anforderungen hinzuweisen [z. B. regelmäßige Passwortänderung, Sperren des PCs bei Verlassen des Arbeitsplatzes, etc.]. Auf Aufforderung wird der AN dem AG den entsprechenden Nachweis unverzüglich erbringen.

*] Zutreffendes ist angekreuzt

Erkennt der Auftragnehmer, dass die Sicherheit der IT-Systeme verletzt wurde oder dass der Verdacht einer solchen Verletzung besteht [Sicherheitsvorfall], hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Textform umfassend zu informieren. Der Auftragnehmer hat an der Aufklärung von Sicherheitsvorfällen mitzuwirken, die in seinem Einflussbereich liegenden Tatsachen und Auswirkungen zu ermitteln und dem Auftraggeber alle erforderlichen Informationen von sich aus zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer wird während der Vertragsdurchführung an Maßnahmen des Auftraggebers zur Verbesserung der Sicherheit der von ihm und dem Auftraggeber im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten IT-Systeme mitwirken. Dies gilt insbesondere für entsprechende Maßnahmen nach einem Sicherheitsvorfall.

- 16.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen – insbesondere technischen und organisatorischen – Maßnahmen zu ergreifen, um Interessenskonflikte zu vermeiden und etwaige bestehende oder entstehende Interessenskonflikte ungefragt unverzüglich offen zu legen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner unverzüglich offenzulegen, wenn sich in seinem Unternehmen Personen befinden, bei denen es sich um Amts- [z. B. Beamte, Richter] und / oder Mandatsträger [z. B. Abgeordnete] handelt, welchen bezogen auf den hier zu vergebenden Auftrag, maßgebliche Entscheidungsträger sind, sofern eine Offenlegung nicht bereits bei Vertragsanbahnung oder Vertragsschluss erfolgt ist.

17. Nicht belegt

18. Bindefrist

Der Auftragnehmer ist an das voranstehend zusammengefaßte Angebot auf Abschluß eines Instandhaltungsvertrages unwiderruflich und vorbehaltlos gebunden.

☐ bis zum Ablauf von 3 Monaten nach Abnahme der technischen Anlage/Einrichtung *)

☐ bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist *)

☒ bis zum 5 Jahre nach Abnahme

19. Annahmeerklärung des Auftraggebers

- 19.1 Der Auftraggeber kann das voranstehend zusammengefaßte Angebot des Bieters auf Abschluß eines Instandhaltungsvertrages durch einseitige schriftliche Erklärung annehmen. Sie kann jederzeit bis zum Abschluß der Bindefrist gemäß vorstehender Ziff. 18 abgegeben werden und ist rechtzeitig, wenn die Annahme vor Ablauf der Bindefrist dem Bieter zugegangen ist.

- 19.2 Ein Rechtsanspruch des Bieters auf Auftragserteilung besteht nicht. Aus der Nichtbeauftragung kann der Bieter keine Vergütungs- oder Schadenersatzansprüche ableiten.

20. Verbindlichkeitserklärung des Bieters

Mit der geleisteten Unterschrift bestätigt der Bieter die Verbindlichkeit seines Angebotes, insbesondere auch die Anhänge, welche gemäß Ziff. 1 Bestandteile des Vertrages werden.

*) Zutreffendes ist angekreuzt

21. Verpflichtung zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns bzw. Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes

21.1 Zahlung von Mindestentgelten durch den Auftragnehmer

- 21.1.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Beschäftigten den jeweils gültigen Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz zu bezahlen sowie im Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes [AEntG] in der jeweils geltenden Fassung wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewähren, die durch einen für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag oder einen nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsvorschrift für die betreffenden Leistungen verbindlich vorgegeben werden.

Sofern die Voraussetzungen beider vorgenannten Regelungen erfüllt sind, verpflichtet sich der Auftragnehmer für seine Beschäftigten jeweils die günstigere Regelung anzuwenden.

- 21.1.2 Der Auftragnehmer versichert, dass er in den letzten zwei Jahren vor Vertragsunterzeichnung nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften (z. B. § 23 AEntG, § 21 MiLoG) oder Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften, die zu einer Eintragung im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als € 2.500,00 belegt worden ist.

- 21.1.3 Der Auftragnehmer wird es dem Auftraggeber sofort anzeigen, falls Verstöße gegen das MiLoG und AEntG bzw. Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften während der Vertragslaufzeit auftreten sollten.

21.2 Kontrolle

- 21.2.1 Der Auftragnehmer wird während der Vertragslaufzeit prüffähige Unterlagen und Belege vorhalten, die die Einhaltung der unter Ziffer 21.1.1 genannten Vorgaben, vollständig und lückenlos nachweisen. Hierzu zählen insbesondere Entgeltabrechnungen, Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Sozialversicherungsträger, Auszüge aus dem Gewerbezentralregister.

- 21.2.2 Der Auftragnehmer gestattet dem Auftraggeber jederzeit Kontrollen im Hinblick auf die Einhaltung der geltenden rechtlichen Bestimmungen, insbesondere der vorgenannten Gesetze, selbst oder durch Dritte durchzuführen. Die Kontrollrechte umfassen insbesondere die Prüfung der vorgenannten Unterlagen und Belege.

- 21.2.3 Der Auftragnehmer wirkt bei diesen Kontrollen mit und arbeitet eng mit dem Auftraggeber bzw. mit dem vom Auftraggeber benannten Dritten zusammen. Auf Aufforderung wird der Auftragnehmer die vorgenannten Unterlagen und Belege dem Auftraggeber zur Verfügung stellen.

21.3 Nachunternehmer

- 21.3.1 Der Auftragnehmer hat seine Nachunternehmer Subunternehmer, Unterauftragnehmer sowie Verleihunternehmer (nachfolgend einheitlich Nachunternehmer genannt) sorgfältig auszuwählen und hierbei auf die Einhaltung des MiLoG sowie ggfs. des AEntG zu achten.

- 21.3.2 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass seine Nachunternehmer in ihrem Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer die ihm nach voranstehender Ziffer 21.1 obliegenden Verpflichtungen – sofern sie einschlägig sind – erfüllen.

***] Zutreffendes ist angekreuzt**

- 21.3.3 Der Auftragnehmer wird die in voranstehender Ziffer 21.2 enthaltenen Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrechte gleichlautend oder zumindest sinngemäß mit seinen Nachunternehmern vertraglich vereinbaren. Ebenso wird der Auftragnehmer seine Nachunternehmer verpflichten, bei einem weiteren Nachunternehmereinsatz zu seinen Gunsten die vorgenannten Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrechte zu vereinbaren.
- 21.3.4 Der Auftragnehmer wird mit seinen Nachunternehmern ein Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrecht im vorgenannten Sinn zugunsten des Auftraggebers unmittelbar bei den Nachunternehmen vereinbaren.

21.4 Haftungsfreistellung

- 21.4.1 Unberührt von eventuell vereinbarten weiteren Freistellungen stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern im Rahmen seiner Haftung gegenüber dem Auftraggeber von sämtlich von Dritten gegenüber dem Auftraggeber geltend gemachten zivilrechtlichen Ansprüchen aus behaupteten Verstößen des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers gegen die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz bzw. gegen die Zahlung eines Mindestentgelts nach Arbeitnehmer-Entsendegesetz frei. Dritte im Sinne vorstehender Regelung sind insbesondere die Beschäftigten des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers.
- 21.4.2 Die Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers gilt auch für sämtliche Sanktionen, Bußgelder oder sonstige öffentlich-rechtliche Maßnahmen oder öffentlich-rechtliche Ansprüche, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts wegen etwaiger Verstöße des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers nach voranstehender Ziffer 21.4.1 geltend gemacht werden.
- 21.4.3 Von der Freistellungsverpflichtung nach Ziffer 21.4.1 und 21.4.2 sind auch sämtliche Kosten umfasst, die im Zusammenhang mit der Rechtsverteidigung anfallen, z. B. angemessene Anwalts- und Gerichtskosten.

21.5 Sanktionen

- 21.5.1 Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die voranstehenden Verpflichtungen wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Gesamtauftragswertes vereinbart. Bei mehreren Verstößen im vorliegenden Sinn sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf 5 % des Gesamtauftragswertes begrenzt.
Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch einen von dem Auftragnehmer eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmers nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste.
- 21.5.2 Fristlose Kündigung
Unabhängig von sonstigen Kündigungsrechten ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt, wenn der Auftragnehmer schuldhaft gegen seine Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz bzw. zur Zahlung eines Mindestentgelts durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsformverordnung verstoßen hat. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

*] Zutreffendes ist angekreuzt



Anlagen:

- Anhang 1: Anforderungskatalog
- Anhang 2: Preisblatt

*] Zutreffendes ist angekreuzt

Anforderungskatalog: Bayern Rettungswagen Typ C

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung
2	Allgemeines
3	Zitierte Normen und Vorschriften/Gesetze und Verordnungen
4	Anforderungen an das Gesamtfahrzeug
5	Trägerfahrzeug
6	Kofferaufbau Rettungswagen
7	Medizinische Geräte
8	Medizinische Beladung
9	Allgemeine Beladung
10	Trägerfahrzeug und Aufbauelektrik
11	Elektrische Absicherung für das gesamte Fahrzeug
12	Funkausstattung
13	Dokumentation
14	Projektabwicklung und Leistungsfeststellung

1	Einleitung
<p>Die Flughafenfeuerwehr des Flughafens München ist die größte Werkfeuerwehr in Bayern und verantwortlich für den Brandschutz im gesamten Flughafenbereich. Zu ihren Aufgaben gehören der Brandschutz und die technische Hilfeleistung im Luftverkehr sowie bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen des Flughafens. Darüber hinaus kann sie gemäß dem Bayerischen Feuerwehrgesetz auch außerhalb des Flughafengeländes auf Anforderung tätig werden.</p> <p>Die Flughafenfeuerwehr plant die Beschaffung von drei neuen Rettungswägen Typ C. Zusätzlich soll ein Wartungsvertrag über fünf Jahre abgeschlossen werden – jedoch ohne Abrufverpflichtung.</p> <p>Die Rettungswägen dienen der Durchführung von Rettungsmaßnahmen und ermöglichen die medizinische Versorgung auf dem Flughafengelände. Sie werden sowohl auf befestigten als auch auf unbefestigten Untergründen eingesetzt. Jährlich erfolgen über 2000 Einsätze und (Laufleistung pro Fahrzeug ca. 8.000 Km/Jahr) mit diesen Fahrzeugen. Das Antriebskonzept ist auf ein 4X2 auszuliegen. Die Rettungsausstattung/Auslegung des Kofferaufbaus soll nach dem Konzept Rettungswagen (RTW Typ C Bayern RTW) für den qualifizierten Rettungsdienst im Freistaat Bayern erfolgen. Grundlage ist die DIN EN 1789 Typ C sowie landesspezifische Anforderungen an Sicherheit, Hygiene und Medizintechnik. Hintergrund und Zielsetzung ist eine Bediengleichheit mit den Umlandrettungsdiensten bei Großschadensereignissen sicherzustellen.</p> <p>In diesem Anforderungskatalog sind die Anforderungen für Rettungswagen, welche am Flughafen München gemäß StVZO/ICAO/EASA Vorgaben zum Einsatz kommen, zusammengestellt.</p> <p>Alle unten genannte Kriterien sind "Ausschlusskriterien". Die Nichteinhaltung dieser Vorgaben führt zum Ausschluss des Angebotes. Falls sich eine Anforderung nicht mit den gültigen Normen und Richtlinien vereinbaren lässt, ist dies sofort vom Bieter zu melden (Die Konzepte sind von dieser Regelung ausgenommen).</p> <p>Diese Leistungsbeschreibung wurde auf Grundlage des Leistungsbestimmungsrechts des Auftraggebers erstellt.</p> <p>Zur Angebotsabgabe ist es zwingend erforderlich bei allen aufgeführten Punkten das zutreffende (ja oder nein) anzukreuzen. Die Angaben dienen dem Auftraggeber zur technischen Prüfung und Vorbereitung.</p> <p>Die Spalte "Erfüllt" mit der ja/nein-Auswahl schränkt die Leistungsbeschreibung nicht ein.</p>	

Kennzeichen: Bedeutung:

N	Der Bieter hat seinem Angebot entsprechende Skizzen, technische Zeichnungen, Bilder bzw. schriftlichen Erläuterungen oder Nachweisen beizulegen
K	Hier sind dem Angebot entsprechende Konzepte beizulegen. Diese Konzepte werden durch den Auftraggeber bepunktet und fließen in die Angebotswertung ein.
	Siehe auch Anhang 1 zur Angebotsaufforderung
B	Das zu verbauende bzw. verstaute Material wird durch den Flughafen München (FMG) beigestellt

	Angaben des Bieters	Bieterangaben Erfüllt Ja/Nein	zusätzliche Bemerkungen des Bieters
2	Allgemeines		

K	2.1	Vorgaben der Flughafen München GmbH, wie Zutrittsregelungen Sicherheitsbereich (Details in den beigefügten Ausschreibungsunterlagen) und Anforderungen Einsatzanwendung der Feuerwehr gemäß Anerkennungsbescheid müssen zwingend eingehalten werden			
	2.2	Einhaltung der ICAO-Vorgaben (Vorgaben können über die EASA online bezogen werden)			
	2.3	Einhaltung der EASA-Vorgaben (z.B. ADR.DPS, Vorgaben können über die EASA online bezogen werden)			
	2.4	Abhaltung von Erstschulungen nach Fertigstellung im Werk oder nach Auslieferung am Flughafen München, jedoch vor der Abnahme (Fahrer/Bediener und Werkstattpersonal getrennt, min. jeweils 10 Personen an 2 getrennten Terminen insgesamt), hierzu ist ein Schulungskonzept dem Angebot beizulegen (siehe Punkt 2.12), nach erfolgter Schulung ist dem Werkstattpersonal ein Sachkundenachweis auszuhändigen			
	2.5	Service und Instandhaltung (Beinhaltet das Gesamtfahrzeug d.h. Aufbau + Fahrgestell) am Standort Flughafen München im Sicherheitsbereich muss durch den Hersteller oder einem von ihm beauftragten Unternehmen mit einem deutschsprachigen Servicemitarbeiter über die Garantiephase hinaus gewährleistet werden. Hierzu wird ein Wartungsvertrag über die Laufzeit von 5 Jahren abgeschlossen (Wartung und Instandsetzung). Hierfür besteht jedoch keine Abrufverpflichtung seitens Auftraggeber, da die technische Instandhaltung vorrangig durch das geschulte Personal vom Flughafen München durchgeführt wird.			
	2.6	Die Ersatzteilverfügbarkeit ist auf mind. 15 Jahre zu gewährleisten. (um bei technischen Ausfall Fahrzeug schnellstmöglich wieder in Einsatzbereiten Zustand zu bringen)			
	2.7	Die Ersatzteillieferung hat binnen 5 Werktagen nach Bestellung zu erfolgen. (um bei technischen Ausfall Fahrzeug schnellstmöglich wieder in einsatzbereiten Zustand zu bringen)			
	2.8	Die Eingreifzeit vor Ort am Flughafen München (im Sicherheitsbereich) von Servicepersonal für Reparaturen/Ausfallbehebung hat binnen 5 Werktagen nach Beauftragung durch den Flughafen München zu erfolgen			
	2.9	Die Wartungsintervalle für Fahrgestell und Aufbau sowie die Komponenten der einzelnen Aggregate sind nach Auftragsvergabe, allerdings vor Abnahme, in Schriftform anzugeben			
	2.10	Eine detaillierte Aufstellung über die Vollunterhaltskosten, aufgeteilt in Personalaufwand in Stunden und Stundenverrechnungssatzangabe sowie Materialkosten ist im Preisblatt einzutragen			
K	2.11	Für das Servicepersonal des Auftragnehmers sind Ausweisanträge vor der Auslieferung und Abnahme des Fahrzeugs bei der Flughafen München zu stellen. Details in den beigefügten Ausschreibungsunterlagen. Siehe Vertragsbedingungen für Leistungen, Absatz 4.9. Arbeiten im Sicherheitsbereich			
	2.12	Konzept zur Inbetriebnahme/Schulung (Organisation und Dauer und Inhalt der Einweisungen und Schulungen (wird die Organisation sowie die Dauer nachvollziehbar und detailliert dargestellt, wird die volle Punktzahl vergeben) (Angaben zur Überführung/Lieferung des Fahrzeugs (eine detaillierte Darstellung der Überführung Hersteller Flughafen München erhält volle Punktzahl) (Angaben zum Umfang und Inhalt der geforderten Dokumentation gemäß Anforderungskatalog (vollständige Angaben zur Bereitstellung/Inhalt der geforderten Unterlagen erhält volle Punktzahl)	Maximal mögliche Gesamtpunktzahl 50	Die Konzepte werden im Rahmen der Zuschlagswertung bewertet. Mindestanforderungen bleiben hiervon unberührt.	
K	2.13	Konzept für den Vollunterhalt (Organisation und Sicherstellung eines termingerechten Kundendienstes am Flughafen München (detailliertes und vollständiges Konzept erhält volle Punktzahl) (Angaben zur Reaktionszeit und Ablauf Mangelbehebung (Wiederherstellungszeit) bei Störungen am Flughafen München (detailliertes und vollständiges Konzept erhält volle Punktzahl) (Organisation und Sicherstellung der Verfügbarkeit von Ersatzteilen (detailliertes und vollständiges Konzept erhält volle Punktzahl) (Anweisungen und Inhalte für Vollunterhalt und Prüfungen, insbesondere Angaben zu Wartungsintervallen (detailliertes und vollständiges Konzept erhält volle Punktzahl)	Maximal mögliche Gesamtpunktzahl 50	Die Konzepte werden im Rahmen der Zuschlagswertung bewertet. Mindestanforderungen bleiben hiervon unberührt.	
K	2.14	Konzept zur Einhaltung der Termine (Darstellung des Fertigungsterminplanes inkl. Ortsangaben wo die Fertigung stattfindet (Ein Standort sowie ein nachvollziehbarer Ablaufplan der Fertigung erhält volle Punktzahl) (Angaben zur max. Lieferzeit nach Auftragserteilung (10 Monate werden angestrebt und erhalten die volle Punktzahl) (Angaben zur Reserveplanung und ggf. erforderlichen Beschleunigungsmaßnahmen bei Lieferengpässen um Fertigungstermin zu halten (Wenn nachvollziehbare Ersatzmaßnahmen aufgezeigt werden können, um den Liefertermin sicherstellen, wird volle Punktzahl vergeben)	Maximal mögliche Gesamtpunktzahl 200	Die Konzepte werden im Rahmen der Zuschlagswertung bewertet. Mindestanforderungen bleiben hiervon unberührt.	
3 Zitierte Normen und Vorschriften/Gesetze und Verordnungen					
	3.1	Das Komplettfahrzeug inkl. Einbauten muss bei der Auslieferung grundsätzlich den jeweils gültigen Vorschriften, Gesetzen, Verordnungen wie z.B. der StVZO/EG/ECE/EN und der Berufsgenossenschaft (UVV) entsprechen (primär sind alle vonnöten, die einen gesetzteskonformen Betrieb in Deutschland ermöglichen/erlauben) und nach den anerkannten Regeln der Technik und nach den geltenden Vorschriften und Richtlinien gefertigt werden.			
	3.2	Es ist die DIN EN 1789 für Rettungswagen Typ C soweit nachstehend nicht anders beschrieben einzuhalten			
4 Anforderungen an das Gesamtfahrzeug					
N	4.1	Das komplette Fahrzeug ist nach dem aktuellen Stand der Technik zu fertigen, so dass es mind. 15 Jahre sicher und voll funktionsbereit mit der selben Qualität und Leistung wie bei Auslieferung betrieben werden kann. Dies gilt insbesondere für die Verwendung des Fahrzeugs in der Wintersaison bei Kontakt mit Flächenenteisungsmittel welches am Flughafen München zum Einsatz kommt. Daten über verwendetes Flächenenteisungsmittel, siehe Anlage 1 - Flächenenteisungsmittel			
	4.2	Das Fahrzeug muss von -30°C bis +40°C einsetzbar und voll funktionsfähig sein			
	4.3	Fahrerhaus mit maximal möglicher Sicht auf alle während des Betriebs notwendigen Bereiche (Sichtfeld vom Fahrer aus: mind. 180°). Hierzu ist eine Technische Zeichnung über das Sichtfeld einzureichen			
N	4.4	Geräuschentwicklung im Fahrerhaus von nicht mehr als 75 dB (A)	Angabe Geräuschbildung Fahrerhaus in dB=		
	4.5	Der komplette Aufbau ist so auszuführen (ggf. Hilfsrahmen), dass dieser für größere Reparaturen bzw. bei kapitemal defekt des Aufbaus oder des Trägerfahrzeugs vom Trägerfahrzeug ohne Beschädigung getrennt werden kann (technische Zeichnung erforderlich)			
	4.6	Eine einfache und übersichtliche Bedienung im Fahr- und Einsatzbetrieb sind anzustreben, d.h. bestmögliche Sichtverhältnisse vom Fahrerplatz (Sichtfeld darf durch Bediengeräte für Aufbau nicht beeinträchtigt/verkleinert werden.)			
	4.7	Alle für Wartungstätigkeiten nötigen Zugänge (Filter sowie wartungsrelevanten Komponenten) sind gut zugänglich und ggf. mit Serviceklappen sicherzustellen			
	4.8	Fahrzeugbreite: max. 2450 mm ohne Außenspiegel	Fahrzeugbreite in m=		
	4.9	Fahrzeughöhe: max. 3000 mm incl. Aufbau	Fahrzeughöhe in m=		
	4.10	Fahrzeuglänge: max. 6700 mm	Fahrzeuglänge in m=		
	4.11	Gesamtgewicht: max. 5,5 Tonnen (Einsatzgewicht)	Gesamtgewicht in Kq=		
	4.12	Abschleppvorrichtung auf das max. Gesamtgewicht ausgelegt muss vorhanden sein			
	4.13	Fahrgestell schwarz und Felgen silber			
	4.14	Beschriftung mit Reifendruckangaben oberhalb der Radkästen			
	4.15	Lackierung RAL 3020 Rot für Fahrerhaus und Aufbau			
	4.16	Die Beschriftung (Flughafen Firmen Logo usw.) erfolgt in Abstimmung mit dem Auftraggeber. Hier gibt es ein geschütztes Konzept der Flughafen München GmbH mit der Firma Design 112 welches am Fahrzeug mittels Folien angebracht werden muss.			
	4.17	Während der Bauphase wird gemeinsam festgelegt, wo alle Sicherheits- und Warnmarkierungen angebracht werden sollen			
	4.18	Scheuerstellen an Schlauchleitungen, Kabelführungen und Rohrleitungen sind nicht zulässig, entsprechende Schutzmaßnahmen sind umzusetzen um Punkt 4.1 zu erfüllen			

	4.19	Konservierung des Fahrzeugs zum Schutz gegen Korrosion. Mittel muss auch einen Schutz gegen Flächenenteisungsmittel welches am Flughafen München verwendet wird, bieten. Datenblatt über verwendetes Flächenenteisungsmittel, siehe Anlage 1 - Flächenenteisungsmittel	Welches Mittel wird verwendet:		
	4.20	Die Beschriftung und Symbole der Schalter, Bedieneinrichtungen und Beladung sind dauerhaft wetterfest und Mineralölbeständig auszuführen.			
	5	Trägerfahrzeug			
N	5.1	Als Trägerfahrzeug muss ein serienmäßiges Kastenwagenfahrzeug auf einem stabilen Chassis mit einer zulässigen Gesamtmasse von ca. 4,5 bis 5,5 Tonnen verwendet werden. Das Fahrgestell muss über eine ausreichende Tragfähigkeit verfügen, um den Ausbau als Rettungswagen Typ C zu ermöglichen. Das Fahrzeug muss voll Zulassungsfähig (Standort Flughafen München/Bayern) sein und alle zum Zeitpunkt der Zulassung gültigen sowie benötigten gesetzlichen Auflagen inkl. der zum Zeitpunkt der Lieferung aktuellen Abgasnorm vollumfänglich erfüllen. Eine schriftliche Bestätigung ist erforderlich.			
	5.2	Serienfahrgestell als Trägerfahrzeug z.B MAN, Mercedes Benz/Daimler Truck. Sollte eine andere Fahrzeugmarke angeboten werden, ist ein externes Fahrzeugdiagnosesystem mit der selben Systemtiefe wie Xentriv von Daimler Truck, MANCATS von MAN inkl. Lizenz für 5 Jahre in das Angebot mit aufzunehmen.	Angabe zum Hersteller und verwendeter Typ inkl. Diagnosemöglichkeit:		
	5.3	Auslegung Fahrgestell muss ausreichend dimensioniert (Tonnage, Gewichtsverteilung usw.) sein um das Gesamtfahrzeug in allen Betriebszuständen sicher und unter Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Auflagen (RTW) betreiben zu können sowie den geforderten Anwendung unter Punkt 1 vollumfänglich erfüllen zu können	Angabe/Bezeichnung zur AuslegungFahrgestell:		
	5.4	Die Motorleistung (Diesel) ist ausreichend zu dimensionieren um eine ausreichende Fahrdynamik bei voller Beladung zu gewährleisten. Mindestleistung von 120 KW sowie Höchstgeschwindigkeit von 120 Km/h darf nicht unterschritten werden	Leistung in KW = Geschwindigkeit max. in Km/h=		
N	5.5	Freigabe für HVO Treibstoffe (C.A.R.E Diesel) muss vorhanden sein. Ein Nachweis ist dem Angebot beizulegen			
	5.6	Tankvolumen Diesel mindestens 80 Liter	Tankvolumen in Liter=		
	5.7	Motorweiterlauf für Einsatzfahrzeuge (kein Start/Stopp) um eine dauerhafte Heizung/Klimatisierung/Spannungsversorgung usw. auch im Stand z.B. an der Einsatzstelle gewährleisten zu können			
	5.8	Eine Abgasemissionsbedingte Drehmomentbegrenzung/Leistungsmininderung des Motors aufgrund von Störungen (auch leerer Ad Blue Tank) ist nicht zulässig. Motor muss "Behörden Ausführung" besitzen damit im Einsatzfall/Fahrt immer die volle Leistung abgerufen werden kann			
	5.9	Auspuffführung seitlich unten vor Hinterachse links			
	5.10	Automatikgetriebe mit Drehmomentwandler	Hersteller und Typ=		
	5.11	Stabilisatoren an allen Achsen so steif wie möglich um die Querneigung zu unterdrücken. Fahrzeug darf sich bei Kurvenfahrt nicht aufschaukeln und somit in einen instabilen Fahrzustand geraten.			
	5.12	Bereifung mit Matsch & Schnee Kennzeichnung (Alpine Symbol)	Reifenhersteller/Typ und Dimension=		
	5.13	Schlauchlose Reifen			
	5.14	Zwei Stück Reserveräder sind lose und pro Fahrzeug mitzuliefern. (Sollte auf der Vorderachse und Hinterachse ein unterschiedliches Profil bzw. Reifentyp verbaut sein dann sind pro Reifentyp zwei Stück mitzuliefern)			
	5.15	Die Lenkanlage muss zum Zeitpunkt der Auslieferung den einschlägigen Vorschriften der StVZO / EG- Richtlinie entsprechen			
	5.16	Linkslenker			
	5.17	Lenkrad in Höhe und Neigung verstellbar			
	5.18	Multifunktionslenkrad			
	5.19	Tempomat			
	5.20	Notlenkmöglichkeit zum Abschleppen muss vorhanden sein			
	5.21	Es darf keine Wegfahrsperre enthalten sein um bei ggf. auftretender Störung die Einsatztauglichkeit vollumfänglich gewährleisten zu können			
	5.22	Bremsanlage muss den einschlägigen Vorschriften der StVZO / EG- Richtlinie entsprechen			
	5.23	Antiblockiersystem (ABS)			
	5.24	Antischlupfregelung (ASR)			
	5.25	Komfortsitz für Fahrer und Beifahrer mit bestmöglicher Ergonomie inkl. Sitzheizung (Somit Kabinenausstattung für zwei Personen)			
	5.26	Armlehnen Fahrer- u. Beifahrersitz			
	5.27	Sicherheitsgurte 3 Punkt auf allen zwei Sitzen inkl. Gurtwarneinrichtung			
	5.28	Airbag für Fahrer und Beifahrer (inkl. Windowbag, Thorax-Pelvis-Sidebag)			
	5.29	konventionelle Rück- und Weitwinkelspiegel heizbar und elektrisch verstellbar			
	5.30	Klima-automatik/Heizung inkl. Pollenfilter			
	5.31	Frontscheibe elektrisch beheizbar inkl. Sonnenrollo gegen Blendwirkung			
	5.32	Frontscheibe aus Verbundglas, alle anderen Scheiben aus einschichtigem Sicherheitsglas			
	5.33	Scheibenwischer inkl. Regensensor			
	5.34	Alle Scheiben sind mit Geräusch und Wärmedämmung auszuführen			
	5.35	Fahrscheinwerfer LED Doppelscheinwerfer für Rechtsverkehr			
	5.36	Tagfahrlicht			
	5.37	Nebelscheinwerfer wenn möglich in LED-Ausführung	LED Ausführung: Ja/Nein		
	5.38	Seitliche Markierungsleuchten			
	5.39	Bei eingelegtem Rückwärtsgang muss eine akustische Warneinrichtung (Rückfahrwarner) vorhanden sein			
	5.40	An beiden Türen müssen Einstiegsleuchten vorhanden sein um bei Dunkelheit den Einstiegsbereich zur Unfallverhütung auszuleuchten			
	5.41	Haltegriffe für Einstieg Fahrer- u. Beifahrerseite			
	5.42	Es muss für Fahrer und Beifahrer eine Leseleuchte (in LED Ausführung) vorhanden sein			
	5.43	Es muss eine Innenraumbeleuchtung vorhanden sein. Dauerbeleuchtung sowie automatische Abschaltung mittels Türkontaktschalter muss gewährleistet werden. Zusätzlich muss die Beleuchtung eine Tag/Nachtschaltung besitzen (Tag annähernd weißes Licht, Nachts Rot. Details werden nach Auftragsvergabe abgestimmt)			
	5.44	Verkleidung im Fahrerhaus muss in dunklen Farbtönen gehalten werden und gut abwaschbar sein.			
	5.45	Fußraum muss mit rutschfesten Belag und gut abwaschbar ausgestattet sein			
	5.46	Radio mit Freisprecheinrichtung bzw. Einbindung für Mobiltelefone z.B. über Bluetooth und Carplay Einbindung			
	5.47	360 Grad Kamerasystem z.B. Birdview oder Luis. Hier muss bei eingelegtem Rückwärtsgang automatisch die Ansicht (über z.B. eine Bildschirmteilung) für die Rückfahrkamera erfolgen			
	5.48	Die komplette Fahrerkabinenausstattung (Zusatzbauten für Aufbau/Umbau Einsatzfahrzeug ausgenommen) muss in der Ausführung einer Serienfahrerkabine gleichkommen, damit die Bedienung in einem Einsatz/Stressfall erleichtert wird und die Sicherheit bei der Besatzung somit erhöht wird			
	5.49	Eine Vorrüstung/Aufnahmevorrichtung für eine universelle Tablethalterung inkl. USB 2x Typ C (min. 5A) Ladeanschluss in der Fahrerkabine muss vorhanden sein. Einzelheiten über Positionierung werden im Auftragsfall mit Auftraggeber abgestimmt			
	5.50	Crashsichere Lagerung der persönlichen Schutzausrüstung (Helm Dräger HPS 4500) und Einsatzjacke in der Kabine			
	5.51	Durchgänge Schmutzfänger an der Hinterachse			
	5.52	Kein Einbau von UDS Unfall-Daten-Schreiber			

6	Kofferaufbau Rettungswagen			
6.1	Der gesamte Kofferausbau ist in Leichtbauweise (geringstmögliches Eigengewicht der Aufbaukonstruktion ohne Einbußen der Stabilität) auszuführen.			
6.2	Der Aufbau muss mit einem seitlichen Unterfahrschutz ausgestattet sein, dieser ist mit einer Rammschutzleiste auszurüsten			
6.3	Fahrerhaus-Überbau zum optimalen Aufsetzen von Sondersignalanlagen – Formteil sofern technisch notwendig			
6.4	Maße und Raumvolumina, Rampen und Überhangwinkel müssen die DIN EN 1789 erfüllen			
6.5	Schiebefenster mit Verriegelung (lichte Maße mindestens 700mm x 270mm) in der Frontwand zum Fahrerhaus hin. Beidseitig zu öffnen.			
6.6	Abdeckrahmen für Trennwandfenster			
6.7	Schiebetür > Öffnung nach hinten <, soft-close, rechts mit Schiebefenster und Zuggriff innen und außen, inkl. Türarretierung im offenen Zustand, Lichte Öffnung der Türe B x H in mm = ca. 750 x 2100, Innenliegender Aufritt/Tritstufe, ausgeschlagen mit Alu-Duettblech, Tiefe 250mm			
6.8	2 große symmetrische Hecktüren soft-close mit Festfenster, Lichte Öffnung der Türen B x H in mm = ca. 1910 x 1785, Automatische 90°-Feststeller für die Hecktüren sowie zusätzliche Sturmhaken, Magnethalter für die Hecktüren links und rechts bei 270° Öffnung			
6.9	Edelstahlabschlussleiste am Heckholm/Querträger			
6.10	Innenmaß des Wechselkofferaufbaus: L x B x H mind. 3500x 2000 x 1900			
6.11	Wandverstärkung Wandverstärkung im Krankenraum soll mit Aluminiumblech, 2 mm Stärke, im gesamten Decken- und Wandbereich ausgekleidet werden			
6.12	Wandverkleidung Die Krankenraum-Innenverkleidung, Seitenwände, Dacheinheit sollen mit weißen Vollkunststoffplatten ausgekleidet werden. Das Material muss: wasserabweisend, desinfektionsmittelresistent, kratz- und schlagfest sein und Plattenstöße müssen mit polierten Aluminium-Profilen, alternativ mit V4A Profilen abgedeckt werden.			
6.13	Türblattverkleidungen nach Innen (Einstiegtüren und Zusatztüren) sollen mit V2A Riffelblech leicht gekörnt, verkleidet werden. Die Bleche sollen leicht abnehmbar sein und einen robusten Schlag- und Trittschutz darstellen.			
6.14	An allen seitlichen Zusatztüren die in den Verkehrsraum ragen, müssen zur zusätzlichen rückwärtigen Absicherung des Fahrzeuges, rote oder orange (vorzugsweise blinkende) LED-Kennleuchten angebracht werden, die über Türkontakt bei geöffneter Tür geschaltet werden.			
6.15	Trennwand Es soll der Einbau einer Trennwandverkleidung im Frontbereich, Farbe innen weiß, erfolgen (Trennwandfenster im Textbaustein des Koffermoduls enthalten)			
6.16	Es muss eine Geräusch- und Wärmedämmung im Übergang Patientenraum und Fahrerhaus ausgeführt werden.			
6.17	Mediboard / Edelstahl Wandeinheit zum Anbau der Medizintechnik Es soll die Montage eines Mediboards / Wandverkleidung (rechte Wand) aus Edelstahl erfolgen. Zur Aufnahme medizintechnischer Geräte wie z.B.: tragbare Absaugeinheit inkl. 12 V-Ladekonsole/Steckdose, Defibrillator inkl. Leerrohre sowie 1 x 12 V- und 1 x 230 V-Steckdose, Beatmungseinheit inkl. Anbindung an die O ² Hauptversorgung, 2 x O2 Normdose, Flowmeter/Weinmann Modul Oxygen (Inhalation) Leerrohr mit Silikon Schlauch bis ins Deckencenter, Dräger-Geräteschiene inkl. 2 x 12 V- und 1 x 230 V-Steckdose. [4x 12V + 2x 230 V] genaue Abstimmung erfolgt nach Auftragsvergabe			
6.18	Zusatztüren Eine seitliche Zusatztür, zwecks Zugang/Entnahme der Schaufeltrage, Spineboard und eines zusammenklappbaren Tragestuhls. Montage der Halterung der Schaufeltrage + Spineboard an der Türinnenseite (Einbau der Türe im Heckbereich rechts/abgehende Höhe unter Bodenniveau des Koffersystems) genaue Abstimmung erfolgt nach Auftragsvergabe			
6.19	Anmerkung an Umsetzung Türen: Alle Zusatztüren sind mit Gasdruckdämpfern auszustatten (Ausnahme der Schiebetüre), Verschlusstechnik aller Türen mit (z.B. Mercedes Benz/MAN) Originalteilen, Sicherheitsschließung durch Zweischlosstechnik, Scharniere aus Edelstahl in durchgängiger Version, Edelstahl-Schutzleisten im unteren Holmbereich der Türen (Schlagschutz). Alle Türen müssen auswechselbare Dichtungen haben, Einschüsselsystem für alle Türen, Alle geöffneten Türen sind im Fahrerhaus über eine zentrale rote LED als Verschlussanzeige anzuzeigen			
6.20	Alle Außenschränke/fächer sind mit einer Innenbeleuchtung (2Stück) in LED Technik, Schaltung über Türkontakt, auszustatten			
6.21	Es ist ein Unterbaustaufach min. 250 x 1150mm im linken, seitlichem Unterfahrschutz/Schürze zur Aufnahme für 6 kg Feuerlöscher, Bergwerkzeug etc. einzubauen. Der Verschluss ist über eine unten angeschlagene Klappe auszuführen und an die Zentralverriegelung anzubinden.			
6.22	Zentralverriegelung Die Zentralverriegelung ist auf alle Koffereinstiege und Zusatztüren zu erweitern. Die Schließbarkeit muss die ZV über Fahrer- bzw. Beifahrertüre sichergestellt werden. Ein Zusatzschalter zum Öffnen und Verschließen soll in Nähe des Seiteneinstieges eingebaut werden. (Notver- bzw. Entriegelung)			
6.23	Bodengruppe Der Boden ist als Streichfußbodenwanne auszuführen. Dabei muss dieser an den Wandungen und im Sockelbereich der Möbel ca. 60 mm hochgezogen werden. Stärke ca. 3 mm, 2 x versiegelt, Farbe: blau. Genaue Abstimmung erfolgt nach Auftragsvergabe			
6.24	Die Radkästen müssen mit Aluminium Duettblech verkleidet werden.			
6.25	Dachfenster / Fenster Es ist ein Dachfenster / Dachluke, allseitig aufstellbare und getönt lichte Maße: ca. 460mm x 460mm einzubauen. Dieses ist mit einem Kombi-Rollo (inkl. Fliegengitter) und Abdeckrahmen auszustatten.			
6.26	Rammschutz / Heckauftritt Es ist ein Heckauftritt/Rammschutz, anthrazit gepulvert, federnd gelagert (Blattfeder), Typ: ASE mit einer Tiefe von ca. 250 mm und einer Länge über die gesamte Fahrzeugbreite anzubringen. Dieser ist mit einem Spritzschutz über die gesamte Fahrzeugbreite (Heck) auszustatten.			
6.27	Tritstufe / Seiteneinstieg Es ist ein Seitenauftritt, elektrisch mit Unterflurbeleuchtung, z.B. Modell STEM unter dem Wechselkoffer bei der Seitentüre anzubringen. Anforderung: über Türkontakt geschaltet, optische Warnanzeige bei herausgefahrener Tritstufe über LED im Fahrerhaus, Frontspritzschutz am Koffereck, Einfahren der Tritstufe muss manuell möglich sein, zusätzliche Kapselung der Tritstufe, Belastbar bis 250 kg, Abmessungen mind. 630 x 240 mm			
6.28	Beleuchtung des Seiten- und des Heckeinstieges mit LED Leuchten, Schaltung über Türkontakt			
6.29	Möbelwerkstoff Möbel müssen aus hochwertigen Integralschaumplatten hergestellt werden.			
6.30	Folgenden Eigenschaften müssen erfüllt sein: leichter als Holz bei gleichzeitig höherer Festigkeit, desinfektionsmittelresistent, nicht quellend, wasserabweisend, schlagfest, kratzfest, pflegeleicht, schwingungs- und vibrationsdämmend, chemikalien- und korrosionsbeständig nach DIN EN ISO 8044, schwer entflammbar nach DIN 4102-B1, frei von FCKW und Schwermetallen, recyclingfähig, Kantenumkleimer in Blau ausgeführt.			
6.31	Trennwand-Kombination (innen vorne) Aufbau von links nach rechts:			
6.32	Großer Stauschrank, als Apothekerschrank, Aufbau bis zur Decke, Fachböden mit Schlingerleisten, oben mit Klarsichtschütten, Größen und Anzahl werde genau Abstimmt nach Auftragsvergabe			
6.33	oben daneben Ampullariumschrank, Aufbau bis zur Decke, zur Aufnahme von ca. 90 Ampullen für einreihige Ampullenleisten, der Fa. AMBU; einen Köhlschrank, Fach jeweils mit LED Beleuchtung über Türkontaktschalter.			
6.34	unten daneben 8 Stück Schubladen, davon eine als Thermobox, Genaue Abstimmung (Größe) erfolgt nach Auftragsvergabe			
6.35	unter den Notfallrucksäcken soll ein V2A Schubladenvollauszug (Tiefe 700 mm) zur Aufnahme des EKG Corpulse und den Rucksack mit dem Lukas II eingebaut werden			
6.36	Arbeitsplatte mit Klappe für Abfall und Kanülenabwurf, inklusive Schlingerleiste und Edelstahl-Verplankung, nach Absprache nach Auftragsvergabe			

		Trennwand-Kombination (Einbau hinten rechts)			
B	6.37	Verlastung Vakuummatratzenschrank, Deckenhoch zur Aufnahme von [Vakuummatratze, Ferno Schaufeltrage, Spineboard und Tragestuhl Typ Escape Chair] inkl. der Haltesysteme.			
	6.38	Kombinationshalterung für Spineboard/Rettungsbrett und Schaufeltrage an der Türinnenseite. Genaue Abstimmung erfolgt nach Auftragsvergabe			
	6.39	Montage eines Edelstahl-Blechess am Vakuummatratzenschrank im Krankenraum, Höhe des Edelstahl-Blechess: 1000 mm ab Fußbodenoberkante, je einer Airlineschiene rechts und links, zur Fixierung von Gepäck/Rollstuhl			
	6.40	Lieferung und Montage einer Krankenhaus Normschiene mit Befestigungssystem für Airlineschiene			
		O2 Heckschrank links			
	6.41	Sauerstoffflaschenschrank (Außenentnahme), Einbau: hinten links, Aufbau bis zur Decke. Im unteren Teil ist eine getönte Zugangsklappe einzusetzen, um die Druckminderer vom Patientenraum zu bedienen und zu beobachten. Der dahinter liegende Stauraum muss 2 Stück 11 Liter O2-Flaschen, 2 x 2 Liter O2-Ersatzflasche aufnehmen. Im oberen Teil ist ein Stauraum, inkl. Zwischenböden mit Schlingerleisten, mit 2 Türen einzubauen. (ohne O2-Flaschen - werden beigeestellt)			
		Deckencenter / Deckenversorgung / Aufnahmen und Fächer			
	6.42	Deckencenter / Deckenversorgungseinheit Aluminium, weiß lackiert, vorbereitet zur Aufnahme von Schaltereinheit, 1x Arztspot, O2 Normdosen, Infusionsflaschenhalter, Inkubator-Steckdose, Lüfter etc. inkl. 2 Stück Haltestangen links und rechts Länge ca. 1300 mm			
	6.43	Deckenfach im Deckencenter			
		Betreuersitze jeweils 1x links + 1x rechts			
	6.44	Betreuersitz [Dreh-Klappsitz] z.B. Firma Schierle / Aguti nach Prüfvorschrift ECE-R 14 getestet (EN 1789) Betreuersitz auf der linken Radkastenverkleidung, hohe Ausführung, Armlehne links und rechts, klappbare Sitzfläche, Rückenlehnenverstellung, integrierte Kopfstütze und integrierter Dreipunkt-Sicherheitsgurt drehbare Ausführung. Grundpositionen in Fahrtrichtung 15 + 90 Grad Drehung/Arretierung in den Patientenraum zusätzlich. Bespannung mit desinfektionsmittelresistentem Kunstleder, Farbe: blau			
	6.45	Anstelle Trennwandsitz gemäß Norm muss die Unterbringung von Lukas 3/Corpus CPR in diesem Bereich möglich sein, sodass die Entnahme (ggf. Schrankverlängerung) vom Patientenraum aus ungehindert möglich ist			
		Tragentisch / Tragenhaltesysteme / Fahrtragen			
	6.46	Ambulanztisch Hoverboard Powerbase, kurz, luftgefedert für Stryker Power Load Pro XT			
	6.47	Zentrale Bedienschalte-Leiste im Deckenversorgungszentrum, (Folientastatur mit Auffindbeleuchtung)			
B	6.48	Montage einer Fahrtrage, Fabrikat: Stryker Power Pro XT			
		Krankenraumfenster/Griffe			
	6.49	Mattierung der Krankenraumfenster 2/3-hoch mit Blindfolie			
	6.50	Tönung aller Fenster im Patientenraum inkl. des Trennwandfensters			
	6.51	Sonderfarbgebung in Abstimmung aller Griffe, Haltestangen, Schlösser, Möbelkanten, Sitzpolster, Kopfschutz und Bodenbelag in blau			
		Wärmefächer / Kühlfächer			
	6.52	Wärmefach für Infusionsbehälter mit Außentemperaturanzeige, eingebaut über der zentralen Schalteinheit, Aufnahmekapazität ca. 7 - 12 Infusionsbehälter a 500 ml, Widerstandsheizmatte auf 30° C + (Körpertemperatur) eingestellt, Einbau in ein Schubladenmodul im Trennwandschrank unten links			
	6.53	Kompressor-Kühlschrank Volumen 7 Liter / Temperatur (Festpunktbereich eingestellt auf 4Grad), Montage Medikamentenschrank, alternativ Trennwandschrank rechts über Notfallrucksäcke. Genaue Abstimmung erfolgt nach Auftragsvergabe			
		Sauerstoffsysteme			
	6.54	Sauerstoffversorgung, Verlegung gewebeverstärkter O2-Leitungen im Schutzschlauch unter den Verkleidungen, komplett inkl. Verbinder, ohne Sauerstoff-Steckdose, Verschraubungen und Überwurfsverbindungen sind abgestimmt auf Weinmann-Technik			
	6.55	Sauerstoffschnellkupplung der Firma Weinmann (Walterkupplung) Art. Nr.: WM 3799. Kupplung inkl. Schlauchverbindung zum Anschluss der Beatmungseinheit an die O2 Hauptversorgung			
	6.56	Lieferung eines ZGA Anschlußstecker mit Schlauch und Anschluß der Walterkupplung für den beigeestellten Medumat Transport auf Live Base 4 NG			
B	6.57	Wandhalterplatte für Beatmungsgerät, Anbau einer vom Auftraggeber beigeestellten Wandhalterung für eine Weinmann Beatmungsgerät Medumat Transport auf Live Base 4 NG			
	7	Medizinische Geräte			
	7.1	Absaugung			
B	7.2	Wandhalterung für Absaugpumpe, Montage einer Wandhalterung für eine tragbare Absaugpumpe Weinmann Accuvac, genaue Abstimmung erfolgt im Auftragsfall			
	7.3	Perfusoren / Dräger-Geräteschienen			
	7.4	1 Stück Dräger Norm-Geräteschiene, Länge 300 mm, z. B. zur Aufnahme von Spritzen- und Infusionspumpen, Platzierung am Mediboard.			
	7.5	EKG / Monitoring			
B	7.6	Corpus C3T + Zubehörtasche			
B	7.7	Wandhalterung für C3T, Einbau einer beigeestellten Wandhalterung. Genaue Abstimmung erfolgt im Auftragsfall			
B	7.8	Halteung für Patientenbox C3T			
	7.9	Wiederbelebung			
	7.10	Lagerung von einem Thoraxkompressionssystem			
	7.11	Hygiene			
B	7.12	Montage eines Desinfektionsmittelspender der Fa. Bode. Genaue Abstimmung erfolgt im Auftragsfall			
	7.13	Montage eines Handtuchspender Ausführung: Edelstahl			
	7.14	Montage eines Halters, Ausführung: Edelstahl für 2 Karton Einmalhandschuh			
	8	Medizinische Beladung die verlastet werden muss			
B	8.1	Rucksack PAX ROT inkl. Systemtaschen und Ampullarium			
B	8.2	Rucksack PAX Blau inkl. Systemtaschen			
B	8.3	Traumatasche PAX			
B	8.4	Kindertasche PAX			
B	8.5	Innentaschenset 10 Stk. für Kindertasche			
B	8.6	Bergtuch PAX			
B	8.7	Vakuummatratze (Schnitzler)			
B	8.8	Schaukeltrage mit Gurte (Ferno)			
B	8.9	Spineboard mit Spinne und Headblocks (Laerdal)			
B	8.10	Vakuumschiene Set (Schnitzler)			
B	8.11	FERNO KED Rettungskorsett Modell 125			
B	8.12	Rettungsboa PAX			

B	8.13	Rollboard faltbar (Schnitzler)			
B	8.14	Escape Chair			
B	8.15	Druckminderer 2x 10l Flasche			
B	8.16	Druckminderer 1x 2l Flasche mit o2 Inhalation und Anschluß Demandventil			
B	8.17	O2 Inhalation RTW Weinmann Oxyway Click			
B	8.18	BTM BOX			
B	8.19	BZ Geräte			
B	8.20	Rettungsschere			
B	8.21	Replantat Box			
B	8.22	MANV Tasche			
B	8.23	Infektionsschutztasche			
B	8.24	Braun Perfusor Space			
B	8.25	Halterung Braun Perfusor			
B	8.26	Braun ThermoScan Pro 6000			
B	8.27	Medumat Transport auf Live Base 4 NG			
	9	Allgemeine Beladung			
		Schutzkleidung und Schutzgeräte			
B	9.1	2 Stück: Warnwesten nach DIN EN 471, mit Rückenaufschrift "Feuerwehr"			
		Löschgerät			
B	9.2	1 Stück Pulverlöscher PG 6 mit Kfz-Halterung			
		Erste Hilfe Gerät			
B	9.3	1 Stück Kfz-Verbandkasten			
		Beleuchtungs- und Signalgerät			
B	9.4	2 Stück: Handlampe, Zone 1 mit Kfz-Ladestation , Montage nach Absprache.			
B	9.5	1 Stück Warndreieck gemäß StVZO			
B	9.6	1 Stück Warnleuchte gemäß StVZO			
B	9.7	1 Stück Handsuchscheinwerfer (Anschluß an Ladesteckdose) mind 70W			
		Handwerkzeug			
B	9.8	1 Stück Blackhawk Dynamic Entry Shooter Halligan Tool			
B	9.9	1 Stück Klappspaten			
B	9.10	1 Stück Bolzenschneider Länge 760mm			
		Sondergeräte			
B	9.11	1 Stück Abschleppseil			
	10	Trägerfahrzeug und Aufbauelektrik			
N	10.1	Die Ladeleistung der am Trägerfahrzeug verbauten Lichtmaschine sowie das gesamte Lademangement des Trägerfahrzeugs muss so dimensioniert sein, das alle fest am Fahrzeug verbauten und integrierten Verbraucher mit ihrer angegebenen Nennleistung vollumfänglich und ohne Einschränkung durch ggf. Abschaltung einzelner Verbraucher betrieben werden können. Eine automatische Anpassung der Leerlaufdrehzahl ist bei Bedarf zulässig. Eine Beschreibung ist erforderlich (Energiebilanz)			
	10.2	12 V-Bordnetzspannungsversorgung (12 V- Steckdosen), 4 Stück, Platzierung nach Absprache in Fahrerkabine			
	10.3	Zentralelektrik für Kofferaufbau: DIN EURO Sicherungen, separater Schaltkasten (230 V-AC- und 12 V-DC-Anlage räumlich getrennt), Aufbau nach VDE 0100, robustes Gehäuse mit großer, leicht abnehmbarer Isolationsfrontplatte, deutliche Sicherungszuordnung			
	10.4	Eloxierte Aluminiumkabelkanaltechnik, alternativ Kunststoffkabelkanaltechnik mit abnehmbaren Frontteilen für alle Kabel, Leitungen und Schlauchsysteme im Patientenraum (Leitungsverlegung unterflur)			
	10.5	Zentrale Schaltersetzung, Einarbeiten aller gesetzten Schalter in eine zusammengefasste Bedieneinheit, alle Schalter mit deutlich erkennbaren Funktionssymbolen und über Standlicht (KL 58) oestruierter Auffindbeleuchtung. Einbauort jeweils nach Absprache.			
	10.6	Schalter im Patientenraum als Kfz und Kontakt-Folienschalter, Desinfektionsgeeignet			
	10.7	Für die Stromversorgung 230 V während der Fahrt ist ein Spannungswandler einzubauen, Stromversorgung nur auf Steckdosen im Mediaboard und Deckencenter			
	10.8	Mechanischer Batterie-Hauptschalter im Bereich der Fahrzeugbatterien			
	10.9	Betriebsstundenzähler für Fahrgestell			
N	10.10	Der Nachweis für EMV, E1 ist erforderlich und das Angebot beizulegen. Einzelnachweise der verbauten Komponenten sind zulässig			
	10.11	Batterie-ladegerät zur Ladeerhaltung 12 Volt Batterie: Firma LEAB Typ: Champ Pro 1230 mit Temperatursensor			
	10.12	Motorvorwärmung 230 Volt für Kühlwasser (gegen Überhitzung gesichert)			
	10.13	2x Handscheinwerfer im Fahrerhaus inkl. Ladehalterung Ausführung: Adalit L4000			
	10.14	Suchscheinwerfer im Fahrerhaus in LED Ausführung			
	10.15	Alle Kabel und Bauteile sind zu nummerieren oder zu kennzeichnen und im Schaltplan nachvollziehbar einzupflegen zur schnellen und systematischen Fehlersuche. (schnellstmögliche Herstellung der Einsatzbereitschaft bei auftretenden Störungen)			
N	10.16	Sondersignanlage (Blaulicht) am Fahrzeugdach sowie hinten 360 Grad ums Fahrzeug gut sichtbar bei Tag und Nacht von namhaften Sondersignalanlagenhersteller mit Referenzen für Einsatzfahrzeuge Feuerwehr in Deutschland wie z.B Firma Hünsch DBS 5000 oder Hella. Ausführung hat in LED Technik zu erfolgen und muss STVZO/ICAO/EASA Anforderungen erfüllen (ggf. Umschaltbar). Eine Bestätigung der Zulassung ist erforderlich. Sollte der aus technischen Gründen nicht umschaltbar sein, ist das am Angebot zu vermerken. Das Ausschlusskriterium trifft nicht auf "Umschaltbar" zu.	Hersteller und Typenbezeichnung Sonderanlage=		
	10.17	Automatische Fahrlichtschaltung (Idealerweise Dauer oder mind. bei eingeschaltetem Blaulicht)			
	10.18	Akustische Warnanlage Fabrikat Martin, gemäß deutschem Gesetz, mit 4 Schallbechern und Schneeschutzkappen			
	10.19	Akustische Warnanlage (elektronisch) mit Stadt / Landsignal / Testtaster (Testdurchlauf)			
	10.20	Sprechereinrichtung für Durchsagen nach Außen (vorne und hinten)			
	10.21	mindestens 2 St. Frontblitzer (Straßenräumer) vorne z.B. Fabrikat Hünsch Sputnik Hybrid in Frontpartie integriert mit Abstrahlfunktion Kreuzungsbereich (z.B umgesetzt mit zusätzlichen Intersection-Lights)	Hersteller =		
	10.22	Zusatzschalter (Fußschalter) für Sondersignalauslösung (Dauerdurchlauf Ein/Aus) im Fußbodenbereich des Fahrers (Bereich auf dem Radkasten) - bei eingelegter Handbremse deaktiviert			
N	10.23	Umfeldbeleuchtung LED um gesamtes Umfeld des Rettungswagens gut auszuleuchten. Hier ist eine technische Zeichnung inkl. Lumenangaben mit dem Angebot einzureichen. Favourisiert wird ein Einbau der Umfeldbeleuchtung im Kofferaufbau eingearbeitet, Anbau von 8 Stück Arbeitsscheinwerfern, (3 x rechts in LED, 3 x links in LED, 2 x Heck in LED) exakter Einbauort nach Absprache, schaltbar im Fahrerhaus, Funktion über Standlicht und angezogener Handbremse, Aufschaltung über Einsatzstellentaster, optische Anzeige am Armaturen Brett bei gelöster Handbremse. Genaue Abstimmung erfolgt im Auftragsfall			

N	10.24	Rundumkennleuchten gelb sind anzubringen, separate Zuschaltung. Rundumkennleuchte muss STVZO/ICAO/EASA Konform Typ C sein (ggf. Umschaltbar). Eine Bestätigung der Zulassung erforderlich. Rundumkennleuchte Gelb muss bei Blaulicht ausgeschaltet werden. Beide Funktionen auf einmal sind nicht zulässig			
B	10.25	Vorrüstung zum Verbau eines Transmitters, beige stellt wird die Befestigungsplatte und das Anschlusskabel, angesteuert wird der Transmitter über den Schalter RKL Gelb bzw. Blau, Transmitter muss bei Gelblight und bei Blaulicht senden und muss separat mit 3 A abgesichert sein. Transmitter Antenne/Sender wird durch Flughafen München nach Lieferung der Fahrzeugs selbst auf Befestigungsplatte montiert. Anschlusspläne werden von Flughafen München bereitgestellt, siehe Anlage 2 - Anschluss Transmitter			
B	10.26	Einbau eines Tankdatensenders für Diesel nach Flughafen München Vorgaben (Sender und Einbauanleitung werden beige stellt). Die Technischen Daten werden in Anlage 3 - Anschluss Tankdatensender beschrieben			
	10.27	Netzanschlussteckdose DEFA Anschlusset 230V Fa. WAECO Einbau der DEFA Gerätesteckdose hinter die linke B-Säule des Fahrerhauses und Verkabelung mit der 230V-Anlage des Pat.-Raumes, Absicherung der 230V-Anlage: 16A, (Rettbox S) automatisches Auswerfen > Ansteuerung bei Zündung ein			
	10.28	Geräteräume müssen mit LED Leuchten gut und blendfrei ausgeleuchtet werden			
		Beleuchtung / Lichtanlage Innen			
		Deckenbeleuchtung im Krankenraum, LED-Deckenleuchten in ausreichender Leuchtstärke, Dimmbar, versenkt Einbau, schaltbar von der zentralen Schaltereinheit. Die Kaltlichtstrahler sollen extrem energiesparend und eine helle, schattenfreie Krankenraum-Ausleuchtung sicherstellen.			
		Blue-Line Notbeleuchtung über Türkontakt geschaltet und auch von der Zentralen Schaltereinheit als Traumauchte zuschaltbar			
		Zusatzschalter für die Decken-Innenbeleuchtung Positionierung: an Seiteneintritt und Heckeintritt (Folientastatur mit Auffindbeleuchtung)			
		Deckenlüfter, Be- und Entlüfter für An- und Absaugbetrieb, mit LED Notleuchte, schaltbar über die zentrale Schaltereinheit in der Deckenkonsole			
		Decken-Spotleuchte, Einbau einer schwenkbar gelagerten Halogen-Decken-Spotleuchte, schaltbar über die zentrale Schaltereinheit, Platzierung: 3 x in der Deckenkonsole			
	11	Elektrische Absicherung für das gesamte Fahrzeug			
	11.1	Alle Sicherungen sind soweit wie möglich als Sicherungsautomaten auszuführen und gut sichtbar zu kennzeichnen gemäß Schaltplan (schnellstmögliche Herstellung der Einsatzbereitschaft bei auftretenden Störungen)			
	11.2	Es muss ein FI Schutzschalter gemäß gesetzlicher Vorgaben VDE gut zugänglich verbaut werden			
	11.3	Kabelverlegung muss dem Stand der Technik entsprechen			
	11.4	Schutzart mindestens IP 64 für den kompletten Aufbau			
	11.5	Die Unterschiedlichen Netzspannungen müssen im Sinne des Arbeitsschutzes/Unfallverhütung eindeutig ersichtlich voneinander getrennt (bestenfalls räumlich soweit technisch möglich) werden			
	12	Funkausstattung			
B	12.1	1 Stück Sepura SRG3900 bzw. SCG22 mit HBC 3 im Führerhaus und im Patientenraum			
B	12.2	1 Stück Motorola GM 350 mit Bedienteil und Hörer Funk 75 im Führerhaus			
B	12.3	1 Stück Motorola MTM 5500 mit Bedienhandapparat im Führerhaus			
B	12.4	2 Stück SC 20 mit Kfz-Ladeschale			
B	12.5	2 Stück Motorola MTP 850 mit Kfz-Ladeschale			
B	12.6	BSI Kartenleser für BOS Digitalfunk			
	12.7	Tetra Navi Columbus			
	12.8	Separate Lautsprecher für jeden Funkkreis			
	12.9	Funkhauptschalter für alle fest eingebauten Funkgeräte mit Zeitrelais (Einstellung Zeitrelais erfolgt bei Rohbaubesprechung)			
	12.10	Für die Funkanlage müssen geeignete Antennen mit erforderlicher Entkopplung verbaut werden			
	13	Dokumentation			
	13.1	Die vollständige Dokumentation ist zur letzten Leistungsfeststellung vor Auslieferung und Fertigstellung im Werk zur Prüfung an die Flughafen München und im Deutsche Sprache zu übergeben			
	13.2	Die nachfolgend beschriebene Dokumentation ist digital mitzuliefern			
	13.3	Zusätzlich ist die Dokumentation in 1-facher Ausfertigung in Form von Handbüchern (Ausgabe Deutsch, DIN A4-Einlagen, Loseblattsysteem) Zeichnungen und Pläne nach CAD, mitzuliefern			
		Inhalt			
		Gerätebeschreibung / Spezifikation - Einsatzbedingungen			
	13.4	- Technische Daten inkl. Gewichtsangaben, Abmessungen usw.			
	13.5	- Funktionsgruppenbeschreibung (Teilbeschreibung der einzelnen Baugruppen wie z.B. Kofferaufbau, Funktionseinbauten, Trägerfahrzeug usw.)			
	13.6	- Gefährdungsbeurteilung für das Gesamtfahrzeug (für Servicearbeiten sowie die Bedienung)			
		Bedienungsanleitung:			
	13.7	- Bedienungsanleitung ausführlich mit Fehler-Diagnosehilfe vom Gesamtfahrzeug inkl. Kurzanleitung Bergen / Abschleppen sowie Lage der möglichen Anschlag- Hebepunkte			
	13.8	- Kurzbedienungsanleitung für Fahrer mit Fehler-Diagnosehilfe inkl. Kurzanleitung Notbetrieb			
	13.9	- Sicherheits- und Warnhinweise vom Gesamtfahrzeug			
		Instandhaltungsanweisung:			
	13.10	- Angaben der Wartungsintervalle und die dazugehörigen Wartungsinhalte in einer Matrix nach Laufleistung gegliedert für Aufbau und Fahrgestell			
	13.11	- Schmierplan			
	13.12	- Störungsbeseitigung			
	13.13	- Zusätzliches Datenblatt über das Gesamtfahrzeug mit folgenden Inhalten: Liste mit allen verbauten Filtern, allen Betriebsstoffen mit Angabe der Menge und Spezifikation, allen Seriennummern der verbauten Aggregate (Motornummer, Getriebenummer, Achsnummer usw.)			
	13.14	- Richtzeiten für Wartungsarbeiten und den Tausch von gängigen Komponenten zur Kostenplanung (Ermittlung Total Life Kosten)			
	13.15	- Vollständige Reparatur- und Wartungshandbücher von Aufbau und Fahrgestell (Alle nötigen Wartungstätigkeiten für das Gesamtfahrzeug müssen enthalten sein) als PDF. Nur wenn kein MAN oder Mercedes Trägerfahrzeug angeboten wird			
		Baugruppenverzeichnis:			
	13.16	- Technische Beschreibung der Baugruppen für das technische Werkstattpersonal			
		Zeichnungen und Pläne von Aufbau und Fahrgestell:			
	13.17	- Gesamtansicht mit Vermessung			
	13.18	- Teilansichten mit Vermessung			
	13.19	- Stromlaufpläne mit Stücklisten			

13.20	- Hydraulikschaltpläne mit Stücklisten			
13.21	- Pneumatikschaltpläne mit Stücklisten			
	Prüfungs- / Zulassungsunterlagen			
13.22	- Konformitätserklärung			
13.23	- ggfs. Baumusterprüfung, Gutachten			
	Ersatzteilkatalog in Papierformat DIN A4 und auf Datenträger USB-Stick			
13.24	- Ersatzteillisten aller Komponenten des Gesamtfahrzeugs			
13.25	- Ersatzteillisten mit Zeichnungen und Beschreibung der Normteile sowie Angabe der Original-Herstellernummer			
	Standardsoftware und Dateiformate der Flughafen München:			
	Dateien	Software		Formate
13.26	CAD-Pläne mit Auto CAD	AutoCAD		pdf
13.27	CAD-Hydraulikschaltpläne	AutoCAD		pdf
13.28	CAD-Pneumatikschaltpläne	AutoCAD		pdf
13.29	CAD-Elektroschaltpläne	AutoCAD		pdf
13.30	Textdokumente (z.B. Anlagenbeschreibungen, Baubeschreibungen, Berechnungen etc.)	Word		pdf oder docx
13.31	Tabellen (z.B. Ersatzteillisten, Attributlisten etc.)	Excel		pdf oder xlsx
14	Projektabwicklung und Leistungsfeststellung			
14.1	1. Baubesprechung nach Auftragserteilung im Werk, alternativ kann dieses auch mit Abstimmung der Projektleitung der Flughafen München GmbH per TEAMS online erfolgen (Detailbesprechung wie gebaut/gefertigt wird)			
14.2	Leistungsfeststellung am Produktionsstandort vor Auslieferung bei ca. 80 Prozent Fertigstellung			
14.3	Der Baufortschritt wird der Projektleitung der Flughafen München GmbH in regelmäßigen Abständen (genauer zeitlicher Rahmen erfolgt bei 1. Baubesprechung) als Bildmaterial per Mail übermittelt			
14.4	Nach Auftragserteilung ist dem Auftraggeber spätestens nach 4 Wochen ein Fertigungsterminplan mit detaillierten Fertigungsablaufplan auszuhändigen (Darstellung des Fertigungsterminplanes inkl. Angaben Ortsangaben wo die Fertigung stattfindet)			

mindestens diese Felder sind durch den Bieter auszufüllen

ABSCHNITT 1: Bezeichnung des Stoffs beziehungsweise des Gemischs und des Unternehmens**1.1. Produktidentifikator**

Produktbezeichnung **Pergrip™ Run KF**

Reiner Stoff/Gemisch Gemisch

1.2. Relevante identifizierte Verwendungen des Stoffs oder Gemischs und Verwendungen, von denen abgeraten wird

Einsatzgebiet Tau-mittel

Verwendungen, von denen
abgeraten wird Nicht identifiziert.

1.3. Einzelheiten zum Lieferanten, der das Sicherheitsdatenblatt bereitstellt**Lieferant**

Perstorp Specialty Chemicals AB
SE-284 80 Perstorp, Sweden
Tel. +46 435 380 00
www.perstorp.com

Perstorp Specialty Fluids AB
Box 597
SE-201 05 Malmö, Sweden
Tel +46 435 38000

E-Mail-Adresse productinfo@perstorp.com

1.4. Notrufnummer

Europa (+)1 760 476 3961 (contract no: 334101)

ABSCHNITT 2: Mögliche Gefahren**2.1. Einstufung des Stoffs oder Gemischs****Einstufung gemäß Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 [CLP]**

Dieses Gemisch ist als nicht gefährlich eingestuft im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 [CLP]

2.2. Kennzeichnungselemente

Dieses Gemisch ist als nicht gefährlich eingestuft im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 [CLP]

Symbole/Piktogramme

Nicht zutreffend

Signalwort

Keine

Gefahrenhinweise

Nicht zutreffend

Sicherheitshinweise

Nicht zutreffend

2.3. Sonstige Gefahren

Längerer oder wiederholter Kontakt kann zu trockener und gereizter Haut führen

Die Bestandteile dieser Formulierung erfüllen nicht die Kriterien für die Einstufung als PBT- oder vPvB-Stoff

Dieses Produkt enthält keine bekannten oder vermuteten endokrinen Disruptoren

ABSCHNITT 3: Zusammensetzung / Angaben zu Bestandteilen

3.1 Stoffe

Nicht zutreffend

3.2 Gemische

Chemische Bezeichnung	EG-Nr:	REACH-Registrierungsnummer	Gewicht-%	Einstufung gemäß Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 [CLP]	Spezifischer Konzentrationsgrenzwert (SCL):	M-Faktor	M-Faktor (langfristig)
Kaliumformiat 'CAS #:' 590-29-4	209-677-9	01-2119486456-26	~50	[A]	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar	Keine Daten verfügbar

Einstufung gemäß Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 [CLP] - Hinweise

[A] - Nicht eingestuft, Daten sind beweiskräftig, aber nicht ausreichend für eine Einstufung

Wortlaut der H- und EUH-Sätze siehe unter Abschnitt 16

Schätzung der akuten Toxizität

Wenn keine LD50/LC50-Daten verfügbar sind oder nicht der Klassifizierungskategorie entsprechen, wird der entsprechende Umrechnungswert aus CLP-Anhang I, Tabelle 3.1.2 verwendet, um den Schätzwert Akuter Toxizität (ATEmix) zur Einstufung eines Gemisches anhand seiner Komponenten zu berechnen

Chemische Bezeichnung	Orale LD50 mg/kg	Dermale LD50 mg/kg	Einatmen LC50 - 4 h - Staub/Nebel - mg/l	Einatmen LC50 - 4 h - Dampf - mg/l	Einatmen LC50 - 4 h - Gas - ppm
Kaliumformiat 'CAS #:' 590-29-4	5500	5001	-	-	Nicht zutreffend

Dieses Produkt enthält keine besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC) der Kandidatenliste in einer Konzentration von $\geq 0,1\%$ (Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (REACH), Artikel 59)

ABSCHNITT 4: Erste-Hilfe-Maßnahmen

4.1 Beschreibung der Erste-Hilfe-Maßnahmen

Einatmen	Erste-Hilfe-Maßnahmen nicht erforderlich, aber gehen Sie für Ihr persönliches Wohlbefinden an die frische Luft.
Hautkontakt	Umgehende medizinische Behandlung ist nicht erforderlich. Mit viel Wasser und Seife waschen.
Augenkontakt	Mit reichlich Wasser abwaschen. Bei bleibenden Symptomen einen Arzt hinzuziehen.
Verschlucken	Mund mit Wasser ausspülen und danach viel Wasser trinken. Suchen Sie einen Arzt auf, falls eine große Menge aufgenommen wurde oder Sie sich unwohl fühlen.
Selbstschutz des Ersthelfers	Nicht zutreffend.

4.2. Wichtigste akute und verzögert auftretende Symptome und Wirkungen

Symptome	Keine bekannt.
-----------------	----------------

4.3. Hinweise auf ärztliche Soforthilfe oder Spezialbehandlung

Hinweis an den Arzt Symptomatische Behandlung.

ABSCHNITT 5: Maßnahmen zur Brandbekämpfung

5.1. Löschmittel

Geeignete Löschmittel Nicht brennbar. Für Umgebungsbrand geeignetes Löschmittel verwenden.

Ungeeignete Löschmittel Nicht zutreffend.

5.2. Besondere vom Stoff oder Gemisch ausgehende Gefahren

Keine besonderen.

5.3. Hinweise für die Brandbekämpfung

Spezielle Schutzausrüstung und
Vorsichtsmaßnahmen für zur
Brandbekämpfung Es ist keine besondere Schutzausrüstung erforderlich.

ABSCHNITT 6: Maßnahmen bei unbeabsichtigter Freisetzung

6.1. Personenbezogene Vorsichtsmaßnahmen, Schutzausrüstungen und in Notfällen anzuwendende Verfahren

Personenbezogene
Vorsichtsmaßnahmen Den betroffenen Bereich belüften. Leckage stoppen, sofern dies gefahrlos möglich ist.

6.2. Umweltschutzmaßnahmen

Umweltschutzmaßnahmen Dieser Stoff darf nicht in der Kanalisation, im Erdreich oder in Gewässern entsorgt werden. Weitere Angaben zur Ökologie im Abschnitt 12.

6.3. Methoden und Material für Rückhaltung und Reinigung

Methoden für Rückhaltung
Kleine Mengen an Verschüttetem Mit Erde, Sand oder anderem nicht brennbarem Material aufsaugen und zur späteren Entsorgung in Behälter füllen
Große verschüttete Mengen Pumpen Sie das Produkt in einen entsprechend gekennzeichneten Ersatzbehälter.

Verfahren zur Reinigung Mit viel Wasser verdünnen. Kontaminierte Oberfläche gründlich reinigen.

6.4. Verweis auf andere Abschnitte

Verweis auf andere Abschnitte Weitere Informationen finden Sie in Abschnitt 7,8,13.

ABSCHNITT 7: Handhabung und Lagerung

7.1. Schutzmaßnahmen zur sicheren Handhabung

Hinweise zum sicheren Umgang Vorgeschriebene persönliche Schutzausrüstung verwenden. Berührung mit den Augen und der Haut vermeiden.

Allgemeine Hygienevorschriften Mit einer guten Arbeitshygiene und Sicherheitstechnik handhaben. Kontaminierte Kleidung ausziehen und vor erneutem Tragen waschen.

7.2. Bedingungen zur sicheren Lagerung unter Berücksichtigung von Unverträglichkeiten

Lagerbedingungen	Gut verschlossen halten und an einem trockenen und kühlen Ort lagern. Von Hitze fernhalten. Vor Sonnenbestrahlung schützen. Nicht aufbewahren bei Temperaturen unter -50 °C.
Geeignetes Material für Behälter/Anlagen	rostfreier Stahl.
Ung geeignetes Material für Behälter/Anlagen	Zink.

7.3. Spezifische Endanwendungen

Risikomanagementmaßnahmen (RMM)	Informationen hierzu stehen im aktuellen Sicherheitsdatenblatt zur Verfügung.
--	---

Section 8 - EU - Germany

8.1. Zu überwachende Parameter

Expositionsgrenzen

Halten Sie die persönlichen Expositionswerte unter dem DNEL-Wert (Derived No Effect Level) sowie unter den nationalen Expositionsgrenzwerten (falls vorhanden).

Abgeleitete Expositionshöhe ohne Beeinträchtigung (Derived No Effect Level) - Arbeiter

Kaliumformiat (590-29-4)			
Typ	Expositionsweg	DNEL	Bemerkungen
Akute Wirkungen, systemisch	Einatmen	-	Keine Gefahr identifiziert
Chronische Wirkungen, systemisch	Einatmen	43.55	mg/m ³
Akute Wirkungen, systemisch	Dermal	-	Keine Gefahr identifiziert
Chronische Wirkungen, systemisch	Dermal	12.35	mg/kg Körpergewicht/Tag

Abgeleitete Expositionshöhe ohne Beeinträchtigung (Derived No Effect Level) - Verbraucher

Kaliumformiat (590-29-4)			
Typ	Expositionsweg	DNEL	Bemerkungen
Chronische Wirkungen, systemisch	Oral	6.175	mg/kg Körpergewicht/Tag
Akute Wirkungen, systemisch	Einatmen	-	Keine Gefahr identifiziert
Chronische Wirkungen, systemisch	Einatmen	10.74	mg/m ³
Akute Wirkungen, systemisch	Dermal	-	Keine Gefahr identifiziert
Chronische Wirkungen, systemisch	Dermal	6.175	mg/kg Körpergewicht/Tag

Abgeschätzte

Nicht-Effekt-Konzentration (PNEC, predicted no effect concentration)

Kaliumformiat (590-29-4)		
Umweltkompartiment	Abgeschätzte Nicht-Effekt-Konzentration (PNEC, predicted no effect concentration)	Bemerkungen
Süßwasser	2	mg/l
Süßwassersediment	13.4	mg/kg Trockengewicht
Meerwasser	0.2	mg/l
Meerwassersediment	1.34	mg/kg Trockengewicht
Auswirkung auf Abwasserbehandlung	1.8	mg/l
Boden	1.5	mg/kg Trockengewicht
Luft	-	Keine Gefahr identifiziert

8.2. Begrenzung und Überwachung der Exposition

Geeignete technische Steuerungseinrichtungen

Für angemessene Belüftung sorgen, vor allem in geschlossenen Räumen.

Individuelle Schutzmaßnahmen, zum Beispiel persönliche SchutzausrüstungAugen-/Gesichtsschutz
HandschutzSchutzbrille mit Seitenschild (oder Schutzbrille) tragen.
Schutzhandschuhe tragen. Butyl-Kautschuk. Chloroprenkautschuk. Nitrilkautschuk.
Sicherstellen, dass die Durchbruchzeit des Handschuhmaterials nicht überschritten wird.
Informationen des Lieferanten zur Durchbruchzeit für die spezifischen Handschuhe verwenden.Haut- und Körperschutz
AtemschutzEs sind keine speziellen technischen Schutzmaßnahmen erforderlich.
Unter normalen Verwendungsbedingungen keine bekannt.**Begrenzung und Überwachung der Umweltexposition**

Keine Daten verfügbar.

ABSCHNITT 9: Physikalische und chemische Eigenschaften**9.1. Angaben zu den grundlegenden physikalischen und chemischen Eigenschaften**

Physikalischer Zustand	Flüssigkeit	
Farbe	klar, hellgelb	
Geruch	schwach, charakteristisch	
Geruchsschwelle	Es liegen keine Informationen vor	
Eigenschaft	Werte	Bemerkungen • Methode
Schmelzpunkt / Gefrierpunkt	<= - 60 °C	
Siedepunkt / Siedebereich	> 100 °C	
Entzündbarkeit (fest, gasförmig)		Nicht zutreffend
Explosionsgrenzen		
Obere Explosionsgrenze		Nicht zutreffend
Untere Explosionsgrenze		Nicht zutreffend
Flammpunkt		Nicht zutreffend
Selbstentzündungstemperatur		Nicht zutreffend
Zersetzungstemperatur		Nicht bestimmt
pH-Wert	9-11	@ 20 °C
Viskosität, kinematisch		Es liegen keine Informationen vor
Dynamische Viskosität		Es liegen keine Informationen vor
Explosive Eigenschaften		Nicht explosiv.
Brandfördernde Eigenschaften		Nicht oxidierend.
Wasserlöslichkeit		vollständig löslich
Löslichkeit(en)		Es liegen keine Informationen vor
Verteilungskoeffizient		Weitere Angaben zur Ökologie im Abschnitt 12
Dampfdruck		Es liegen keine Informationen vor
Dampfdichte		Es liegen keine Informationen vor
Relative Dichte		Es liegen keine Informationen vor
Dichte	1,30 – 1,38 g/cm ³	
Schüttdichte		Es liegen keine Informationen vor
Partikeleigenschaften		Es liegen keine Informationen vor

9.2.1. Angaben zu physikalischen Gefahrenklassen

Explosive Stoffe	Nicht zutreffend
Entzündbare Gase	Nicht zutreffend
Aerosole	Nicht zutreffend
Oxidierende Gase	Nicht zutreffend
Gase unter Druck	Nicht zutreffend
Entzündbare Feststoffe	
Verbrennungsrate	Nicht zutreffend
Selbstzersetzliche Stoffe und Gemische	Nicht zutreffend
Pyrophore Flüssigkeiten	Nicht zutreffend

Pyrophore Feststoffe	Nicht zutreffend
Selbsterhitzungsfähige Stoffe und Gemische	Nicht zutreffend
Oxidierende Flüssigkeiten	Nicht zutreffend
Oxidierende Feststoffe	Nicht zutreffend
Brandfördernde Eigenschaften	
Organische Peroxide	Nicht zutreffend
Desensibilisierte explosive Stoffe	Nicht zutreffend

9.2.2. Andere Sicherheitsmerkmale

Verdampfungsgeschwindigkeit Es liegen keine Informationen vor

ABSCHNITT 10: Stabilität und Reaktivität

10.1. Reaktivität

Reaktivität Es gibt keine spezifischen Testdaten für dieses Produkt. Weitere Informationen sind den nachfolgenden Unterabschnitten dieses Kapitels zu entnehmen.

10.2. Chemische Stabilität

Stabilität Unter normalen Bedingungen stabil.

10.3. Möglichkeit gefährlicher Reaktionen

Möglichkeit gefährlicher Reaktionen Keine bei normaler Verarbeitung.

10.4. Zu vermeidende Bedingungen

Zu vermeidende Bedingungen Unter normalen Verwendungsbedingungen keine bekannt.

10.5. Unverträgliche Materialien

Unverträgliche Materialien Starke Säuren. Starke Laugen. Oxidierende Gefahrstoffe.

10.6. Gefährliche Zersetzungsprodukte

Gefährliche Zersetzungsprodukte Thermische Zersetzung kann reizende und giftige Gase und Dämpfe freisetzen.

ABSCHNITT 11: Toxikologische Angaben

11.1. Angaben zu Gefahrenklassen gemäß Verordnung (EG) Nr. 1272/2008

Angaben zu wahrscheinlichen Expositionswegen

Dermal.

Symptome im Zusammenhang mit den physikalischen, chemischen und toxikologischen Eigenschaften

Wichtigste akute und verzögert auftretende Symptome und Wirkungen Keine bekannt.

Toxizitätskennzahl

Akute Toxizität Produkt stellt laut bekannten oder zur Verfügung gestellten Informationen keine Gefahr in der Form einer akuten Toxizität dar.

ATEmix (oral)	11,000.00 mg/kg
ATEmix (dermal)	10,002.00 mg/kg
Akute orale Toxizität	0 Prozent des Gemisches bestehen aus einem oder mehreren Bestandteilen unbekannter akuter oraler Toxizität
Akute dermale Toxizität	0 Prozent des Gemisches bestehen aus einem oder mehreren Bestandteilen unbekannter akuter dermaler Toxizität

Akute inhalative Toxizität -
dämpfe
Akute inhalative Toxizität -
Staub/Nebel

50 Prozent des Gemisches bestehen aus einem oder mehreren Bestandteilen
unbekannter akuter inhalativer Toxizität (Dampf)
50 Prozent des Gemisches bestehen aus einem oder mehreren Bestandteilen
unbekannter akuter inhalativer Toxizität (Staub/Nebel)

Produktinformationen				
Methode	Spezies	Expositionsweg	Effektive Dosis	Bemerkungen
OECD-Test-Nr. 401: Akute orale Toxizität	Ratte	Oral	>2000	LD0 mg/kg

Kaliumformiat (590-29-4)				
Methode	Spezies	Expositionsweg	Effektive Dosis	Bemerkungen
OECD-Test-Nr. 420: Akute orale Toxizität - Festdosis-Methode	Maus	Oral	5500	LD50 (lethal dose, letale Dosis) mg/kg
OECD-Test-Nr. 402: Akute dermale Toxizität	Ratte	Dermal	>2000	LD50 (lethal dose, letale Dosis) mg/kg Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
EPA OTS 798.1150	Ratte	Einatmen	>0.67	LC0/4h mg/l Maximal erreichbare Konzentration Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)

Ätz-/Reizwirkung auf die Haut Längerer oder wiederholter Kontakt kann zu trockener und gereizter Haut führen.

Kaliumformiat (590-29-4)			
Methode	Spezies	Expositionsweg	Ergebnisse:
OECD-Test-Nr. 404: Akute dermale Reizung/Ätzung	Kaninchen	Dermal	Nicht reizend Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)

Schwere Augenschädigung/Augenreizung Nicht reizend.

Kaliumformiat (590-29-4)			
Methode	Spezies	Expositionsweg	Ergebnisse:
OECD-Test-Nr. 405: Akute Augenreizung/Ätzung	Kaninchen	Augen	Nicht reizend Gemäß GHS-Kriterien besteht keine Einstufung. Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)

Sensibilisierung der Atemwege oder der Haut Anhand der Angaben für die Komponenten: Kein Hautallergen.

Kaliumformiat (590-29-4)			
Methode	Spezies	Expositionsweg	Ergebnisse:
OECD-Test-Nr. 406: Sensibilisierung der Haut	Meerschweinchen	Haut	Kein Hautallergen Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)

Keimzell-Mutagenität Anhand der Angaben für die Komponenten: Nicht mutagen.

Kaliumformiat (590-29-4)		
Methode	Spezies	Ergebnisse:
OECD-Test-Nr. 471: Rückmutationstest unter Verwendung von Bakterien	in-vitro	Negativ Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
OECD-Test-Nr. 473: In-vitro-Test auf	in-vitro	Negativ Read-Across von

Chromosomenaberrationen in Säugetierzellen		Trägersubstanz (Strukturanaloge)
OECD-Test-Nr. 476: Mutagenität - In-vitro-Test auf Chromosomenaberrationen in Säugetierzellen	in-vitro	Negativ Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
OECD-Test-Nr. 477: Genetische Toxikologie: Test zur Erfassung geschlechtsgebundener rezessiver Letalmutationen an Drosophila melanogaster	in vivo	Negativ Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)

Karzinogenität Da sämtliche in-vitro- Mutagenitätsuntersuchungen negativ sind gibt es keine Anzeichen für krebserregendes Potential.

Reproduktionstoxizität Anhand der Angaben für die Komponenten: Gilt nicht als fortpflanzungsorganschädigend.

Kaliumformiat (590-29-4)				
Methode	Spezies	Expositionsweg	Effektive Dosis	Bemerkungen
OECD-Test-Nr. 416: Zweigenerationenstudie zur Prüfung auf Reproduktionstoxizität	Ratte	Oral	1292	NOAEL mg/kg Körpergewicht/Tag (P) Auswirkungen auf die Fortpflanzung Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
OECD-Test-Nr. 416: Zweigenerationenstudie zur Prüfung auf Reproduktionstoxizität	Ratte	Oral	1292	NOAEL mg/kg Körpergewicht/Tag (F1) Auswirkungen auf die Entwicklung Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
OECD-Test-Nr. 414: Studie zur Prüfung auf pränatale Entwicklungstoxizität	Kaninchen	Oral	1292	NOAEL mg/kg Körpergewicht/Tag Entwicklungstoxizität Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
OECD-Test-Nr. 414: Studie zur Prüfung auf pränatale Entwicklungstoxizität	Kaninchen	Oral	1292	NOAEL mg/kg Körpergewicht/Tag Teratogenität Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)

STOT - einmaliger Exposition Unter normalen Verwendungsbedingungen keine bekannten Auswirkungen

STOT - wiederholter Exposition

Kaliumformiat (590-29-4)				
Methode	Spezies	Expositionsweg	Effektive Dosis	Bemerkungen
OECD-Test-Nr. 408: 90-Tage-Toxizitätsstudie bei Wiederholter Oraler Verabreichung an Nagetieren	Ratte	Oral	3877	NOAEL mg/kg Körpergewicht/Tag Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)

Aspirationsgefahr Es liegen keine Informationen vor.

11.2. Informationen zu anderen Gefahren

11.2.1. Endokrin disruptive Eigenschaften

Endokrin disruptive Eigenschaften Dieses Produkt enthält keine bekannten oder vermuteten endokrinen Disruptoren.

11.2.2. Sonstige Angaben

Andere schädliche Wirkungen Es liegen keine Informationen vor.

ABSCHNITT 12: Umweltbezogene Angaben

12.1. Toxizität

Geringe Toxizität für Wasserorganismen.

Enthält 0 % Bestandteile mit unbekannter Gewässergefährdung

Produktinformationen					
Methode	Spezies	Expositionsweg	Effektive Dosis	Expositionszeit	Bemerkungen
OECD-Test-Nr. 203: akute Toxizität für Fische	Brachydanio rerio Danio rerio	Süßwasser	2800	96h	LD50 (lethal dose, letale Dosis) mg/l
OECD Test No. 202: Daphnia sp. Acute Immobilization Test	Daphnia magna	Süßwasser	2000	48h	EC50 (effektive Konzentration) mg/l
OECD-Test-Nr. 201: Wachstumshemmtest mit Süßwasseralgen und Cyanobakterien	Scenedesmus subspicatus	Süßwasser	5200	72h	IC50 mg/l
ISO 11348-2	Toxizität bei Bakterien	Süßwasser	3500	30 min	EC50 (effektive Konzentration) mg/l

Kaliumformiat (590-29-4)					
Methode	Spezies	Expositionsweg	Effektive Dosis	Expositionszeit	Bemerkungen
OECD-Test-Nr. 203: akute Toxizität für Fische	Oncorhynchus mykiss (Regenbogenforelle)	Süßwasser	3500	96h	LC50 (Lethal Concentration, letale Konzentration) mg/l
Unbekannt	Daphnia magna	Süßwasser	>1000	48h	EC50 (effektive Konzentration) mg/l Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
Unbekannt	Daphnia magna	Süßwasser	120	48h	NOEC mg/l Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
OECD-Test-Nr. 211: Daphnien-Reproduktionstest	Daphnia magna	Süßwasser	>100	21d	NOEC mg/l Read-Across von Trägersubstanz (Strukturanaloge)
ISO 10253	Skeletonema costatum	Meerwasser	3700	72h	EC50 (effektive Konzentration) mg/l

12.2. Persistenz und Abbaubarkeit

Anhand der Angaben für die Komponenten: Leicht biologisch abbaubar.

Methode	Wert	Expositionszeit	Bemerkungen
DIN 38409-H41 Chemischer Sauerstoffbedarf (CSB)	109	-	mg O2/g
DIN 1899-1 Biochemischer Sauerstoffbedarf (BSB)	9.55	5d	mg O2/g
OECD-Test-Nr. 301F: Leichte biologische Abbaubarkeit: Manometrischer Respirationstest (TG 301 F)	83.7	28d	Leicht biologisch abbaubar

Kaliumformiat (590-29-4)			
Methode	Wert	Expositionszeit	Ergebnisse:

OECD-Test-Nr. 301D: Leichte biologische Abbaubarkeit: Geschlossener Flaschentest (TG 301 D)	92%	28d	Leicht biologisch abbaubar
OECD-Test-Nr. 306: Biologische Abbaubarkeit in Meerwasser	71.3%	28d	Leicht biologisch abbaubar
DIN EN 1899 BSB (Biochemical Oxygen Demand, biochemischer Sauerstoffbedarf)	3175	5d	mgO ₂ /l

12.3. Bioakkumulationspotenzial

Auf Grundlage der Verteilungskoeffizienten der Inhaltsstoffe ist nicht zu erwarten, dass eine Bioakkumulation in Organismen stattfindet.

Chemische Bezeichnung	Verteilungskoeffizient	Biokonzentrationsfaktor (BCF)
Kaliumformiat	-2.0	

12.4. Mobilität im Boden

Es ist nicht zu erwarten, dass das Produkt Schwebestoffe und Sedimente auf Basis von log Pow in hohem Maße adsorbiert.

12.5. Ergebnisse der PBT- und vPvB-Beurteilung

Die Bestandteile dieser Formulierung erfüllen nicht die Kriterien für die Einstufung als PBT- oder vPvB-Stoff.

12.6. Endokrin disruptive Eigenschaften

Dieses Produkt enthält keine bekannten oder vermuteten endokrinen Disruptoren.

12.7. Andere schädliche Wirkungen

Keine bekannt.

ABSCHNITT 13: Hinweise zur Entsorgung

13.1. Verfahren zur Abfallbehandlung

Abfall aus Rückständen/nicht verwendeten Produkten	Das Produkt ist nicht als Giftmüll eingestuft.
Kontaminierte Verpackung	Vollständig geleerte und saubere Verpackung kann recycelt werden.
Abfallschlüssel / Abfallbezeichnungen gemäß EAK / AVV	Abfall aus Rückständen/nicht verwendeten Produkten: 16 03 06.
Sonstige Angaben	Abfallschlüssel müssen durch den Benutzer auf der Basis der Anwendung, für die das Produkt verwendet wurde, zugewiesen werden.

ABSCHNITT 14: Angaben zum Transport

ADR Straßentransport

14.1 UN-Nummer oder ID-Nummer	Nicht reguliert
14.2 Ordnungsgemäße UN-Versandbezeichnung	Nicht reguliert
14.3 Transportgefahrenklassen Nebenklasse	Nicht reguliert -
14.4 Verpackungsgruppe	Nicht reguliert
14.5 Umweltgefahr	Nicht zutreffend
14.6 Besondere Vorsichtsmaßnahmen für den	Keine

Verwender**RID Schienentransport**

14.1 UN-Nummer	Nicht reguliert
14.2 Ordnungsgemäße	Nicht reguliert
UN-Versandbezeichnung	
14.3 Transportgefahrenklassen	Nicht reguliert
Gefahrennebenklasse	-
14.4 Verpackungsgruppe	Nicht reguliert
14.5 Umweltgefahr	Nicht zutreffend
14.6 Besondere	Keine
Vorsichtsmaßnahmen für den	
Verwender	

IMDG Seeschiffstransport

14.1 UN-Nummer oder ID-Nummer	Nicht reguliert
14.2 Ordnungsgemäße	Nicht reguliert
UN-Versandbezeichnung	
14.3 Transportgefahrenklassen	Nicht reguliert
14.4 Verpackungsgruppe	Nicht reguliert
14.5 Meeresschadstoff	Nicht zutreffend
14.6 Besondere	Keine
Vorsichtsmaßnahmen für den	
Verwender	
14.7 Massengutbeförderung	Es liegen keine Informationen vor
gemäß Anhang II des	
MARPOL-Übereinkommens und	
gemäß IBC-Code	

IATA Lufttransport

14.1 UN-Nummer oder ID-Nummer	Nicht reguliert
14.2 Ordnungsgemäße	Nicht reguliert
UN-Versandbezeichnung	
14.3 Transportgefahrenklassen	Nicht reguliert
14.4 Verpackungsgruppe	Nicht reguliert
14.5 Umweltgefahr	Nicht zutreffend
14.6 Besondere	Keine
Vorsichtsmaßnahmen für den	
Verwender	

ABSCHNITT 15: Rechtsvorschriften**15.1. Vorschriften zu Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz/spezifische Rechtsvorschriften für den Stoff oder das Gemisch****Internationale Vorschriften**

Nicht zutreffend.

Europäische Union

Nicht zutreffend

Nationale Vorschriften**Frankreich**

Berufskrankheiten (R-463-3, Frankreich)

Nicht zutreffend

Deutschland

Wassergefährdungsklasse (WGK)

Water endangering class = 1 (self classification)

15.2. Stoffsicherheitsbeurteilung

Für diesen Stoff wurde eine Stoffsicherheitsbeurteilung durchgeführt; CAS-Nr. 590-29-4.

ABSCHNITT 16: Sonstige Angaben

Schlüssel oder Legende für im Sicherheitsdatenblatt verwendete Abkürzungen und Akronyme

Legende

REACH: Richtlinie für die Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe (REACH) (EG 1907/2006)

CLP: Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (CLP) (EG 1272/2008)

SVHC: Besonders besorgniserregender Stoff für die Genehmigung:

PBT: Persistente, bioakkumulierbare und toxische (PBT) Chemikalien

vPvB: Sehr Persistente und sehr biokumulative (vPvB) Chemikalien

ED: Endokrines Störpotential

Ausgabedatum 04-Jan-2021

Überarbeitet am 09-Nov-2021

Revisionsgrund Revisionsgrund: VERORDNUNG (EU) 2020/878 DER KOMMISSION vom 18. Juni 2020

Dieses Sicherheitsdatenblatt entspricht den Anforderungen der: Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, VERORDNUNG (EU) 2020/878 DER KOMMISSION vom 18. Juni 2020.

Haftungsschluss

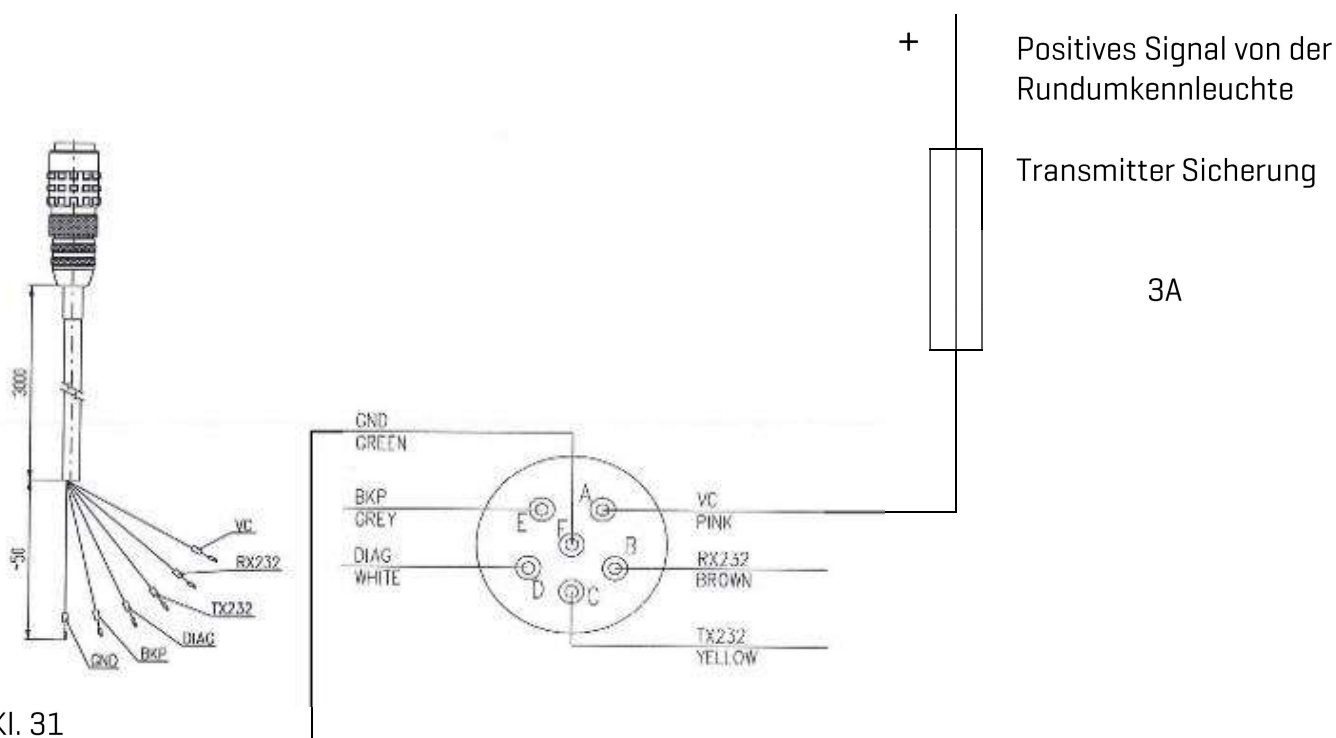
Die im vorliegenden Sicherheitsdatenblatt bereitgestellten Informationen sind zum Datum der Veröffentlichung nach unserem bestem Wissen zutreffend. Die Informationen sind nur zur Orientierung für eine sichere Handhabung, Verwendung, Verarbeitung, Lagerung, Transport, Entsorgung und im Falle von Verschüttetem bestimmt und gelten nicht als Garantie und Qualitätsspezifikationen. Diese Informationen beziehen sich lediglich auf das explizit angegebene Material und können bei Verwendung mit anderen Materialien oder anderen Abläufen für ein solches Material keine Gültigkeit haben, falls nicht im Text spezifiziert.

Ende des Sicherheitsdatenblatts

EGHS - DE

Einbauanleitung für Transmitter

Elektrischer Anschlussplan

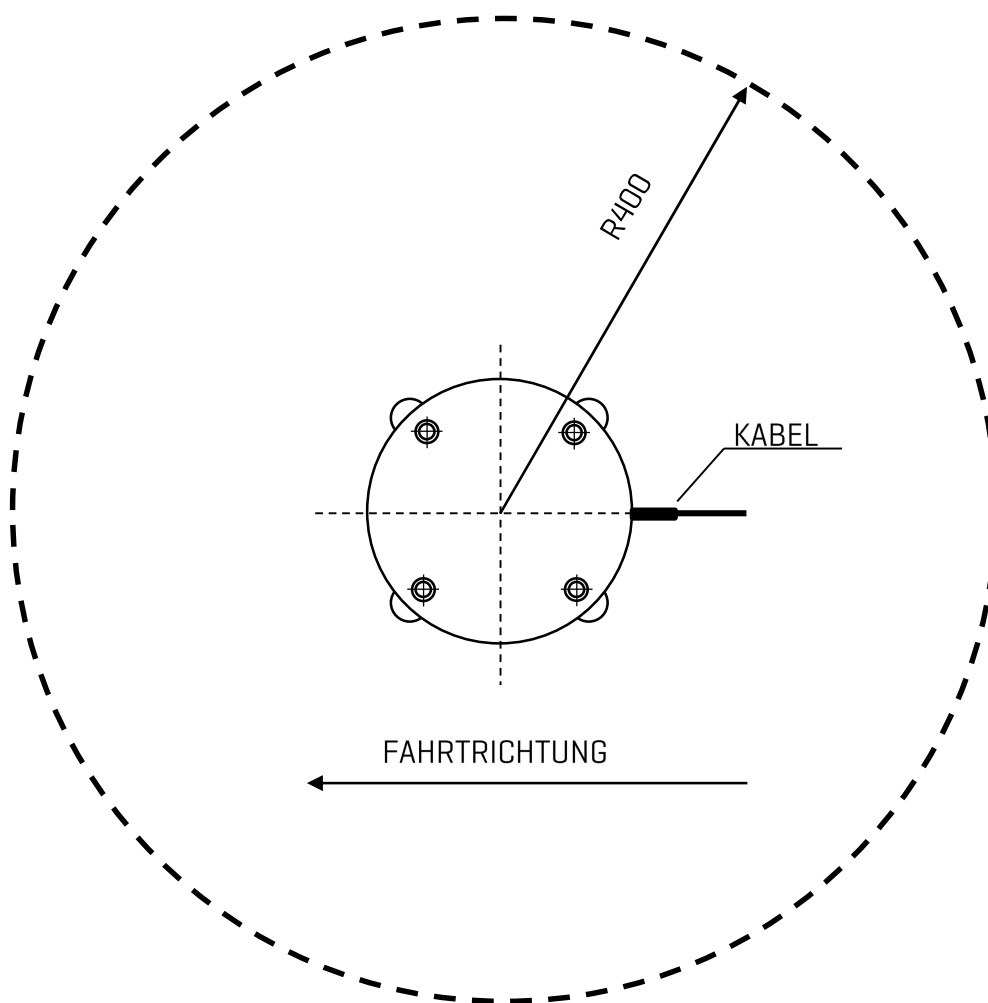


Maximale Gleichspannung auf den VC Pin ist 36V.

Ein höherer Gleichspannungswert wird das Gerät dauerhaft beschädigen.

Mechanische Einbau Empfehlung

Das Strahlungsmusters der Antenne ist so ausgelegt das sie so gering wie möglich von der Umgebung gestört wird. Trotz dessen beachten Sie die Möglichen Behinderung des Signals wenn sie den Sender an Fahrzeugen anbringen. Die Grundebene darf im Umkreis von $R=400\text{mm}$ nicht verdeckt werden [Die Grundebene ist vorgegeben von der Grundfläche des Senders]. Ab dieser Entfernung ist ein Hindernis akzeptabel wenn es nicht über eine Höhe von 80mm hinausragt. Andere mögliche Hindernisse können eine Verfälschung herbeiführen.

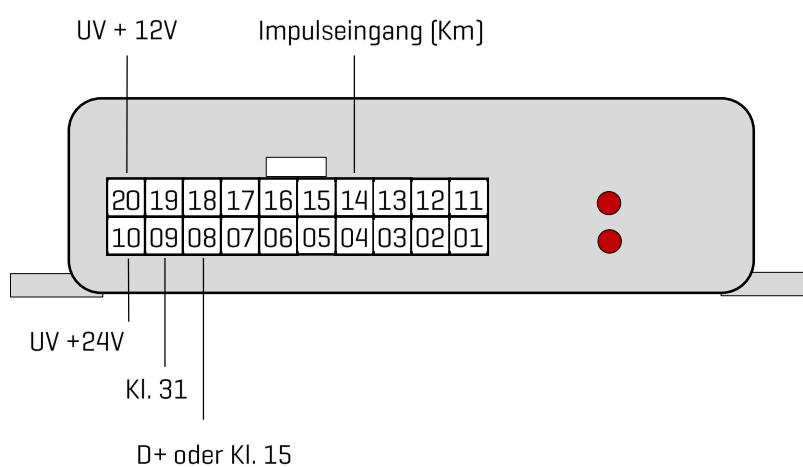


PETROPOINT-FAHRZEUGSENDER



Sender im Kunststoffgehäuse

1. ANSCHLUSSBELEGUNG SENDER



Folgende Anschlüsse sind je nach Spannungsversorgung der Batterie (12V oder 24V) und der Datenerfassung (Kilometer oder Betriebsstunden) erforderlich:

Installation bei Fahrzeugen mit ...				
Bestellung FMG	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	24V, KM-Erfassung	24V, Betriebsstunden	12V, KM-Erfassung	12V, Betriebsstunden
Pin 08 = D+		X		X
Pin 08 = Kl. 15	X		X	
Pin 09 = Kl. 31	X	X	X	X
Pin 10 = Kl. 30 24V	X	X		
Pin 14 = Impulseingang Km	X		X	
Pin 20 = Kl. 30 12V			X	X

2. INSTALLATION FAHRZEUGSENDER

Die Installation des Senders erfolgt in einer gut zugänglichen Stelle im Innenraum des Fahrzeugs, vorzugsweise auf der Seite, auf der sich auch der Tankstutzen befindet. Es sind aber auch andere Platzierungen möglich, z.B. im Bereich des Armaturenbrettes, so dass die Abstrahlung über die Windschutzscheibe erfolgen kann.

- Bei Fahrzeugen oder Maschinen ohne geschlossene Fahrerkabine, z.B. Stapler, Radlader usw., muss der Fahrzeugsender in einem separaten „IP 65 spritzwassergeschützten Gehäuse“ verbaut werden.
- Gegenstände, insbesondere aus Metall, die sich im Umfeld bzw. in der Abstrahlrichtung des Senders befinden, verringern die Reichweite aufgrund der Dämpfung!
- Zum Anschlagen der Molex-Crimp-Kontakte verwenden Sie bitte nur Kabelquerschnitt zwischen 0,25 bis 0,75 mm².
Wir empfehlen dafür die folgende Spezialzange Hand-Crimpwerkzeug.



Hersteller-Nr.: 63819-0900

3. TECHNISCHE DATEN FAHRZEUGSENDER

	Kunststoffgehäuse
Abmessung B x T x H [mit Laschen für Befestigungslöcher]	114 x 83 x 33,6 mm
Abstand Befestigungslöcher	63 bzw. 104 mm
Betriebsdaten:	
Betriebstemperatur	-25°C bis +70°C
Lagertemperatur	-40°C bis +80°C
Rel. Luftfeuchtigkeit	max. 97%
Schutzart	IP 20
Betriebsspannung:	
Nennspannung	12V DC, min. 9V, max. 16V oder 24V DC, min. 18V, max. 28V
Stromaufnahme	ca. 20 mA im Energiesparmodus max. 40mA im Sendebetrieb
Absicherung	5A [externer Leitungsschutz]
Impulseingang:	
Geberspannung	V _{IN MAX} = 12V
Geberstrom	I _{min.} = 20 mA I _{max.} = 40 mA
Quellwiderstand	R _{Source Max} = 1,8 kΩ
Max. Eingangsfrequenz	f _{max} = 1,25 KHz
Pegel	U _{Highmin} > 2,5 V U _{Lowmax} < 1,5 V
Minimum Puls	0,67 ms
Impulse/km	1000 – 22000
Zählerkapazität [max.]	9 999 999 Kilometer oder Minuten
Datenübertragung:	
<ul style="list-style-type: none"> Fahrzeugnummer Fahrernummer Km-Stand und/oder Betriebsstunden Toleranz Betriebsstunden Zapfventil-ID mit Information in/out 	<div>✓</div> <div>✓</div> <div>✓</div> <div>+/- 0,1%</div> <div>✓</div>

PREISBLATT Bayern Rettungswagen Typ C - 2026-1004976					
Bietername:					
Lfd. Nr.	Komponenten	Anzahl	Einzelpreis (bitte eintragen)	Gesamtpreis	Ggf. Kommentare
			EUR	EUR	
1.1.	Aufbau Modell:	3	- €	- €	
1.2.	Chassis / Fahrgestell gemäß Leistungsbeschreibung Modell Fahrgestell:	3	- €	- €	
1.3	Transport/Überführung Flughafen München	3	- €	- €	
1.4	Schulungskosten vor Abnahme inkl. Sachkundenachweis	1	- €	- €	
	Gesamtpreis 3 Fahrzeuge			- €	

Aufstellung Vollunterhalt								
Option: Vollunterhalt pro Fahrzeug Angabe der Vollunterhaltskosten , aufgeteilt in UVV-Prüfung und Personalaufwand gemäß max. Laufleistung von jährlich ca. 8.000 Kilometer Wartungsinhalte gem. Herstellervorgaben. Die Wartungsleistungen werden als optionale Leistungen abgefragt und gesondert bewertet. Der Auftraggeber behält sich den Abruf der angebotenen Vollunterhaltsleistungen vor.		1 Jahr (bitte eintragen)	2 Jahr (bitte eintragen)	3 Jahr (bitte eintragen)	4 Jahr (bitte eintragen)	5 Jahr (bitte eintragen)	Gesamtkosten für 5 Jahre pro Subkategorie	Ggf. Kommentare
Fahrgestell								
1.5	Vollunterhaltskosten Fahrgestell pro Jahr	- €	- €	- €	- €	- €	- €	
1.5.1	- Anteil Materialkosten in EUR						- €	
1.5.2	- Personalaufwand in Std.						0	
1.5.3	- Stundenverrechnungssatz in EUR						- €	
1.6	UVV-Prüfung pro Jahr in EUR	- €	- €	- €	- €	- €	- €	
1.6.1	- Anteil Materialkosten in EUR						- €	
1.6.2	- Personalaufwand in Std.						0	
1.6.3	- Stundenverrechnungssatz in EUR						- €	
Aufbau								
1.7	Vollunterhaltskosten Kofferaufbau pro Jahr	- €	- €	- €	- €	- €	- €	
1.7.1	- Anteil Materialkosten in EUR						- €	
1.7.2	- Personalaufwand in Std.						0	
1.7.3	- Stundenverrechnungssatz in EUR						- €	
1.8	UVV-Prüfung Kofferaufbau pro Jahr in EUR	- €	- €	- €	- €	- €	- €	
1.8.1	- Anteil Materialkosten in EUR						- €	
1.8.2	- Personalaufwand in Std.						0	
1.8.3	- Stundenverrechnungssatz in EUR						- €	
	Gesamtpreis Vollunterhalt	- €	- €	- €	- €	- €	- €	

Gesamtpreis zur Bewertung über 5 Jahre

0,00 €

Lieferzeit		bitte eintragen
2.0	Angabe der Lieferzeit (ab Auftragsingang) 10 Monate werden angesteht	Monate



Verzeichnis der Unterauftrag-/Nachunternehmer:

Die Beauftragung folgender Unterauftrag-/Nachunternehmer ist beabsichtigt:

Teil 1: Verzeichnis der Unterauftrag-/Nachunternehmer zu Leistungen, auf die der Betrieb des Bieters eingerichtet ist

Name [Firma] und Geschäftssitz:

Art und Umfang der Leistung
[evtl. Teilbereich des LV's]

a)

b)

c)

Teil 2: Verzeichnis der Unterauftrag-/Nachunternehmer zu Leistungen, auf die der Betrieb des Bieters **nicht** eingerichtet ist.

Name [Firma] und Geschäftssitz:

Art und Umfang der Leistung
[evtl. Teilbereich des LV's]

a)

b)

c)

Vergabeverfahren „2026-1004976 – Bayern Rettungswagen Typ C“
Verhandlungsangebote zu den Vertragsbedingungen

Formblatt Verhandlungsangebote zu den Vertragsbedingungen

Nr.	Wortlaut der Vertragsbedingungen	Vorschlag für Änderung des Wortlauts:	Erläuterung des Bieters
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			



Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder
Erfüllungsverbots nach Art. 5k der Verordnung [EU] Nr. 833/2014
in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung [EU] 2022/1269
des Rates vom 21. Juli 2022

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder Erfüllungsverbots

1. Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

2026-1004976 Bayern Rettungswagen Typ C

2. Erklärender

2.1 Die vorliegende Eigenerklärung wird abgegeben von:

Name/Bezeichnung: Bezeichnung
[nachfolgend Erklärender]

vertreten durch: Bezeichnung

Kontaktdaten: Adresse
Ort

2.2 Funktion des Erklärenden im Rahmen des in Ziff. 1 bezeichneten Vergabeverfahrens / Auftrags:

- ☐ *) Bereits beauftragter Auftragnehmer / Vertragspartner des Auftraggebers.
☐ *) Bewerber im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs.
☐ *) Bieter [bei oder nach Abgabe eines Angebots].

3. Verbindliche Eigenerklärung

Im Rahmen der vorgenannten Funktion werden durch Ankreuzen der zutreffenden Aussagen verbindlich folgende Erklärungen abgegeben, die je nach Funktion für das Vergabeverfahren und / oder den Auftragsfall Geltung haben:

3.1 Kein Auftrags- bzw. Erfüllungsverbot für den Erklärenden

- ☐ Der Erklärende gehört nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung [EU] Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung [EU] 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 [nachfolgend Verordnung], genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen.

Der Wortlaut der Vorschrift ist als Anlage beigefügt.



Dem Erklärenden ist bekannt, dass die vorstehend genannte Vorschrift Art. 5k) der Verordnung sowohl die Vergabe öffentlicher Aufträge oder Konzessionen als auch die weitere Erfüllung bereits abgeschlossener Verträge grundsätzlich verbietet. Ausgenommen von dem Verbot der weiteren Vertragserfüllung sind gem. Artikel 5 k) Absatz 4 der Verordnung bis zum 10. Oktober 2022 solche Verträge, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

3.2 Kein Auftrags- bzw. Erfüllungsverbot durch Beteiligung betroffener Unternehmen

Verboten sind nicht nur Auftragsvergaben an Unternehmen (Personen, Organisationen oder Einrichtungen) iSd Vorschrift, sondern auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf betroffene Unternehmen entfallen). Für diese Fälle wird folgendes erklärt:

- ☐ Der Erklärende versichert, dass er im Auftragsfall bzw. im Rahmen der Vertragsdurchführung bei bereits bestehenden Vertragsverhältnissen keine Unterauftragnehmer/Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzt bzw. einsetzen wird, für die Art. 5k Abs. 1 a) – c) der Verordnung zutrifft.
- ☐ Der Erklärende versichert, dass er im Auftragsfall bzw. im Rahmen der Vertragsdurchführung bei bereits bestehenden Vertragsverhältnissen Unterauftragnehmer/Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzt bzw. einsetzen wird, für die Art. 5k Abs. 1 a) bis c) der Verordnung zutrifft, jedoch entfallen nicht mehr als 10% des Auftragswerts auf diese.

3.3 Das Nichtvorliegen eines Auftrags- bzw. Erfüllungsverbots nach Art. 5k der Verordnung weisen wir auf Aufforderung des Auftraggebers gesondert durch entsprechende Unterlagen nach.

4. Vorgaben für Auftrag / Vertrag

4.1 Der Erklärende verpflichtet sich im Rahmen des bestehenden Auftrags bzw. im Auftragsfall die Voraussetzungen zum Nichtvorliegen eines Auftrags- bzw. Erfüllungsverbots nach Art. 5k) der Verordnung nach Ziff. 3 während der Dauer der Geltung dieser Vorgaben aufrecht zu erhalten.

4.2 Der Erklärende wird den Auftraggeber unaufgefordert schnellstmöglich über jede vorgesehene oder eingetretene Änderung seines Unternehmens mindestens in Textform informieren, wenn durch diese Änderung ein Erfüllungsverbot nach Art. 5k) der Verordnung droht oder eintritt.

Gleiches gilt für den Fall, dass ein Erfüllungsverbot nach Art. 5k) der Verordnung durch den Einsatz eines Unterauftragnehmer, Lieferanten oder eignungsleihenden Dritten droht oder eintritt.



- 4.3 Der Erklärende stellt den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern im Rahmen seiner Haftung gegenüber dem Auftraggeber von sämtlichen von Dritten gegenüber dem Auftraggeber geltend gemachten zivilrechtlichen Ansprüchen aus behaupteten Verstößen des Erklärenden gegen die Verpflichtungen nach Ziff. 4.1 und Ziff. 4.2 frei.

Die vorliegende Freistellungsverpflichtung gilt auch für sämtliche Sanktionen, Bußgelder oder sonstige öffentlich-rechtlichen Maßnahmen oder öffentlich-rechtlichen Ansprüche, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts wegen etwaiger Verstöße des Erklärenden gegen die die Verpflichtungen nach Ziff. 4.1 und Ziff. 4.2 geltend gemacht werden.

Von der Freistellungspflicht nach Ziff. 4.3 sind auch sämtliche Kosten umfasst, die im Zusammenhang mit der Rechtsverteidigung anfallen, z.B. Anwalts- und Gerichtskosten.

- 4.4 Für den Fall des Nichteinhaltens der voranstehenden Anforderungen nach Ziff. 4 steht dem Auftraggeber das Recht zu, den Vertrag außerordentlich zu kündigen.
- 4.5 Die Freistellungspflicht nach Ziff. 4.2 und 4.3 behält auch selbständige Gültigkeit, sollte das bestehende Auftragsverhältnis bzw. der im Auftragsfall abgeschlossene Vertrag wegen Vorliegens eines Auftrags- bzw. Erfüllungsverbots nach Art. 5k) der Verordnung nichtig sein oder werden.

5. Abschlusserklärung

Der Erklärende [siehe Ziff. 2] bestätigt mit der nachfolgenden Namensnennung die Richtigkeit der voranstehenden Angaben und die Geltung der in Ziff. 4 enthaltenen Vorgaben für den Auftrag.

Ort:	Namensnennung:
Datum:	Bezeichnung des Unternehmens, für das die Erklärung abgegeben wird:

Artikel 5k der Verordnung [siehe oben] lautet wie folgt:

„[1] Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung [EU, Euratom] 2018/1046 fallen, an folgende



Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — , Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

[2] Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

[3] Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

[4] Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Vertragserfüllungsbürgschaft

Die Firma

(Name und Anschrift des Auftragnehmers)

als Auftragnehmer hat am

mit der

einen Vertrag für

Auftrags-Nr.:

abgeschlossen. Nach den Bedingungen dieses

Vertrages hat der Auftragnehmer als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus diesem Vertrag dem Auftraggeber eine Bürgschaft in Höhe von 10 von Hundert der Netto-Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) zu stellen. Diese Bürgschaft sichert auch die Erfüllung et-

waiger Rückzahlungsansprüche aus Überzahlung einschl. Zinsen sowie Freistellungs- und Regressansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer im Fall einer Inanspruchnahme des Auftraggebers durch Dritte, soweit dies auf vom Auftragnehmer zu vertretende Vertragsverletzungen zurückzuführen ist, insbesondere im Fall von Inanspruchnahmen des Auftraggebers aufgrund von § 14 AEntG und § 23 MiLoG sowie durch das Finanzamt oder andere amtlichen Stellen wegen nicht geleisteter Zahlungen des Auftragnehmers.

Dies vorausgeschickt, übernehmen wir,

(Name und Anschrift des Bürgen)

hiermit für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft und verpflichten uns, jeden Betrag bis zur Gesamthöhe von

EUR

in Worten: EURO

an den Auftraggeber zu zahlen, sofern der Auftragnehmer seiner Verpflichtung für die vertragsgemäße Erfüllung, insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung, einschl. Abrechnung/Erstattung von Überzahlungen und Schadensersatz, nicht, nicht vollständig und/oder nicht rechtzeitig nachgekommen ist.

Auf das Recht zur Hinterlegung sowie die Einrede der Vorklage gem. § 771 BGB wird verzichtet.

Die Bürgschaft ist unbefristet, sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.

Im vollkaufmännischen Verkehr wird als Gerichtsstand München vereinbart.

Änderungen oder Ergänzungen dieser Bürgschaft bedürfen der Schriftform.

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des Bürgen

Mängelhaftungs-, Regress- und Überzahlungsbürgschaft

Die Firma

[Name und Anschrift des Auftragnehmers]

hiermit für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft und verpflichten uns, jeden Betrag bis zur Gesamthöhe von

EUR

als Auftragnehmer hat am

in Worten: EURO

mit der [AG]

einen Vertrag für [Vertragsbezeichnung]

an den Auftraggeber zu zahlen, sofern der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Erfüllung jeglicher Mängelansprüche – insbesondere Selbstvornahme mit Kostenersatz, Kostenvorschuss und Minderung, einschließlich Schadenersatzansprüchen – sowie der zuvor beschriebenen Freistellungs- und Regressansprüche sowie der Erfüllung etwaiger Rückzahlungsansprüche aus Überzahlung einschließlich Zinsen nicht, nicht vollständig und/oder nicht rechtzeitig nachgekommen ist.

Auftrags-Nr.:

Auf das Recht zur Hinterlegung sowie die Einrede der Vorklage gem. § 771 BGB wird verzichtet.

abgeschlossen. Nach den Bedingungen dieses Vertrages hat der Auftragnehmer als Sicherheit für die Erfüllung von Mängelansprüchen – insbesondere Selbstvornahme mit Kostenersatz, Kostenvorschuss und Minderung, einschließlich Schadenersatzansprüchen – sowie für die Absicherung nachfolgend beschriebener Freistellungs- und Regressansprüche sowie für die Erfüllung etwaiger Rückzahlungsansprüche aus Überzahlung einschließlich Zinsen dem Auftraggeber einen Bareinbehalt in Höhe von 5 von Hundert der geprüften Schlussrechnungssumme netto [ohne Umsatzsteuer] zu gewähren, der nach Wahl des Auftragnehmers durch Bürgschaft abgelöst werden kann. Der Auftragnehmer hat sich für die Sicherheitsleistung durch Bürgschaft entschieden.

Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.

Im vollkaufmännischen Verkehr wird als Gerichtsstand München vereinbart.

Änderungen und Ergänzungen dieser Bürgschaft bedürfen der Schriftform.

Diese Bürgschaft sichert ausdrücklich auch Freistellungs- und Regressansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer im Fall einer Inanspruchnahme des Auftraggebers durch Dritte, soweit dies auf vom Auftragnehmer zu vertretende Vertragsverletzungen zurückzuführen ist, insbesondere im Fall von Inanspruchnahmen des Auftraggebers aufgrund von § 14 AEntG und § 13 MiLoG sowie durch das Finanzamt oder andere amtlichen Stellen wegen nicht geleisteter Zahlungen des Auftragnehmers.

Ort, Datum

Dies vorausgeschickt, übernehmen wir,
[Name und Anschrift des Bürgen]

[Stempel und Unterschriften des Bürgen]